

# Baden- Württemberg

1952

30 Jahre  
im Spiegel der Statistik

1982



30 Jahre  
Baden - Württemberg  
im Spiegel der Statistik

Herausgegeben vom  
Statistischen Landesamt Baden - Württemberg  
Stuttgart 1982  
ArtNr. 8023\_82001

ISBN 3 – 923292 – 01 – 5

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet.



# **Geleitwort**

*Rechtzeitig zum 30jährigen Jubiläum unseres Landes Baden-Württemberg gibt das Statistische Landesamt die Schrift "30 Jahre Baden-Württemberg im Spiegel der Statistik" heraus. Die Publikation enthält kurzgefaßt Informationen über unser Bundesland sowie statistische Angaben und Vergleichsmöglichkeiten aus vielen Teilbereichen unseres täglichen Lebens. Ich begrüße es, daß anläßlich unseres Jubiläums dieser statistische Spiegel fertiggestellt werden konnte, der einerseits Rückblick auf die Vergangenheit gibt, andererseits aber auch Grundlageninformationen für die Zukunft. Probleme und Perspektiven, die unser Leben in den kommenden Jahren bestimmen werden, können so überschaubarer gemacht werden.*

*Ich wünsche dieser Broschüre im Jubiläumsjahr unseres Landes, das unter dem Motto der Solidarität mit der Dritten Welt steht, eine gute Verbreitung und bin sicher, daß sie allen Benutzern wertvolle Hilfestellungen geben wird!*

**Ministerpräsident  
Lothar Späth**

*Stuttgart, im Frühjahr 1982*



*Auf ein Wort, liebe Leser!*

..... was Sie vor der Lektüre der folgenden Seiten wissen sollten:

Die für die Bundesrepublik Deutschland bis heute einzigartig gebliebene Länderneuregelung - durch Zusammenschluß der Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern zu einem neuen Bundesland vor drei Jahrzehnten - rechtfertigt den Versuch, einen Überblick über die hauptsächlichen Lebensbereiche in diesem Lande zu geben. Ein wachsendes Interesse an datenorientierten Überblicken, aber auch eine Anregung des Staatsministeriums ermutigten das Statistische Landesamt, im wesentlichen gestützt auf seine Arbeitsergebnisse an Hand wichtiger Eckwerte jene Entwicklungslinien herauszuarbeiten, die beim Blick auf die vergangenen 30 Jahre besondere Aufmerksamkeit verdienen. Aus deren Dokumentation im Jubiläumsjahr werden nicht zuletzt jüngere Mitbürger zusätzliche Einblicke in die Landes-Zeitgeschichte gewinnen können.

Die notwendige räumliche Beschränkung setzte den Darstellungen allerdings Grenzen, und manche Entwicklungen blieben unberücksichtigt, die in einer umfangreicheren Schrift hätten gewürdigt werden

können. Ziel mußte es indessen sein, aus statistischer Sicht möglichst die wichtigsten politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen Entwicklungstendenzen und ihre Einflußfaktoren, die landes- und bundesweit oder sogar weltweit wirksam sind, sichtbar werden zu lassen, und zwar in den knappen textlichen Darstellungen, aber auch jeweils in tabellarischen und graphischen Übersichten.

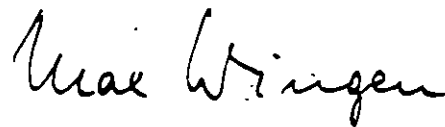
Die Erarbeitung von möglichst vollständigen Datenreihen bereitete allerdings verschiedentlich erhebliche Schwierigkeiten: Eingetretene Wandlungen machten sich insofern unmittelbar bemerkbar, als keineswegs in allen Lebensbereichen, die heute zu besonders wichtigen gezählt werden mögen, sich anhand von Zahlen die Entwicklung bis zur Gründung des Landes zurückverfolgen läßt. Beispiele hierfür mögen etwa die Bereiche "Umweltschutz", "Entwicklungshilfe" oder "Energie" abgeben. Erst in jüngerer Zeit sind die mit diesen Stichworten angesprochenen aktuellen Problemfelder zumindest teilweise vom Gesetzgeber der amtlichen Statistik zur Beobachtung übertragen worden; in den ersten Jahren der Landesentwicklung standen demgegenüber der Wiederaufbau nach dem Zusammenbruch von 1945, die Schaffung von Lebensgrundlagen für Millionen von Neubürgern und das Zusammenwachsen der Landesteile im Vordergrund.

Durchweg wird in der vorliegenden Schrift angestrebt, die Jahre 1952, 1960, 1970 und 1981 in Eckwerten zu erfassen. Sofern die entsprechenden Angaben nicht oder noch nicht vor-

lagen, wurden Ergebnisse desjenigen Jahres herangezogen, das diesem Datenschnitt am nächsten steht. Darüber hinaus wurden auch Höhe- bzw. Tiefpunkte von Entwicklungen aufgezeigt, die sich etwa zwischenzeitlich ergaben, wie beispielsweise die Spitze des Geburtenberges im Jahre 1964.

In die Datensammlung, die der vorliegenden Darstellung zugrunde liegt, flossen als wertvolle Ergänzung des amtlichen Zahlenmaterials verschiedentlich Angaben anderer Behörden sowie von Verbänden und weiteren Institutionen ein. Für die bereitwillige Unterstützung sei allen diesen Einrichtungen herzlich gedankt.

Konzipiert und erarbeitet wurde die Studie unter Mitwirkung aller Abteilungen des Statistischen Landesamtes von der Arbeitsgruppe "Sonderveröffentlichungen" (unter Leitung von RD Dr. Bruno Lessing). Der schönste Dank wäre es für alle Beteiligten sicherlich, wenn diese Informationsquelle über die ersten drei Jahrzehnte des Südweststaates Baden-Württemberg ein wenig zum besseren Verständnis des heute im Bewußtsein seiner Bürger fest verankerten Bundeslandes beitragen würde.



Professor Dr. Max Wingen  
Präsident  
des Statistischen Landesamtes



## Inhalt

1	Das Land Baden-Württemberg	8
2	Wahlen, Parlamente, Regierungen	10
3	Bevölkerung, Wanderungs- bewegung	12
4	Eheschließungen, Geburten	14
5	Familien, Haushalte	16
6	Gesundheit	18
7	Allgemein- und berufs- bildende Schulen	20
8	Hochschulen	22
9	Weiter-, Erwachsenenbildung	24
10	Kirchliches und kulturelles Leben	26
11	Medien	28
12	Erwerbsleben, Arbeitsmarkt	30
13	Wirtschaftliche Leistung, Wirtschaftsstruktur	32
14	Land- und Forstwirtschaft	34
15	Verarbeitendes Gewerbe, Handwerk	36
16	Bauen, Wohnen	38
17	Handel, Export	40
18	Entwicklungshilfe	42
19	Fremdenverkehr, Gastgewerbe	44
20	Verkehr	46
21	Energie und Rohstoffe	48
22	Umwelt	50
23	Einkommen, Preise	52
24	Privater Verbrauch	54
25	Vermögensbildung, Sparen	56
26	Soziale Sicherung	58
27	Öffentliche Finanzen	60
28	Regionaldaten	62
29	Das Land im Bund	66
30	Modellrechnung zur zukünftigen Bevölkerungsentwicklung	68



# 1 Das Land Baden-Württemberg

Baden-Württemberg, das vor drei Jahrzehnten durch Vereinigung von Baden, Württemberg-Hohenzollern und Württemberg-Baden entstand, ist sowohl nach der Fläche (35 752 qkm) als auch nach der Einwohnerzahl (9,3 Mill.) das drittgrößte Land der Bundesrepublik Deutschland. Die Bevölkerungszahl und die Landesfläche entsprechen etwa je einem Siebtel des Bundesgebiets.

Bei aller Mannigfaltigkeit der Landschaft, des geschichtlichen Erbes und der Erwerbsgrundlagen umschließt der an Frankreich, die Schweiz sowie an die Bundesländer Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz angrenzende "Südweststaat" ein Gebiet, in dem schon immer landsmannschaftliche, kulturelle, sprachliche und vor allem wirtschaftliche Gemeinsamkeiten bestanden haben.

Zu den unverwechselbaren Besonderheiten des Landes gehört eine weit überdurchschnittliche Bevölkerungszunahme durch den Zuzug von Flüchtlingen, Ver-

triebenen und später von Ausländern, auf wirtschaftlichem Gebiet fallen der bedeutende Industrieanteil und der starke Außenhandel auf. Die Landwirtschaft, die in den gesamtwirtschaftlichen Bereich auch durch außergewöhnlich viele Nebenerwerbsbetriebe eingebunden ist, wird durch einen besonders hohen Anteil von Sonderkulturen (Wein, Obst, Tabak und Spargel) gekennzeichnet. Im Bildungsbereich weist Baden-Württemberg eine besonders hohe Zahl von Hochschulen und im Sektor Fremdenverkehr die meisten Heilbäder auf.

Mit bedeutsamen Veränderungen im administrativen Bereich war die 1973 abgeschlossene Verwaltungsreform verbunden. Durch diese räumliche Neugliederung, die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen Rechnung tragen sollte, wurde das Land in nunmehr 44 Stadt- und Landkreise (früher 72) und 1 111 Gemeinden (1969 noch 3 379) eingeteilt.

## Geographische Angaben, Verfassungen und Staatschefs

### Geographische Angaben

Fläche	35 752 qkm
Größte Nord-Süd-Ausdehnung	246 km
Größte Ost-West-Ausdehnung	194 km
Höchster Punkt Feldberg	1 493 m
Tiefster Punkt Rheinpegel Mannheim	85 m
Grenzen insgesamt	1 619 km
gegen Bayern	860 km
Hessen	171 km
Rheinland-Pfalz	93 km
Frankreich	179 km
Schweiz	316 km
Größte Flüsse Rhein	437 km
Neckar	367 km
Donau	251 km
Main	38 km
Größte Seen Bodensee	
(Gesamtfläche)	538 qkm
Schluchsee	5 qkm
Naturfläche	31 664 qkm
darunter Waldfläche	13 025 qkm
Besiedelte Fläche	4 089 qkm

### Verfassungen und Staatschefs

<b>Württemberg-Baden</b>	
Verfassung 28.11.1946	
Ministerpräsident	
Reinhold Maier	1945/52
<b>Württemberg-Hohenzollern</b>	
Verfassung 20.5.1947	
Staatspräsidenten	
Lorenz Bock	1947/48
Gebhard Müller	1948/52
<b>Baden</b>	
Verfassung 22.5.1947	
Staatspräsident	
Leo Wohleb	1947/52
<b>Baden-Württemberg</b>	
Zusammenschluß 25.4.1952	
Verfassung 19.11.1953	
Ministerpräsidenten.	
Reinhold Maier	1952/53
Gebhard Müller	1953/59
Kurt Georg Kiesinger	1959/66
Hans Filbinger	1966/78
Lothar Späth	seit 1978

## Verwaltungseinteilung vor der Kreisreform

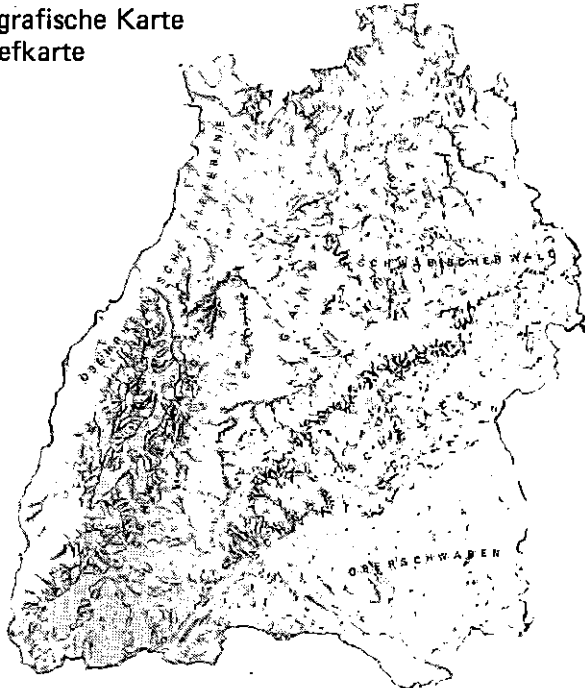


## Verwaltungseinteilung nach der Kreisreform

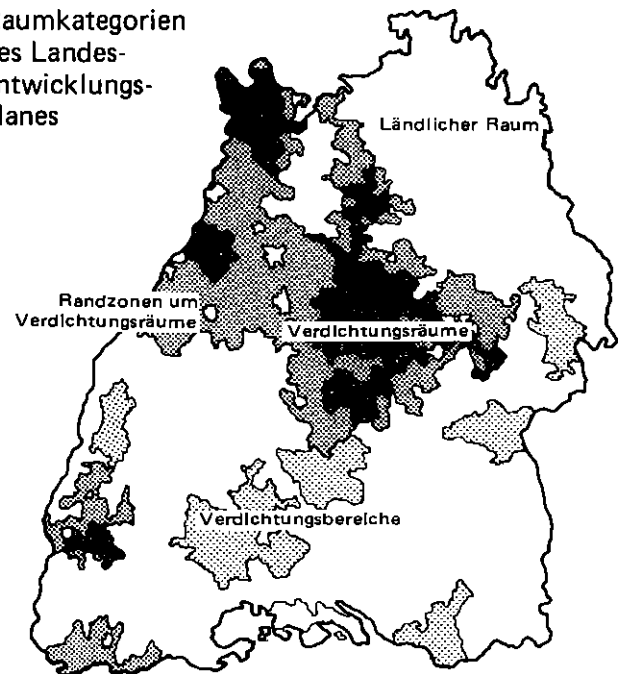


11. Sozial. Land Baden-Württemberg.

## Geografische Karte Reliefkarte



## Raumkategorien des Landes- entwicklungs- planes



## 2 Wahlen, Parlamente, Regierungen

„Die Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen . . . ausgeübt“. Diese Verfassungsbestimmung lag allen Wahlen zugrunde, die seit 1952, dem Jahr der Entstehung Baden-Württembergs, durchgeführt wurden: Je acht Landtags- und Bundestagswahlen, neun Gemeinderats- und sechs Kreistagswahlen. Zu diesen 31 Wahlen kommen zwei Volksabstimmungen. Nicht berücksichtigt sind hierbei die vielen tausend Bürgermeisterwahlen.

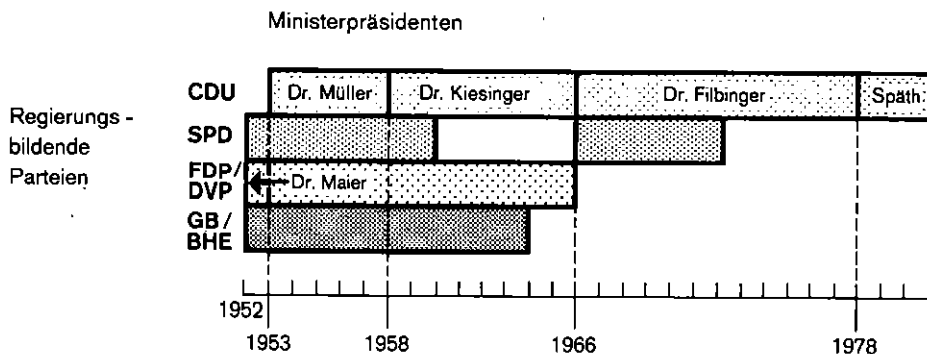
Baden-Württemberg zählt heute eine wahlberechtigte Bevölkerung von knapp 6,4 Millionen Personen. Seit der Bildung des Landes hat sie um die Hälfte zugenommen. Die Wahlbeteiligung im Land ist traditionell vergleichsweise gering. Neuerdings werden bei Bundestagswahlen 85 bis 90% erreicht, bei Landtagswahlen um 70% und bei Kommunalwahlen zwischen 50 und 60%.

Stärkste politische Kraft ist seit Bestehen des Landes die CDU; bei Landtagswahlen verfügt sie seit 1972 über die absolute Mehrheit und damit über die Möglichkeit, die Landesregierung allein zu bilden. Die SPD, die bisher bei allen Wahlen unterhalb 40% blieb, steht seit 1972, als die im Jahre 1966 gebildete Große Koalition endete, in der parla-

mentarischen Opposition. Bereits sechs Jahre vorher waren mit Ende der Kleinen Koalition die Liberalen aus der Landesregierung ausgeschieden. Südwestdeutschland war und ist noch eine Hochburg der Liberalen. Sonstige Parteien hatten bislang nur zeitweilig Chancen, dann aber setzten sie sich in Baden-Württemberg mit bemerkenswerten Stimmenanteilen durch, wie bei der Landtagswahl 1980 „Die Grünen“ mit 5,3%.

Eine baden-württembergische Besonderheit sind die vielen freien Wählervereinigungen, die bei Kommunalwahlen auftreten. In den Wahljahren 1979/80 erlangten sie gut ein Drittel aller Sitze in den Kommunalparlamenten.

### Landesregierungen



## Landtagswahlen

Bezeichnung	Einheit	1952 <sup>1)</sup>	1956	1960 <sup>2)</sup>	1964	1968	1972	1976	1980
Wahlbeteiligung	%	63,7	70,3	59,0	67,7	70,7	80,0	75,5	72,0
Stimmenverteilung									
CDU	%	36,0	42,6	39,5	46,2	44,2	52,9	56,7	53,4
SPD	%	28,0	28,9	35,3	37,3	29,0	37,6	33,3	32,5
FDP/DVP	%	18,0	16,6	15,8	13,1	14,4	8,9	7,8	8,3
Sonstige	%	18,0	11,9	9,4	3,5	12,4	0,6	2,2	5,8
Sitzverteilung									
CDU	Anz.	50	56	52	59	60	65	71	68
SPD	Anz.	38	36	44	47	37	45	41	40
FDP/DVP	Anz.	23	21	18	14	18	10	9	10
Sonstige	Anz.	10	7	7	—	12	—	—	6

## Bundestagswahlen

Bezeichnung	Einheit	Baden-Württemberg								Bundesgebiet <sup>3)</sup>
		1953	1957	1961	1965	1969	1972	1976	1980	
Wahlbeteiligung	%	81,8	84,4	84,8	84,8	85,1	90,2	89,1	86,6	88,6
Stimmenverteilung <sup>4)</sup>										
CDU	%	52,4	52,8	45,3	49,9	50,7	49,8	53,3	48,5	44,5 <sup>5)</sup>
SPD	%	23,0	25,8	32,1	33,0	36,5	38,9	36,6	37,2	42,9
FDP/DVP	%	12,7	14,4	16,6	13,1	7,5	10,2	9,1	12,0	10,6 <sup>6)</sup>
Sonstige	%	11,8	7,1	6,0	4,0	5,3	1,1	1,0	2,2	2,0
Sitzverteilung										
CDU	Anz.	38	37	32	35	37	36	38	36	226 <sup>5)</sup>
SPD	Anz.	16	18	22	23	27	28	26	27	218
FDP/DVP	Anz.	9	11	12	10	6	8	7	9	53 <sup>6)</sup>
Sonstige	Anz.	4	1	—	—	—	—	—	—	—

1) Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung. — 2) Unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Wiederholungswahl 1961. — 3) Ohne Berlin. — 4) Zweitstimmen. — 5) CDU/CSU. — 6) F.D.P.

### 3 Bevölkerung, Wanderungsbewegung

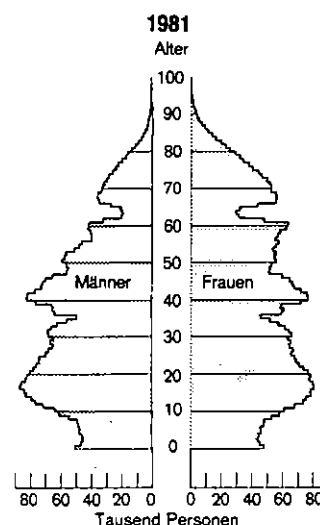
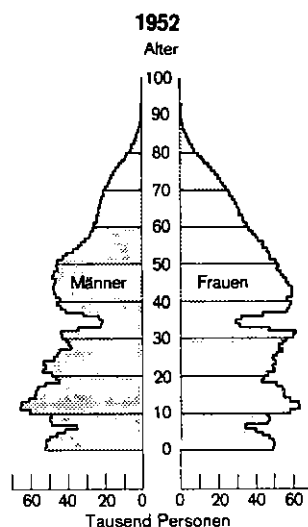
In drei Jahrzehnten hat sich die Bevölkerungszahl Baden-Württembergs um rund 40% auf 9,3 Millionen erhöht. Dieses im Bundesvergleich außergewöhnliche Bevölkerungswachstum geht zu drei Fünfteln auf Zuwanderungen zurück – zunächst getragen von Vertriebenen und Flüchtlingen sowie seit Anfang der sechziger Jahre von Ausländern, die heute ein Zehntel der Bevölkerung darstellen. Baden-Württemberg weist damit nach Berlin die höchste Ausländerquote aller Bundesländer auf. Unter den Ausländern sind die Türken, Italiener und Jugoslawen in weitem Abstand vor den Griechen und Spaniern vertreten. Der Höhepunkt der Wanderungsgewinne bei Ausländern (+ 131 000 im Jahr 1969) und die Tiefpunkte (– 57 000 im Jahr 1967 und – 77 000) im Jahr 1975 sind bezeichnend für die stark konjunkturrell bestimmte Entwicklung, die nun allerdings im Gefolge des Anwerbestopps zunehmend durch Nachzüge von Familienangehörigen gekennzeichnet ist.

Daneben wurde Baden-Württemberg zur neuen Heimat für zahlreiche deutsche Zuwanderer, deren Zustrom über die

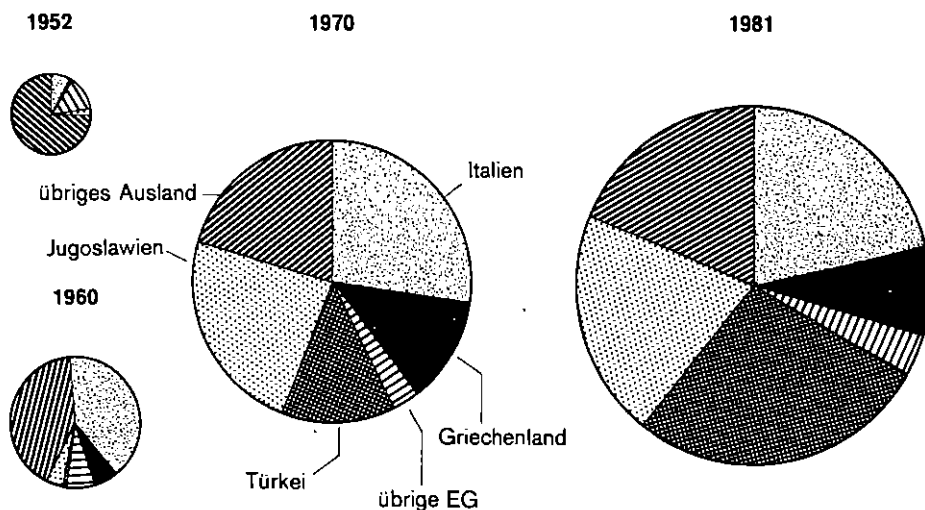
Jahre kontinuierlich anhielt. In dem Jahrzehnt von 1970 bis 1979 betrug der Wanderungsgewinn bei Deutschen und bei Ausländern insgesamt jeweils rund 140 000 Personen. Die Geburtenentwicklung, deren Verlauf Kapitel 4 darlegt, trug mit zwei Fünfteln zum Bevölkerungswachstum bei.

Nicht nur das Bevölkerungswachstum prägte die Entwicklung im Lande. Grundlegende Bedeutung u.a. für Bildungswesen, Arbeitsmarkt und Altersversorgung erhielten auch die infolge der Geburtenüberschüsse bzw. -defizite sowie der Zu- und Abwanderungen und nicht zuletzt aufgrund der steigenden Lebenserwartung hervorgerufenen Veränderungen der Altersstruktur. Heute sind nur noch 17,7% der deutschen Bevölkerung (27,4% der ausländischen) unter 15 Jahre alt, über 65 Jahre hingegen 15,7% der deutschen Bevölkerung (1,9% der ausländischen). Der rückläufige Anteil junger Menschen und der wachsende Anteil von Menschen im Rentenalter dürfte in Zukunft (siehe Kapitel 30 für die Gesamtbevölkerung) auf vielen Lebensgebieten noch deutlicher hervortreten als heute.

#### Altersgliederung



# Ausländer nach Staatsangehörigkeit



## Bevölkerung, Ausländer, Staatsangehörigkeit

Wohnbevölkerung Altersstruktur Ausländer	Einheit	Baden-Württemberg			Bundesgebiet	
		1952 31.12.	1960 31.12.1)	1970 31.12.1)	1981 1.1.1)	
Gesamtbevölkerung						
insgesamt	1000	6 696,8	7 726,9	8 953,6	9 258,9	61 657,9
männlich	1000	3 118,7	3 672,6	4 311,6	4 463,9	29 481,0
weiblich	1000	3 578,0	4 054,2	4 642,0	4 795,1	32 176,9
Zunahme gegen Vorspalte						
insgesamt	1000	—	1 030,1	1 226,7	305,5	—
Jahresdurchschnitt	1000	—	128,8	122,7	30,5	—
Alter						
unter 15 Jahren	%	23,1	22,4	24,3	18,6	.
15 bis unter 65 Jahren	%	67,3	67,7	63,9	67,1	.
65 Jahre und älter	%	9,6	9,9	11,8	14,3	.
Ausländer						
insgesamt	1000	59,9	147,3	724,3	933,1	4 629,8
männlich 2)	1000	25,6	102,0	410,6	415,1	2 079,4
weiblich 2)	1000	21,6	29,2	210,0	280,4	1 384,7
Zunahme gegen Vorspalte						
insgesamt	1000	—	87,4	577,0	208,8	—
Jahresdurchschnitt	1000	—	10,9	57,7	19,0	—
Ausgew. Staatsangehörigkeit						
Italien	1000	4,9	59,4	196,4	197,0	624,5
Griechenland	1000	0,6	8,6	89,6	73,7	299,3
Übrige EG 3)	1000	8,0	10,4	22,2	36,1	310,3
Türkei	1000	0,2	1,4	95,3	264,1	1 546,3
Jugoslawien	1000	1,5	5,8	170,3	187,4	637,3
Übriges Ausland	1000	44,7	61,7	150,5	174,8	1 212,1

1) Ausländer Stand 30.9.— 2) Im Alter von 16 und mehr Jahren.— 3) Gebietsstand 1.1.1981.

## 4 Eheschließungen, Geburten

Zum Bevölkerungswachstum der vergangenen drei Jahrzehnte trugen zu etwa 40% Geburtenüberschüsse bei. Es waren jedoch lediglich die Jahre 1956 bis 1968, in denen die Zahl der Lebendgeborenen die der Sterbefälle besonders augenfällig, nämlich jährlich um mehr als 50 000, überwog. Die meisten Lebendgeborenen (161 000) und den größten Geburtenüberschuß (fast 80 000) brachte das Jahr 1964. Seither haben vielfältige Einflüsse einen Rückgang der Geburten bewirkt, deren Zahl 1975 erstmals die 100 000-Grenze unterschritt und 1978 sogar nur bei 90 000 lag. Gleichwohl war die Geburtenentwicklung insbesondere aufgrund des höheren Ausländeranteils der Bevölkerung in Baden-Württemberg etwas günstiger als im Bundesdurchschnitt.

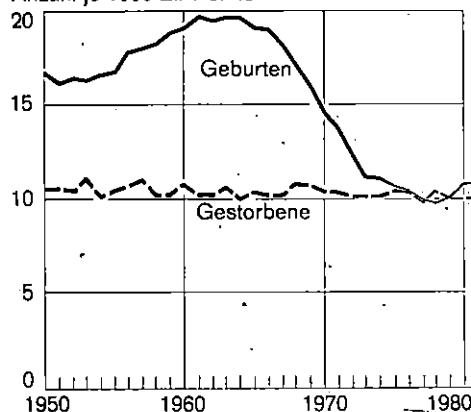
Die rückläufige Geburtenzahl wurde außer von der geringer gewordenen Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter von einem veränderten generativen Verhalten bestimmt, zu dem unter anderem ein neues, nicht allein auf die Familie gerichtetes Selbstverständnis der Frauen, Ansprüche von Lebenspartnern auf

größeren Entfaltungsspielraum, geringere Risikobereitschaft und nicht zuletzt bessere Möglichkeiten der Geburtenkontrolle beigetragen haben. Seit 1979 nimmt die Zahl der Geburten, an der die im Lande lebende ausländische Bevölkerung überproportional mit etwa einem Fünftel beteiligt ist, zwar wieder zu, jedoch kann dies noch nicht als Signal einer dauerhaften Trendwende gedeutet werden.

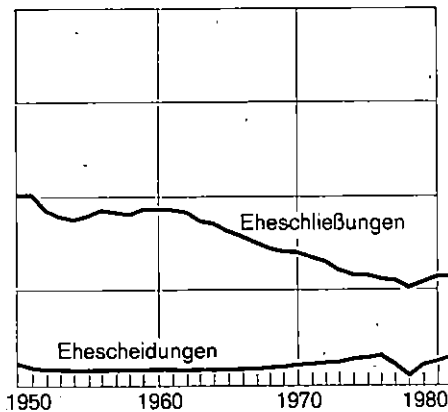
Die fast kontinuierlich rückläufige Zahl der Eheschließungen ist ebenfalls aus einem veränderten Lebensverständnis und nicht nur aus der Alterszusammensetzung der Bevölkerung zu erklären. Anfang der sechziger Jahre wurden jährlich noch mehr als 70 000 Ehen geschlossen, inzwischen jedoch nur wenig über 52 000. Demgegenüber hat sich die Zahl der Scheidungen, absolut und auch je 10 000 Einwohner gesehen, seit den sechziger Jahren fast verdoppelt. Nach 1976 gab es zwar zunächst weniger gerichtliche Eheaufösungen, doch dürfte dies auf die Änderung des Scheidungsrechtes zurückzuführen sein. Inzwischen ist jedoch ein Wiederanstieg erkennbar.

### Lebendgeborene, Gestorbene, Eheschließungen, Ehescheidungen

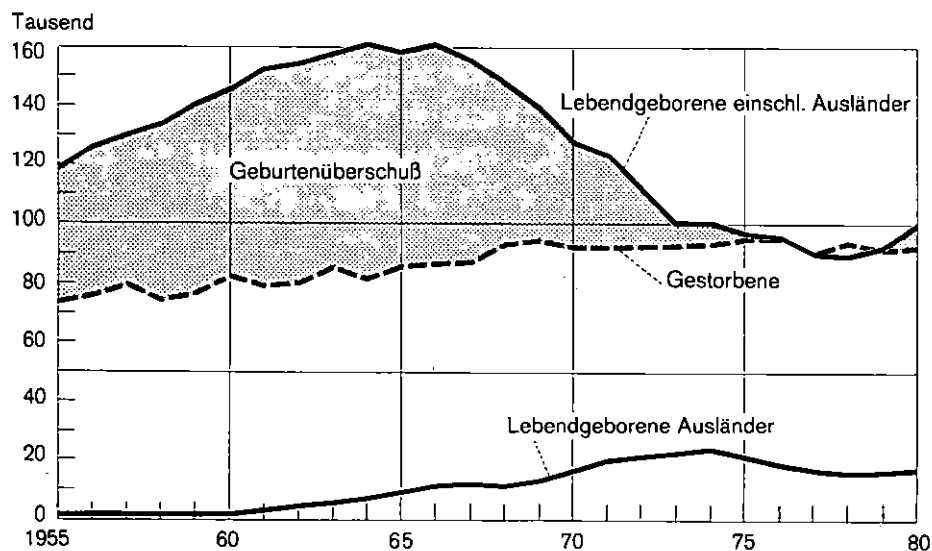
Lebendgeborene und Gestorbene  
Anzahl je 1000 Einwohner



Eheschließungen und Ehescheidungen



Geburtenüberschuß  
bzw. -defizit



Geburten, Eheschließungen,  
Sterbefälle

Bezeichnung	Einheit	Baden-Württemberg				Bundesgebiet <sup>1)</sup>
		1952	1960	1970	1980	
Lebendgeborene insgesamt	1000	108,9	145,4	128,2	99,7	620,7
männlich	1000	56,2	74,6	65,7	51,1	318,5
weiblich	1000	52,7	70,8	62,5	48,6	302,2
darunter Ausländer	1000	.	2,0	16,3	17,4	80,7
je 1000 Einwohner	Anzahl	16,4	19,0	14,4	10,8	10,1
auf 1000 Frauen im gebärfähigen Alter <sup>2)</sup>	Anzahl	59,8	73,9	60,2	43,1	40,9
Gestorbene insgesamt	1000	69,3	82,3	92,6	92,4	714,1
männlich	1000	35,0	41,7	46,3	45,2	348,0
weiblich	1000	34,3	40,5	46,3	47,2	366,1
darunter Ausländer	1000	.	0,5	1,7	1,5	8,5
je 1000 Einwohner	Anzahl	10,4	10,8	10,4	10,0	11,6
Gestorbene im 1. Lebensjahr	Anzahl	4 820	4 400	2 704	1 023	7 821
Geburtenüberschuß bzw. -defizit	1000	39,6	63,1	35,6	7,3	- 93,5
je 1000 Einwohner	Anzahl	6,0	8,2	4,0	0,8	- 1,5
Eheschließungen insgesamt	1000	61,6	71,4	62,2	52,6	362,4
je 1000 Einwohner	Anzahl	9,3	9,3	7,0	5,7	5,9
ein Ehepartner Ausländer	Anzahl	2 492	3 536	4 528	4 810	28 011
beide Ehepartner Ausländer	Anzahl	171	401	2 415	1 350	7 374
Durchschnittliches Heiratsalter	m	Jahre	30,3	28,3	28,3	29,0
	w	Jahre	27,1	25,1	24,9	25,6
Ehescheidungen	1000	5,8	6,0	9,9	12,9	96,2
je 10 000 Einwohner	Anzahl	8,8	7,8	11,2	13,9	15,6

1) Vorläufiges Ergebnis. — 2) Im Alter von 15 bis unter 49 Jahren.



## 5 Familien, Haushalte

Im Zuge der sich wandelnden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse löste sich aus der traditionellen Großfamilie im Verlauf einer lang anhaltenden Entwicklung die Zwei-Generationen-Kernfamilie heraus, die heute am meisten verbreitet ist, jedoch kleiner wird. Parallel zum Geburtenrückgang seit Mitte der 60er Jahre nahmen Zahl und Anteil der kinderlosen Ehepaare ständig zu. Betrachtet man nur die Ehepaare mit Kindern, so zeigt sich, daß bei diesen der Anteil der Kleinfamilien mit ein oder zwei Kindern anwuchs, während kinderreichere Familien immer seltener wurden.

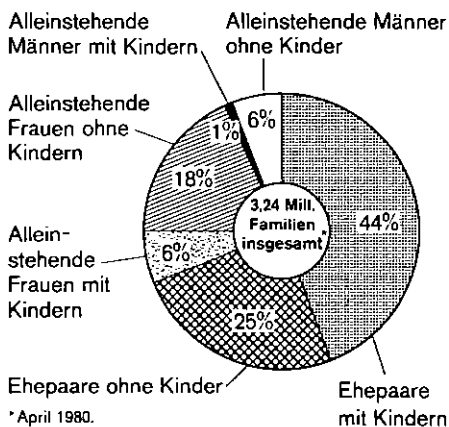
Die Lücken und Disproportionen im Gefüge des Bevölkerungsaufbaus hatten andererseits zur Folge, daß das zahlenmäßig relativ starke Gewicht der älteren Ehepaare ohne im Haushalt lebende Kinder immer mehr hervortrat. Dabei hat die Veränderung im generativen Verhalten, die im letzten Jahrzehnt mit einer niedriger gewordenen Heiratshäufigkeit und einem Anstieg des Heiratsalters einherging, verhindert, daß die nachrücken-

den relativ schwach besetzten Jahrgänge im heirats- und gebärfähigen Alter die Lücken im Bevölkerungsbestand wieder schlossen.

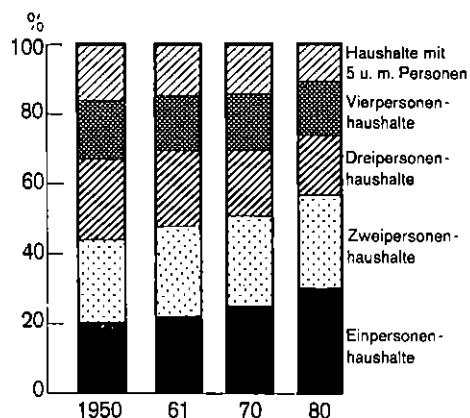
Die Gesamtzahl der Familien belief sich im Frühjahr 1980 auf 3,2 Mill. Darunter befand sich rund eine Million "unvollständiger Familien" (Familien, in denen ein Ehepartner bzw. Elternteil durch Tod, Scheidung oder bei nichtehelichen Kindern ausfällt). Bei diesen verdienen die rund 230 000 alleinerziehenden Männer und Frauen erhöhte Aufmerksamkeit, da die Betreuung der Kinder neben der Sorge für die wirtschaftliche Existenz besondere Belastungen und Probleme mit sich bringt. Im Jahr 1961 befanden sich noch zahlreiche Kriegerwitwen unter den 247 000 alleinerziehenden Frauen, deren Zahl dann bis 1972 auf 180 800 sank. Jedoch war bis zum Jahr 1980 erneut eine Zunahme auf 194 000 zu beobachten, die unter anderem mit der wachsenden Zahl geschiedener bzw. lediger Frauen mit Kindern zusammenhängt. Die Gruppe der Alleinerziehenden beiderlei Geschlechts hat sich von 1972 bis 1980 um rund 9% erhöht. Bei Ledigen mit Kindern betrug die Zunahme sogar annähernd 19%. Dagegen war bei der Zahl der Ehepaare mit Kindern während dieser Zeitspanne ein leichter Rückgang zu verzeichnen. Um diesen Tendenzen entgegenzuwirken, wurden in den letzten Jahren verschiedene Maßnahmen ergriffen, die die Funktionstüchtigkeit der Familie und den Fortbestand der Bevölkerung sichern sollten. 1979 und 1980 war erstmals wieder eine Zunahme der Heirats- und Geburtenhäufigkeit erkennbar, doch hat sich die Aufwärtsentwicklung 1981 wieder abgeflacht.

Da eine Familie in den meisten Fällen auch eine wirtschaftliche Einheit, d.h. einen Haushalt darstellt, lassen sich die Strukturveränderungen der letzten drei Jahrzehnte an Hand der Haushaltsdaten

Familienzusammensetzung



## Haushaltsgröße



weiter zurückverfolgen. Bei einer Zunahme der Bevölkerung von 1950 bis 1980 um rund 43% fiel die Steigerungsrate bei der Zahl der Privathaushalte mit 73% bei weitem höher aus. Dies ist vor allem auf die sprunghaft wachsende Zahl der Einpersonenhaushalte (+ 160%) zurückzuführen. Für diese Entwicklung ist in erster Linie die stark ansteigende Zahl alleinlebender älterer Menschen, die heute nicht mehr in Mehrgenerationenhaushalten integriert sind, verantwortlich, außerdem verlassen Jugendliche zunehmend früher den elterlichen Haushalt und machen sich selbständig.

## Familien-, Haushaltsgliederung

Bezeichnung	Einheit	Baden-Württemberg				Bundesgebiet
		1950	1961	1972	1980	
Familien						
Ehepaare	1000	•	1 798	2 215	2 241	15 189
davon mit Kindern	1000	•	1 236	1 441	1 428	9 295
ohne Kinder	1000	•	562	774	814	5 894
Alleinstehende Frauen	1000	•	619	702	774	5 858
darunter mit Kindern	1000	•	247	181	194	1 317
Alleinstehende Männer	1000	•	164	249	229	1 633
darunter mit Kindern	1000	•	29	29	34	249
Familien insgesamt	1000	•	2 581	3 167	3 244	22 680
davon ohne Kinder	1000	•	1 070	1 516	1 589	11 820
mit Kindern	1000	•	1 511	1 651	1 656	10 861
mit ... Kindern						
1	1000	•	705	689	709	5 023
2	1000	•	481	552	608	3 855
3	1000	•	203	258	235	1 365
4 und mehr	1000	•	122	152	104	619
Durchschnittliche Kinderzahl in Familien mit Kindern	Anzahl	•	1,88	1,99	1,87	1,81
Haushalte						
Haushalte insgesamt	1000	2 101	2 634	3 370	3 643	24 811
davon						
Einpersonenhaushalte	1000	418	558	906	1 085	7 493
darunter mit einem weibl. Haushaltsvorstand	1000	249	350	574	731	5 195
Mehrpersonenhaushalte	1000	1 683	2 076	2 463	2 558	17 318
davon mit ... Personen						
2	1000	505	651	891	1 000	7 123
3	1000	475	575	603	622	4 387
4	1000	355	441	524	580	3 632
5 und mehr	1000	348	409	446	356	2 176
Bevölkerung in Privathaushalten	1000	6 315	7 703	9 076	9 157	61 481

## 6 Gesundheit

Die Fortschritte der Medizin und der wirtschaftliche Aufschwung haben es ermöglicht, das Gesundheitswesen großzügig auszubauen und zu modernisieren. Die mit dieser Entwicklung verbundene "Kostenexplosion im Gesundheitswesen" wird von der Öffentlichkeit allerdings mit Besorgnis beobachtet. Die Ursache hierfür bildeten einerseits qualitative und quantitative Verbesserungen der Leistungen und die starke Ausweitung des Empfängerkreises, andererseits aber auch Preissteigerungen.

Das Gesundheitsbudget, das die Leistungen verschiedener Kostenträger zusammenfaßt, weist für 1980 Ausgaben von nahezu 29 Mrd. DM aus. Dieser Betrag hat sich damit seit 1970 fast verdreifacht; unter Ausschaltung der Preissteigerungen betrug die Zuwachsrate immerhin noch 60%.

Leistungsart im Gesundheitsbudget	1970	1980 <sup>1)</sup>
	Mill. DM	
Vorbeugende und betreuende Maßnahmen	494	1 692
Behandlung	5 160	16 984
Ambulante Behandlung	1 653	4 713
Stationäre Behandlung	1 637	5 903
Stationäre Kurzbehandlung	405	914
Arzneien, Heil- und Hilfsm.	1 131	3 744
Zahnersatz	334	1 710
Krankheitsfolgeleistungen	3 814	8 903
Ausbildung und Forschung	100	308
Nicht aufteilbare Ausgaben <sup>2)</sup>	451	1 070
Insgesamt	10 019	28 957

1) Vorl. Ergebnis. — 2) Insbes. für Verwaltung.

Die zunehmende Arztdichte bewirkte, daß 1980 durchschnittlich nur noch 427 Einwohner (gegenüber 704 im Jahr 1952) von einem Arzt zu betreuen waren. Dabei ist jedoch vor allem die Zahl der an Kliniken beschäftigten Fachärzte überproportional gestiegen.

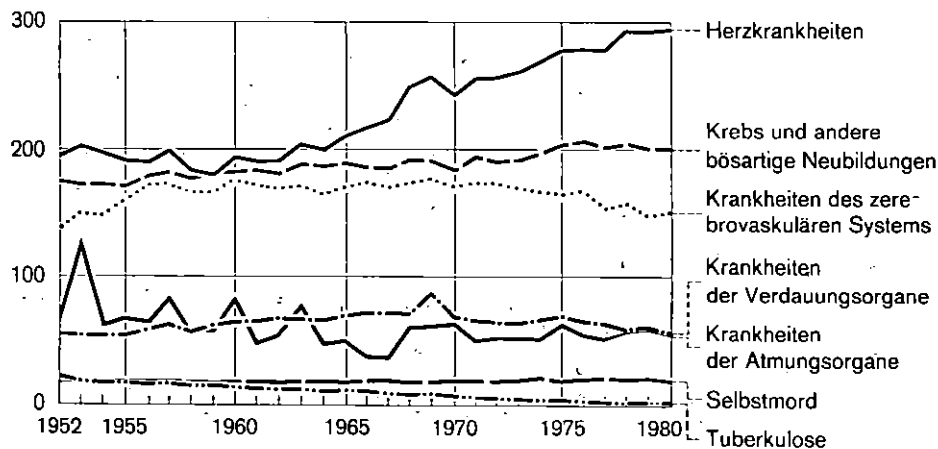
Ein Blick auf den Bestand an klinischen Einrichtungen zeigt, daß die Bettenzahl bis 1980 stärker zugenommen hat

(+ 51%) als die Anzahl der Krankenhäuser (+ 24%). Neben großen Kliniken mit modernen Spezialeinrichtungen entstanden zahlreiche neue Kurkrankenhäuser. Die Zahl der stationär behandelten Kranken hat seit 1952 außerordentlich zugenommen (+ 146%); dem steht eine Aufstockung des Pflegepersonals auf etwa das Zweieinhalbfache gegenüber. Um die Krankenhauskosten in Grenzen zu halten, wird mit Unterstützung von Sozialstationen die Haus- und Familienpflege bei ambulanter Arztbehandlung gefördert. Anfang 1981 war das Netz der Sozialstationen mit einer Anzahl von 333 bereits in vielen Kreisen vollständig ausgebaut.

Die Gesundheit der Bevölkerung ist heute mehr als früher durch einseitige berufliche Belastung, Fehlernährung, Bewegungsmangel, steigenden Genußmittelkonsum, Umweltschädigungen u.ä. gefährdet. Demgegenüber haben der Fortschritt der Medizin bei der Seuchenbekämpfung sowie die verbesserten Lebensbedingungen u.ä. den Rückgang der Zahl der Tuberkulosekranken auf etwa ein Zehntel des Stands von 1952 ermöglicht. So ist die Lebenserwartung der Bevölkerung im Schnitt von 1950 bis 1978 bei den Männern von 65 auf 69, bei den Frauen von 69 auf 76 Jahre gestiegen.

An erster Stelle der Todesursachen steht heute die Gruppe der Kreislauferkrankungen. Bei der Zunahme der Todesfälle an bösartigen Neubildungen spielt u.ä. der veränderte Altersaufbau der Bevölkerung eine wichtige Rolle, ferner ist zu berücksichtigen, daß heute differenziertere Diagnosen gestellt werden. Erfreulicherweise ist die Zahl der durch Kraftfahrzeugunfälle ums Leben gekommenen Personen seit 1972 leicht rückläufig. Eine wachsende Bedrohung der Volksgesundheit bilden die immer zahlreicher werdenden Fälle von Drogenmißbrauch, besonders bei Jugendlichen, sowie von zunehmender Alkoholabhängigkeit.

# Sterbefälle auf 100 000 der mittleren Bevölkerung



## Ärzte, Krankenhäuser, Sterbefälle

Bezeichnung	Einheit	Baden-Württemberg				Bundesgebiet
		1952	1961	1970	1980	
Ärzte insgesamt	Anzahl	9 512	11 591	14 827	21 691	139 431
dar. in freier Praxis	Anzahl	5 776	6 910	7 450	9 628	62 029
Einwohner je Arzt	Anzahl	704	676	604	427	442
Zahnärzte	Anzahl	4 048	4 931	4 907	5 384	33 240
Einwohner je Zahnarzt	Anzahl	1 654	1 590	1 825	1 720	1 855
Apotheken	Anzahl	933	1 317	1 641	2 447	16 244
Einwohner je Apotheke	Anzahl	7 178	5 952	5 456	3 784	3 796
Krankenhausbetten	Anzahl	70 621	85 938	99 643	106 496	707 710
dar. in Krankenhäusern für Akutkranke	Anzahl	.	.	61 472	64 273	476 652
Betten auf 10 000 der Bevölkerung	Anzahl	105,5	109,6	111,3	115,0	114,8
Stationär behandelte Kranke, insg.	1000	762	1 041	1 376	1 874	11 596
dar. in Krankenhäusern für Akutkranke	1000	.	.	1 156	1 531	10 033
Durchschnittl. Verweildauer	Tage	.	.	17,2	12,9	14,9
Bettenausnutzung	%	75,9	86,6	85,9	83,6	84,9
Ärzte hauptamtlich in Krankenhäusern	Anzahl	3 121	3 539	5 853	10 340	65 493
Krankenschwestern und -pfleger in Krankenhäusern	Anzahl	10 989	14 268	15 168	26 194	182 797
Kinderkrankenschwestern in Krankenhäusern	Anzahl	1 602 <sup>1)</sup>	1 447	2 137	3 837	23 163
Sterbefälle insgesamt	Anzahl	69 332	79 197	92 628	92 418	714 117 <sup>2)</sup>
dar. Krankheiten des Kreislaufsystems	Anzahl	25 850	32 546	42 200	46 833	359 451 <sup>2)</sup>
dar. Herzkrankheiten	Anzahl	13 022	14 825	21 958	27 411	.
Bösartige Neubildungen	Anzahl	11 749	14 410	16 643	18 744	148 091 <sup>2)</sup>
Krankenstand der Pflichtmitglieder in gesetzl. Krankenkassen <sup>3)</sup>	%	3,89	5,46	5,38	5,70	5,70

1) Einschl. Säuglingsschwestern. — 2) Vorläufiges Ergebnis. — 3) Orts-, Betriebs- und Innungskrankenkassen ohne landwirtschaftliche Krankenkassen.

## 7 Allgemein- und berufsbildende Schulen

Das Bildungswesen war in den letzten Jahrzehnten von zahlreichen Neuerungen und Veränderungen geprägt. Als wesentliches Ziel wurde zunächst eine allgemeine Anhebung des Bildungsniveaus angestrebt. Dabei waren die Bemühungen darauf gerichtet, das soziale und regionale Bildungsgefälle abzubauen sowie jedem Jungen und Mädchen die gleichen Bildungschancen zu eröffnen. Schulgelder und Studiengebühren entfielen. Durch diese Maßnahmen wie auch besonders die finanziellen Hilfen im Rahmen des Bundesausbildungsförderungsgesetzes wurde jungen Menschen aus sozial schwächeren und kinderreichen Familien der Zugang zu den höheren Bildungseinrichtungen sehr erleichtert.

Bei der Bewältigung dieser Aufgaben machten sich die demographischen Einflüsse, als Geburtenberg und -tal gekennzeichnet, durch die unterschiedliche Stärke der Schülerjahrgänge erscheinend bemerkbar. An den Grund- und Hauptschulen waren die Auswirkungen

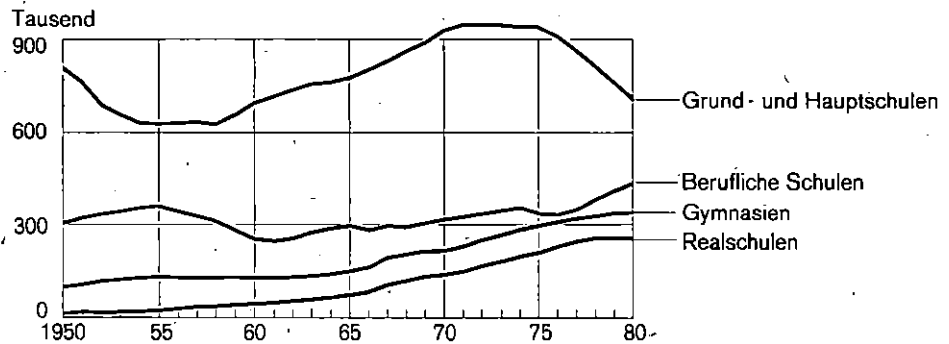
besonders groß. Die Schülerzahl stieg hier von 689 000 im Jahr 1952 auf 954 000 im Jahr 1971 und fiel bis 1980 wieder auf 716 000. Vor allem durch die ab Mitte der 60er Jahre mit Nachdruck geförderte Lehrerbildung war es möglich, die Unterrichtssituation laufend zu verbessern und die durchschnittliche Klassenstärke von 35,8 (1952) auf heute 24,3 zu senken. Die rückläufige Entwicklung bei der Zahl der deutschen Kinder wurde teilweise durch die Zunahme bei den Ausländerkindern ausgeglichen. Zwischen 1970 und 1980 ist die Zahl der schulpflichtigen ausländischen Kinder von 58 000 auf über 147 000 gestiegen. Wegen der nicht abschätzbaren Wandlungstendenzen ist eine langfristige Prognose des ausländischen Schüleranteils nicht möglich. Bis Mitte der 80er Jahre wird er sich unter den Schulpflichtigen auf knapp 20% erhöhen; bei den Schulanfängern zeichnet sich allerdings ein leichter Rückgang ab.

### Schulen, Schüler Lehrer

Bezeichnung	Einheit	Baden-Württemberg				Bundesgebiet
		1950/51	1960/61	1970/71	1980/81	
Grund-/Hauptschulen, Schüler	1000	817,0	694,7	933,9	715,8	5 354,0
Lehrer <sup>1)</sup>	1000	16,8 <sup>2)</sup>	19,2	28,6	34,6	246,8
Schüler je Lehrer <sup>3)</sup>	Anzahl	48,6	36,1	34,1	20,7	21,6
Sonderschulen, Schüler	Anzahl	9 031	15 297	50 021	58 032	370 739
Lehrer <sup>1)</sup>	Anzahl	.	.	3 507 <sup>2)</sup>	7 840	39 775
Schüler je Lehrer <sup>3)</sup>	Anzahl	..	.	14,3	7,4	8,7
Übergänge <sup>4)</sup> von Grund-/Hauptsch. auf Realschulen	%	4,7	9,8	25,4	26,3	.
Gymnasien	%	23,3	18,6	26,4	29,2	.
Realschulen, Schüler	1000	11,7	43,3	136,8	256,5	1 365,2
Lehrer <sup>1)</sup>	Anzahl	349 <sup>2)</sup>	1 429	5 223	12 480	61 950
Schüler je Lehrer <sup>3)</sup>	Anzahl	33,6	30,3	26,9	20,6	22,1
Gymnasien, Schüler	1000	97,2	129,3	217,2	339,7	2 088,8
Lehrer <sup>1)</sup>	Anzahl	4 653 <sup>2)</sup>	6 100	10 309	19 863	109 542
Schüler je Lehrer <sup>3)</sup>	Anzahl	21,1	21,2	22,2	17,1	17,4
Abiturienten		3 679 <sup>5)</sup>	8 533	14 120	28 594	200 687
Berufliche Schulen, Schüler	1000	306,9	238,4	300,8	436,0	2 582,4
Lehrer <sup>2)</sup>	Anzahl	.	5 358	6 763	13 411	74 905 <sup>1)</sup>

1) Einschl. anteilig einbezogener nicht vollbeschäftigter Lehrer. — 2) Nur vollbeschäftigte Lehrer. — 3) Bis 1970/71 nur vollbeschäftigte Lehrer. — 4) Bis 1970/71 Übergänge aus der 4. und 5. Klassenstufe, 1980/81 nur aus der 4. Klassenstufe. — 5) Schuljahr 1951/52.

## Schüler



An den Realschulen und Gymnasien hat sich der Anteil der Schüler, die von der Grundschule überwechselten (Übergangsquote), bis 1979 laufend vergrößert. Die starken Geburtsjahrgänge nach 1962 befinden sich zum Teil noch an den Schulen. Die Schüler-Rückgänge machen sich daher an den Realschulen und an der Unterstufe der Gymnasien jetzt erst bemerkbar, während die Oberstufe noch immer starke Schüler-Zuwächse zu verzeichnen hat. Etwa ab 1985 wird dann aber auch die Oberstufe der Gymnasien von sinkenden Schülerzahlen betroffen sein. Da die Realschule in Baden erst als neue Schulart eingeführt wurde, ist die Schülerzahl hier besonders steil gestiegen. In beiden Landesteilen zusammen erhöhte sie sich von 12 000 (1950) auf 256 000 (1980), also um mehr als das 20fache; die Realschulen haben somit ganz erheblich an Bedeutung gewonnen. An den Gymnasien wuchs der Schülerbestand von 97 000 auf 340 000, also auf das Dreieinhalbfache. Die Übergangsquote von den Grundschulen zu den Realschulen ist von 1950 bis 1980 von 4,7% auf knapp 30%, zu den Gymnasien von 23,3% auf das gleiche Niveau gestiegen. Diese Entwicklung wurde besonders im letzten Jahrzehnt durch den überproportional zunehmenden Anteil der Mädchen an den höheren Bildungsgängen stark beeinflusst. Dadurch sind in den Eingangsklassen der Realschulen

und Gymnasien die Mädchen heute stärker vertreten als die Jungen. Auch an diesen Schultypen hat sich die Unterrichtssituation verbessert. Die durchschnittliche Klassengröße ist von 1952 bis 1980 an Realschulen von 39,5 auf 28,0, an Gymnasien von 30,9 auf 29,0 gesunken.

Um den Gefahren einer einseitigen Entwicklung des Bildungswesens zu begegnen und dem Nachwuchsmangel in zahlreichen praktischen Berufen abzuwehren, wurde das berufliche Schulwesen in den 70er Jahren verstärkt ausgebaut. Hierdurch war es möglich, die Ausbildungschancen der jetzt in das Berufsleben ein tretenden zahlenmäßig besonders starken Jahrgänge zu verbessern. Die Schülerzahl an den beruflichen Schulen stieg von 1960/61 bis 1980/81 von 251 000 auf 436 000. Der überwiegende Teil wurde in den letzten Jahren im dualen System ausgebildet. Die Gruppe der Schüler ohne Ausbildungsvertrag an Berufsschulen ist in den 70er Jahren von 15% auf 9% zurückgegangen. Besonders fiel hierbei das verbesserte Ausbildungsangebot für Mädchen ins Gewicht. Die Zahl der Auszubildenden hat sich gegenüber 1977 von 197 700 auf 260 200 (1980/81) erhöht. Die Hälfte unter ihnen wird in Industrie und Handel ausgebildet; eine handwerkliche Lehre durchlaufen gut ein Viertel.

## 8 Hochschulen

Reformbestrebungen, Ausbau und Neugründungen setzten in den 60er Jahren auch im Hochschulbereich verstärkt ein. Universitätsneugründungen sowie die Neugliederung im Fachhochschulbereich boten die Möglichkeit zur Aufnahme des Studentenstroms, der in drei Jahrzehnten auf fast das Sechsfache anwuchs. Bemerkenswert war die steigende Studierneigung der Frauen, die jetzt bei den Studienanfängern mit einer Quote von 39% vertreten sind. Bereits im Jahr 1974 hatte die Zahl der Erstimmatrikulierten mit mehr als 27 000 einen Höhepunkt erreicht. Trotz der großen Zahl neu geschaffener Studienplätze wurde es notwendig, verstärkt Zulassungsbeschränkungen einzuführen.

Bis 1974 war der Aufschwung an den Pädagogischen Hochschulen besonders herausragend. Die Studentenzahl erhöhte sich von 900 (1950) auf knapp

23 000, also auf mehr als das 25fache; dabei wuchs der Anteil der Frauen von rund einem Drittel auf zwei Drittel. Von Mitte der 60er bis Mitte der 70er Jahre war die Zahl der vollbeschäftigten Lehrer an Grund- und Hauptschulen um gut ein Drittel gestiegen, gleichzeitig hatte jedoch die Geburtenrate um etwa 40% abgenommen, so daß sich eine immer größer werdende Diskrepanz in der quantitativen Entwicklung von Lehrernachwuchs und Einschulungsjahrgängen auftrat. Ab 1975 wurden daher die Kapazitäten der Pädagogischen Hochschulen eingeschränkt und dafür der Ausbau der Fachhochschulen verstärkt, so daß es gelang, den Studentenstrom in andere Ausbildungseinrichtungen zu lenken. Zur Zeit befinden sich nur noch knapp 12 500 Studenten an Pädagogischen Hochschulen.

Da jetzt geburtenstarke Jahrgänge mit hohem Abiturientenanteil in das studier-

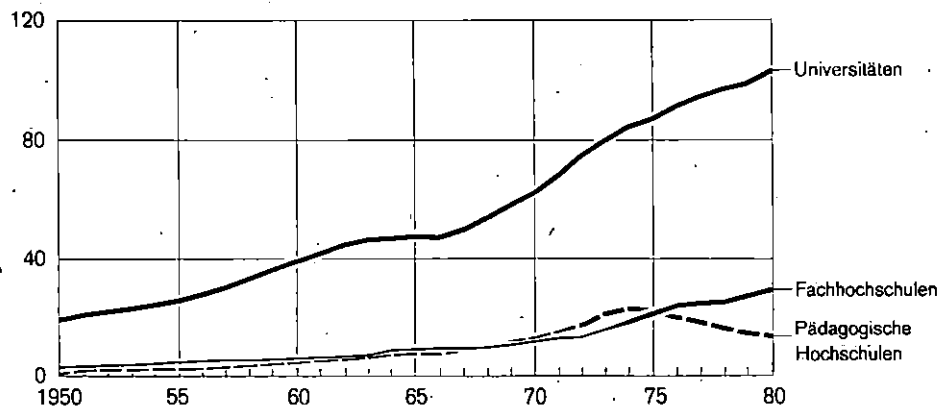
### Studierende an Hochschulen

Studierende.	Einheit	Baden-Württemberg				Bundes- <sup>2)</sup> gebiet
		1950 <sup>1)</sup>	1960 <sup>1)</sup>	1970 <sup>1)</sup>	1981 <sup>1)</sup>	1980
Studierende an Hochschulen insgesamt	Anzahl	25 491	51 523	88 244	161 885	1 044 210
darunter weiblich	%	13,9	25,1	28,7	36,0	36,7
darunter Ausländer	%				5,9	5,5
Studierende an Universitäten	Anzahl	19 910	38 705	61 526	110 426	732 510
darunter weiblich	%	12,4	22,8	25,6	34,7	38,3
darunter Ausländer	%	2,3	9,9	8,1	7,1	5,9
Studierende an Fachhochschulen	Anzahl	3 262	6 145	11 818	35 382	202 003
darunter weiblich	%	1,5	4,5	7,2	27,8	29,5
darunter Ausländer	%				3,4	4,7
Studierende an Pädag. Hochsch.	Anzahl	905	4 632	12 567	12 514	19 144
darunter weiblich	%	34,0	63,3	60,7	67,9	66,8
darunter Ausländer	%	0,0	0,1	0,2	1,0	1,0
Studierende an Kunsthochsch.	Anzahl	1 421	2 041	2 333	3 541	18 334
darunter weiblich	%	51,4	42,8	43,9	47,9	46,3
darunter Ausländer	%	4,0	8,2	11,9	11,7	12,6

1) Bis einschließlich 1960 Sommersemester; dann Wintersemester. — 2) Vorläufige Ergebnisse.

## Studierende

Tausend



fähige Alter aufrücken, wird sich bis Ende der 80er Jahre der Zustrom zu den Hochschulen noch verstärken. Trotz vorgesehener Überlastquote werden sich daher kapazitäre Engpässe an den Hochschulen nicht vermeiden lassen. Derzeit beträgt die Zahl der Studenten an Universitäten 110 400, an Fachhochschulen 35 400. Unter den Studierenden insgesamt beläuft sich der Anteil der Fachhochschulstudenten jetzt auf 22%, während er vor drei Jahrzehnten noch bei rund 13% lag.

Neben den Hochschulen stehen seit 1974 als weitere Einrichtungen des tertiären Bildungsbereichs die Berufsakademien, die wissenschaftsbezogene und zugleich praxisorientierte Berufsbildung vermitteln sollen. An den inzwischen sieben Berufsakademien waren im Wintersemester 1980/81 2598 Studierende, darunter 941 Frauen, eingeschrieben. Der größte Ausbildungsbereich Wirtschaft hatte 1460 Studierende, weitere Bereiche sind Technik und Sozialwesen (594 bzw. 544 Studierende).

## Studierende an Universitäten nach Fachgruppen

Bezeichnung	Baden-Württemberg				Bundesgebiet
	1950	1960	1970	1981	1980 <sup>1)</sup>
Studierende insgesamt	19 910	38 705	61 526	110 426	732 510
darunter					
Sprach-, Kulturwissenschaften	4 030	10 305	17 586	30 153	228 936
Rechts-, Wirtschafts-, Sozialwissenschaften	4 590	7 520	13 226	24 325	165 766
Mathematik, Naturwissenschaften	3 635	6 735	13 570	23 227	140 592
Land-, Forst-, Haushaltswissenschaften	360	455	1 234	2 824	19 028
Ingenieurwissenschaften	4 935	8 220	8 785	14 760	76 748
Humanmedizin	2 360	5 420	7 048	12 936	76 870

Bis einschließlich 1960 Sommersemester, dann Wintersemester. — 1) Vorläufige Ergebnisse.



## 9 Weiter- und Erwachsenenbildung

Der starke Wandel im Bildungswesen, der sich in den letzten drei Jahrzehnten vollzogen hat, läßt sich unter anderem an dem unterschiedlichen Bildungsstand der einzelnen Altersgruppen der Bevölkerung ablesen: Während die älteren Jahrgänge ihre Schulausbildung zu etwa 80 % mit dem Verlassen der Volksschule abschlossen haben, sind es bei den 15- bis 20jährigen nur noch knapp 40 %. Von den 20- bis 25jährigen haben heute 22% die mittlere Reife, 21% das Abitur als Abschlußziel erreicht.

In allen Zeiten hat Jugend- und Erwachsenenbildung über die schulische und berufliche Grundausbildung hinaus Bedeutung gehabt. In den letzten Jahren sind dabei neben der allgemeinen und der politisch-gesellschaftlichen Weiterbil-

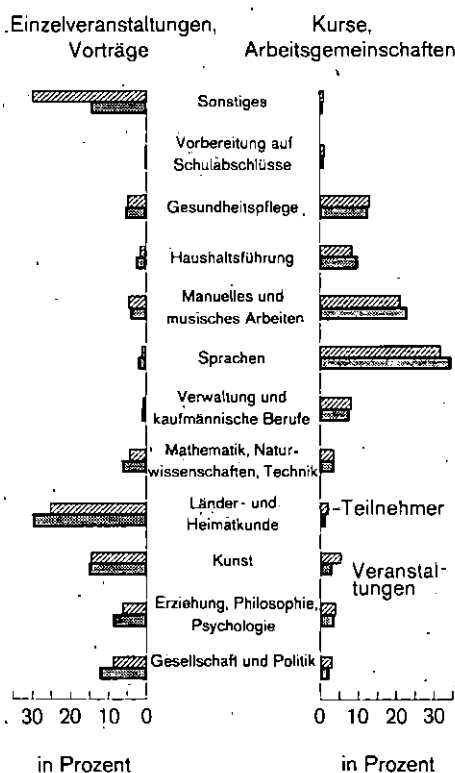
dung vor allem die berufliche Fortbildung und Umschulung sowie der Zweite Bildungsweg mehr in den Vordergrund getreten. Verstärkt durchgeführt wurde auch die berufliche Rehabilitation. Die Spannweite der Veranstaltungen (vorwiegend Vortragsreihen, Kurse, Lehrgänge und Seminare) ist dabei ebenso vielfältig wie die staatlichen, kommunalen, gesellschaftlichen, kirchlichen, berufsständischen oder politischen Gruppen, die Träger dieser Bildungseinrichtungen sind.

Zu den wichtigsten Trägern der *allgemeinen* Weiterbildung zählen neben den Bildungswerken der Kirchen die 136 Volkshochschulen mit ihren 850 Außenstellen. Während das Angebot der kirchlichen Weiterbildungsträger stärker auf Einzelveranstaltungen ausgerichtet ist, bieten die Volkshochschulen in etwas stärkerem Umfang Kurse an; diese sprechen in besonderem Maße Frauen (70% der Teilnehmer) an. Insgesamt haben 1980 schätzungsweise über drei Mill. Teilnehmer Veranstaltungen der allgemeinen Weiterbildung besucht.

Besondere Bedeutung hat die Förderung der *beruflichen* Weiterbildung in den letzten Jahren bei der Bekämpfung der zunehmenden Arbeitslosigkeit gewonnen. So wurden 1980 allein von der Arbeitsverwaltung fast 37 000 Personen neu in die Individualförderung aufgenommen. Darüber hinaus konnten aus Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit im Zusammenwirken mit der Wirtschaft den Trägern von beruflichen Bildungseinrichtungen Finanzierungshilfen von rund 4,8 Mill. DM bewilligt werden; das entspricht einem Anteil von etwa 23 % ihrer Gesamtinvestitionen.

Für den Auf- und Ausbau eines bedarfsgerechten und flächendeckenden Weiterbildungssystems ist die institutionalisierte Zusammenarbeit der verschiedenen Träger unerläßliche Voraussetzung,

Volkshochschulen –  
Veranstaltungen und Teilnehmer  
nach Stoffgebieten 1979



um mögliche Doppelangebote einerseits und regionale Angebotsdefizite andererseits zu vermeiden. Durch das 1969 gegründete Landeskuratorium für Weiterbildung wird die Koordination auf Landesebene vorgenommen. Auf

Kreisebene gibt es bislang erst 14 Kreiskuratorien — das heißt in weniger als der Hälfte aller Landkreise —, die sich um eine Abstimmung der Weiterbildungsarbeit zwischen den verschiedenen Trägern bemühen.

## Weiterbildungseinrichtungen 1972 \*

Bildungsträger	Ermittelte Einrichtungen	Einrichtungen, die nähere Auskunft gaben	Tätigkeitsbereiche <sup>1)</sup>					Veranstaltungen	Teilnahmefälle in 1000
			allgemeine Erwachsenenbildung	politisch-gesellschaftliche Weiterbildung	Zweiter Bildungsweg	berufliche Fortbildung	berufliche Umschulung/Rehabilitation		
Insgesamt	5 168	3 931 <sup>2)</sup>	2 661	1 279	126	1 706	403	142 742	4 142
davon									
Produzierendes Gewerbe	311	246	72	22	5	226	80	8 745	198
Handel	68	51	8	3	1	50	7	1 099	15
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	11	9	1	—	—	9	3	820	12
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	53	49	4	2	—	49	13	1 398	23
Sonstiges Dienstleistungsgewerbe	10	9	3	—	—	6	—	111	1
Wissenschaft, Bildung	1 369	1 160	745	285	86	604	182	48 029	1 545
Verlags- und Pressewesen	4	5	—	—	1	4	2	67	1
Kirchen	1 798	1 278	1 249	585	8	82	5	20 105	639
Organisationen der Erziehung, Wissenschaft und Kultur	7	6	2	1	1	5	1	397	7
Organisationen des Wirtschaftslebens	323	218	93	101	4	141	35	11 904	368
Öffentlich rechtliche Wirtschafts- und Berufsvertretungen	150	122	28	11	2	119	33	2 756	86
Sonstige Organisationen ohne Erwerbscharakter <sup>3)</sup>	737	485	401	239	14	130	23	33 730	885
Bundesbehörden	10	9	1	1	—	8	6	134	2
Landesbehörden	247	230	41	25	3	227	10	11 004	329
Kommunalbehörden und -verbände	55	40	12	1	1	35	2	2 078	23
Sozialversicherungen	13	12	1	3	—	11	1	281	8

\* Ohne Rundfunk und Fernsehen. — Aktuellere Daten stehen leider nicht zur Verfügung.

1) Tätigkeitsbereiche der Einrichtungen, die nähere Auskunft gaben; einschließlich Mehrfachnennungen. — 2) Mit 7 545 Außenstellen. —

3) Deutsches Rotes Kreuz, Arbeiterwohlfahrt, Caritas, Diakonisches Werk, Parteien und andere.

## 10 Kirchliches und kulturelles Leben

Das *religiöse Leben* des Landes wird weitgehend durch die evangelischen Landeskirchen und die römisch-katholische Kirche geprägt, denen zusammen etwa 8,5 Millionen Mitglieder und damit über 90% der Bevölkerung angehören. Darüber hinaus ist die Vielfalt der religiösen Gruppierungen innerhalb und außerhalb der großen Kirchen für unser Land charakteristisch.

Der nach dem Krieg einsetzende Zustrom von Vertriebenen und Flüchtlingen und später von ausländischen Arbeitssuchenden und deren Familien, vorwiegend aus Südeuropa und der Türkei, brachte den Kirchen und ihren Sozialwerken viele neue Aufgaben und Impulse. Zur Eingliederung der über das ganze Land verstreut angesiedelten Neubürger war die Gründung vieler neuer Gemeindezentren

in bisher konfessionell einheitlichen Regionen und in Neubaugebieten erforderlich. Die Zahl der evangelischen Kirchengemeinden stieg von 1956 bis 1980 um rund 14 % auf 1625, die der katholischen Pfarreien um 26% auf 2 170. Mit Hilfe ihrer Sozial- und Bildungseinrichtungen, der Missionswerke usw. haben sich die Kirchen im In- und Ausland in mannigfacher Weise engagiert und oft neue richtungsweisende Wege zur Lösung gesellschaftlicher und sozialer Probleme beschritten. Während die evangelische Bevölkerung zur Zeit der Gründung Baden-Württembergs in der Überzahl war, haben sich die Anteile der beiden Konfessionen in den letzten 30 Jahren gegenläufig verschoben. U.a. auf Grund der stärkeren Zuwanderungen von Katholiken sowie infolge der unterschied-

### Religionszugehörigkeit, Kirchliche Verhältnisse

Religionszugehörigkeit Kirchliche Verhältnisse	Einheit	Baden-Württemberg				Bundes- gebiet
		1950	1961	1970	1980 <sup>1)</sup>	
Religionszugehörigkeit <sup>2)</sup>						
davon						
Evangelische Kirchen insgesamt	1000	3 173,7	3 791,4	4 073,2	4 078,6	
Evang. Kirche ohne Freikirchen	1000	3 132,9	3 726,6	3 899,4		
Evangelische Freikirchen	1000	40,8	64,8	173,8		
Römisch-katholische Kirche	1000	3 030,7	3 633,0	4 219,7	4 359,1 <sup>3)</sup>	
Sonstige christliche Gemeinsh.	1000	86,9	146,5	175,0		
Jüdische Religionsgemeinschaft	1000	1,4	1,5	3,0	821,3	
Sonstige Religionsgemeinschaften	1000	137,4	14,6	179,1		
Gemeinschaftslos, ohne Angabe	1000		172,2	245,0		
Kirchliche Verhältnisse						
Evangelische Landeskirchen						
Taufen	1000		67,4	51,1	34,4	213,7
Aufnahmen <sup>4)</sup>	1000	5,7	4,2	2,1	3,2	28,0
Austritte	1000	6,5	3,2	14,5	10,8	99,7
Römisch-katholische Kirche						
Taufen	1000		76,8	59,1	39,7	247,4
Aufnahmen <sup>4)</sup>	1000	2,6	2,2	0,6	1,0	7,6
Austritte	1000	2,4	3,0	9,2	10,4	48,8

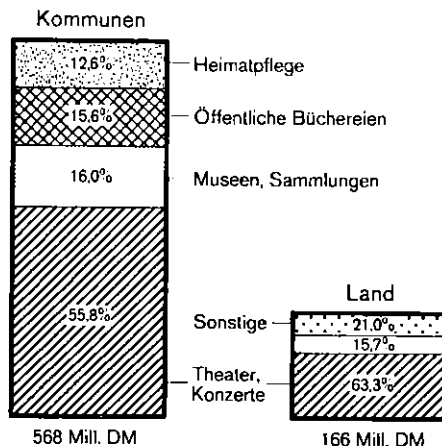
1) Kirchliche Verhältnisse Bundesgebiet 1979. — 2) Religionszugehörigkeit: 1950, 1961, 1970 VZ; 1980 Fortschreibung des Statistischen Landesamts (ohne Berücksichtigung der Kirchen-, aus- und übertritte. Lebendgeborene sind nach der Religionszugehörigkeit der Mutter fortgeschrieben). Kirchliche Verhältnisse: Evangelische Landeskirche in Baden bzw. Württemberg, Diözesen Rottenburg und Stuttgart. — 3) Einschließlich unierter Riten. — 4) Über- und Rücktritte.

lichen Altersstruktur besitzt die römisch-katholische Kirche seit 1966 die größere Mitgliederzahl. Relativ am stärksten hat die Gruppe der 'Sonstigen' (übrige Religionen und Gemeinschaftslose) zugenommen. Ihre Anzahl versechsfachte sich in drei Jahrzehnten auf über 820 000, darunter sind rund 250 000 Türken, die ganz überwiegend moslemischen Glaubens sind.

Für das *kulturelle Leben* im deutschsprachigen Raum hat der deutsche Südwesten schon immer einen wichtigen Beitrag geleistet. Vor allem Philosophie, Dichtung, Theater, Ballett, Musik und Volkskunst finden hier namhafte Vertreter. Statistischer Betrachtung sind allerdings nur wenige kulturelle Bereiche zugänglich.

Heute liegen die staatlich bezuschußten 13 öffentlichen und 11 privaten Bühnen des Landes mit der Zahl ihrer Veranstaltungen, mit den Premieren und im Besucherzuspruch weit über dem Bundesdurchschnitt. In der Spielzeit 1979/80 nahmen – ohne die Gastspiele der Bühnen zu berücksichtigen – 2,7 Mill. Besucher an 7500 Vorstellungen teil.

Ausgaben für  
den kulturellen Bereich



Schon vor der Gründung des Landes konnten die in der Spielzeit 1951/52 bestehenden 11 öffentlichen Theater bei 4500 Vorstellungen (einschließlich Gastspielen) fast 2,3 Mill. Besucher zählen.

Die sechs Kulturorchester veranstalteten in der Saison 1979/80 560 Konzerte, die 481 000 Besucher fanden, dabei standen die Stuttgarter Philharmoniker mit einer Besucherzahl von 110 000 an der Spitze.

Für breite Bevölkerungskreise bedeuten in steigendem Maße Chorgesang und instrumentale Volksmusik eine aktive Teilnahme am kulturellen Leben. So ist zwischen 1958 und 1980 die Zahl der Mitglieder des Badischen Sängerbundes auf 235 000 (+29%) und des Schwäbischen Sängerbundes auf 206 900 (+23%) gestiegen.

Unter den zahlreichen Trägern des kulturellen Lebens nehmen die Bibliotheken eine besondere Stellung ein. Sie wurden nach dem Erlaß zur Förderung der Weiterbildung und des öffentlichen Bibliothekswesens vom Dezember 1975 systematisch ausgebaut. 1980 standen den Einwohnern der Stadt- und Landkreise 918 öffentliche Bibliotheken mit einem Bestand von 8,2 Mill. Bänden zur Verfügung.

Das kulturelle Erbe des Landes spiegelt sich in seinem großen Reichtum an Museen, Schlössern und Erinnerungsstätten wider. Fast die Hälfte der rund 300 Museen sind als Heimatmuseen eingerichtet. Das große Interesse der Bevölkerung wird erkennbar in der Besucherzahl von 6 Millionen (1979).

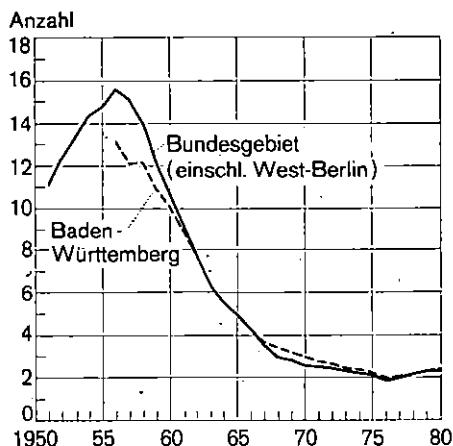
Welche Bedeutung der Pflege und Förderung des kulturellen Lebens und Erbes beigemessen wird, zeigt sich auch in den Mitteln, die Land, Gemeinden und Gemeindeverbände dafür bereitstellen.

## 11 Medien

Schon bei Gründung des Landes bestand eine beachtliche Vielfalt von Einrichtungen, die vorwiegend aktualitäts- und situationsorientierte Informationen und Unterhaltungsangebote verbreiteten: insbesondere privatwirtschaftliche Verlage von Presseerzeugnissen und Büchern sowie zwei öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten. Dieser Medienbereich, dem daneben auch der Film (Kinos), die Tonträger (Schallplatten, Tonbänder, Cassetten) und seit wenigen Jahren auch Bildträger (Videobänder und Bildplatten) zuzurechnen sind, stand über Jahrzehnte im Gegensatz zu seiner wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Bedeutung -- abgesehen von der Nutzung -- kaum im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Bis auf die Einführung des Fernsehens vollzogen sich wichtige Entwicklungen daher fast unmerklich:

Der Hörfunk wurde in den 70er Jahren immer mehr zu einem Informations-, Musik- und Bildungsmedium ausgebaut. Er verbesserte die Sendequalität (Stereo) und erreichte nicht nur eine Vollversorgung in den Haushalten, sondern wird durch Auto- und Taschenradios auch außerhäuslich in wachsendem Maße genutzt.

Jährliche Filmbesuche  
je Einwohner



Das Fernsehen, anschauliches Medium für informierende und unterhaltende Bildnachrichten und Filme, erlebte nach stürmischen Wachstumsraten der 60er Jahre bei Zunahme von Farbfernsehgeräten und Zweitgeräten eine immer stärker an die Sättigungsgrenze heranführende Verbreitung und zusammen mit dem Hörfunk die stärkste Nutzung aller Medien.

Die Tageszeitungen, heute meist mit modernen elektronischen Produktionstechniken und durch vielfältige Kooperationen verbunden, erzielten im ganzen wachsende Verbreitung. Rückläufig war allerdings die Zahl der Verlage.

Das Buch, vielfach Grundlage für andere Medien, erwies sich zumindest gemessen an Neuerscheinungen, Umsätzen und Entleihungen in Bibliotheken als standfestes, unverzichtbares Medium. Seine besondere Bedeutung in Baden-Württemberg wird darin deutlich, daß jedes vierte in der Bundesrepublik erscheinende Buch hier herausgegeben wird.

Der Film, einstmals das faszinierendste Medium, war nach erfolgreichen 50er Jahren von deutlichen Besucherverlusten betroffen.

Die Tonträger (Schallplatten, Tonbänder, Cassetten) fanden wie auch die Recorder beschleunigte Verbreitung, während den Bildträgern (Videocassetten) bzw. den Videorecordern nach unerwartet zögernder Nachfrage in den 70er Jahren erst jetzt wachsendes Interesse begegnet.

Die dem Medienbereich tatsächlich innewohnende Bedeutung, für die statistische Nachweise in zahlreichen Fällen erst noch zu entwickeln wären, wurde der Öffentlichkeit schlagartig vor wenigen Jahren im Zuge einer sehr kontroversen Diskussion um "Neue Medien" bewußt. Festzuhalten ist dabei, daß die "Neuen Medien" nur wichtiger, aber

keineswegs alleiniger Teil einer technischen Revolution sind, die aufgrund elektronischer Entwicklungen alle Bereiche des privatwirtschaftlichen und öffentlichen Lebens erfaßt und deren Konsequenzen für Produktions- und Kommunikationstechniken kaum absehbar sind.

Beschränkt auf den Bereich der Massenmedien läßt sich feststellen, daß technische Hinderungsgründe nicht mehr bestehen, die bisher annähernd arbeitsteilige Struktur der "alten Medien" durch neue Kommunikationsformen aufzulösen. Über Bildschirm können z.B. "Zeitungsnachrichten" außer von Verlagen auch durch Nachrichtenzentralen und Rundfunkanstalten verfügbar gemacht werden. Ähnlich dem gewohnten öffentlich-rechtlichen Hörfunk und Fernsehen könnten auch private Träger Programme produzieren und – unabhängig von der begrenzten drahtlosen Funkübermitt-

lung – über den Bildschirm verbreiten; da die Bundespost im Zuge eigener technischer Weiterentwicklung ihr Kabelnetz ausbaut und leistungsfähiger macht.

Den zahlreichen neuen technischen Möglichkeiten steht eine Fülle rechtlicher, wirtschaftlicher, kultureller und gesellschaftlicher Fragen gegenüber. Die "Expertenkommission Neue Medien" hat inzwischen ihre Arbeitsergebnisse vorgelegt. Eine Kooperation von Funk und Verlegern zielt auf gemeinsame lokale Hörfunk- und Fernsehprogramme ab. Die Landesregierung bereitet ein Mediengesetz vor. Das Bewußtsein für die Chancen und Risiken von Neuerungen wächst. Daneben und nicht zuletzt sind Entwicklungsarbeiten der heimischen elektronischen Industrie Ausdruck des Bemühens, im Land Baden-Württemberg die Entwicklung aktiv mitzugestalten.

## Massenmedien

Merkmal	Einheit	Baden-Württemberg				Bundesgebiet
		1952	1960	1970	1981	
Hörfunk gemeldete Geräte	1000	1 429	2 134	2 862	3 721	23 748
Süddeutscher Rundfunk	1000	926	1 369	1 829	2 308	—
Südwestfunk <sup>1)</sup>	1000	1 100	1 643	2 138	2 848	—
Fernsehen gemeldete Geräte	1000	—	417	2 196	3 117	21 491
Süddeutscher Rundfunk	1000	—	298	1 400	1 941	—
Südwestfunk <sup>1)</sup>	1000	—	333	1 751	2 446	—
Tageszeitungen Verlage	Anzahl	95	87	84	68 <sup>2)</sup>	393 <sup>3)</sup>
verkaufte Auflage	1000	1 461	1 673	1 988	2 248	20 556 <sup>4)</sup>
Zeitschriften (verlegte) <sup>5)</sup>	Anzahl	.	.	.	1 555	6 042
verkaufte Auflage	1000	.	.	.	27 507	137 620
unentgeltliche Auflage	1000	.	.	.	16 511	99 804
Buchproduktion Titel	Anzahl	2 442 <sup>6)</sup>	5 428	10 552	15 571 <sup>7)</sup>	67 176 <sup>7)</sup>
Filmwirtschaft Kinos	Anzahl	609	920	559	556 <sup>7)</sup>	3 354 <sup>7)</sup>
Besucher	Mill.	67	78	27	22 <sup>7)</sup>	144 <sup>7)</sup>
Telefonhauptanschlüsse	1000	246	405	1 129	3 608	22 089

1) Einschl. Sendegebiet Rheinland-Pfalz. — 2) Darunter 17 "Publizistische Einheiten", die den Zeitungsmantel selbst herstellen. — 3) Darunter 124 "Publizistische Einheiten". — 4) Einschl. Kaufzeitungen und überregionale Zeitungen. — 5) Amtliche Pressestatistik 1979. — 6) 1951. — 7) 1980.

## 12 Erwerbsleben, Arbeitsmarkt

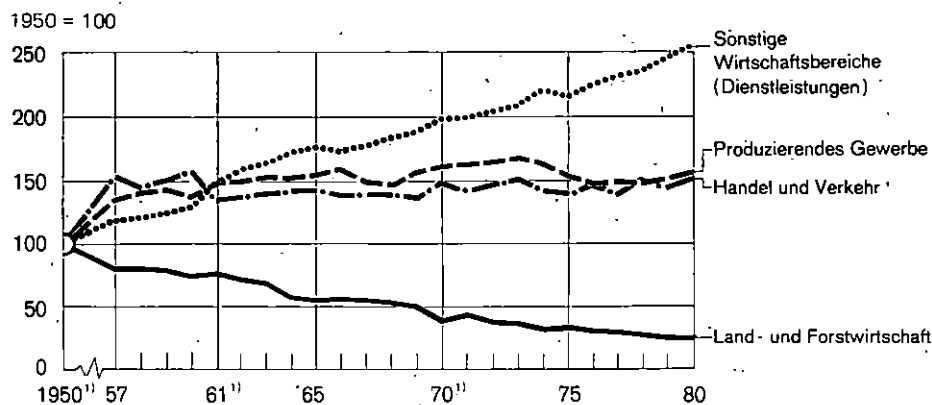
Die Zahl der Erwerbstätigen hat sich in den vergangenen drei Jahrzehnten — vor allem infolge demographischer Einflüsse — um über ein Drittel auf 4,25 Mill. erhöht. Die Zunahme, an der sowohl die Frauen als auch etwas stärker die Männer beteiligt waren, wurde erreicht, obgleich der Anteil der Erwerbstätigen an der Wohnbevölkerung zurückging. Er verringerte sich seit 1950 bei den Frauen von 36,8 auf 35,2% im Jahre 1980 und bei den Männern von 62,9 auf 57,8%. Ursächlich für den Rückgang waren vor allem die Verlängerung der schulischen Ausbildung und der verstärkte Übergang in den Hochschulbereich einerseits sowie die Einführung der flexiblen Altersgrenze andererseits. Entsprechend vollzog sich der Eintritt vom Bildungs- in das Beschäftigungssystem später und in die Ruhestandsphase im Durchschnitt früher.

Zusätzlich zur durchschnittlichen Lebensarbeitszeit wurde auch die Wochenarbeitszeit durch tarifvertragliche Vereinbarungen der beiden Sozialpartner schrittweise reduziert. 1965 arbeiteten beispielsweise noch 29% der selbständig und abhängig Erwerbstätigen 43 bis 45 Stunden in der Woche und 28% 40 bis 42 Wochenstunden. Bis zum Jahr 1980 ging der Anteil der Erwerbstätigen mit

einer normalerweise geleisteten Wochenarbeitszeit von 43 bis 45 Stunden auf 7% zurück, während sich derjenige mit einer Arbeitszeit von 40 bis 42 Stunden auf 59% erhöhte.

Parallel dazu fanden tiefgreifende Veränderungen der Wirtschaftsstruktur statt. Während vor drei Jahrzehnten noch jeder vierte Erwerbstätige in der Land- und Forstwirtschaft tätig war, ist es heute nur noch jeder zwanzigste. Im Produzierenden Gewerbe nahm demgegenüber der Anteil an den Erwerbstätigen bis 1970 auf rund 55% zu. Seither geht dieser Anteil allerdings zurück; er betrug 1980 noch rund 52%. Von dieser Umstrukturierung konnte vor allem der private und öffentliche Dienstleistungsbereich gewinnen. Sein Anteil an den Erwerbstätigen erhöhte sich zwischen 1950 und 1980 von 28% kontinuierlich auf 43%. Gleichzeitig änderte sich das Sozialgefüge der Erwerbsbevölkerung. Herausragend ist dabei, daß die wirtschaftliche Selbständigkeit immer stärker zurückgedrängt wurde. 1950 war noch gut ein Drittel der Erwerbstätigen als Selbständige oder mithelfende Familienangehörige tätig, 1970 noch 16% und 1980 rund 12%. Entsprechend erhöhte sich der Anteil der abhängig Erwerbstätigen.

Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen



1) Ergebnisse der Volkszählung.

Nachdem die durch Kriegsfolgen hervorgerufene hohe Arbeitslosigkeit in der ersten Hälfte der 50er Jahre überwunden war, kam es bis Mitte der 60er Jahre zu einer beträchtlichen Anspannung des Arbeitsmarktes. 1964 entfielen auf einen Arbeitslosen rund 25 offene Stellen. Die erste Rezession der Nachkriegszeit 1967 führte wieder zu Arbeitslosigkeit. Allerdings lag aufgrund der ausgeglichenen Wirtschaftsstruktur des Landes die Arbeitslosenquote von 0,7% deutlich unter derjenigen des Bundesgebiets (2,1%). Die nach einer hochkonjunkturellen Phase seit 1974 als Folge der ersten Öl-

krise erneut auftretende Rezession führte zu einer sprunghaften Zunahme der Arbeitslosenquote auf 3,5% im Jahresdurchschnitt 1975. Seither konnte die konjunkturell bedingte Situation des Arbeitsmarktes — unter anderem auch wegen der Zusammensetzung der Arbeitslosen und dem Eintritt starker Geburtsjahrgänge in das Erwerbsleben — nicht von Grund auf verbessert werden, so daß sich die Probleme weiter verschärfen. Die Arbeitslosenquote von 3,3% im Jahresdurchschnitt 1981 ist allerdings immer noch die geringste unter allen Bundesländern geblieben (Bund 5,5%).

## Erwerbstätige, Arbeitsmarkt

Bezeichnung	Einheit	Baden-Württemberg				Bundesgebiet
		1950 <sup>1)</sup>	1961 <sup>1)</sup>	1970 <sup>1)</sup>	1980 <sup>2)</sup>	
Erwerbstätige insgesamt	1000	3 146	4 039	4 176	4 251	26 874
darunter weiblich	1000	1 271	1 640	1 600	1 681	10 092
darunter ausländische Erwerbstätige	1000		132	476	492	2 167
Tätigkeitsquote insgesamt	%	48,9	52,1	46,9	46,1	43,7
<b>Nach Wirtschaftsbereichen</b>						
Land- und Forstwirtschaft	1000	842	637	332	210	1 437
Produzierendes Gewerbe	1000	1 413	2 104	2 284	2 204	12 174
Handel und Verkehr	1000	403	545	597	607	4 722
Sonstige Dienstleistungen	1000	487	754	964	1 230	8 541
<b>Nach der Stellung im Beruf</b>						
Selbständige	1000	538	519	389	352	2 316
Mithelfende Familienangehörige	1000	570	464	294	142	924
Beamte, Richter, Soldaten	1000	118	188	254	307	2 261
Angestellte <sup>3)</sup>	1000	465	906	1 232	1 546	10 002
Arbeiter <sup>4)</sup>	1000	1 455	1 962	2 007	1 903	11 372
<b>Arbeitszeit (wöchentl. Durchschnitt)</b>						
insgesamt	Std.		45,3	42,5	39,6	39,7
darunter von Frauen	Std.		42,1	38,1	35,0	35,2
darunter von Selbständigen	Std.		54,0	52,9	52,5	53,6
darunter von Frauen	Std.		44,8	43,7	43,0	45,0
<b>Arbeitsmarkt<sup>5)</sup> Jahresdurchschnitt</b>						
Arbeitslose insgesamt	1000	65	6	8	121	1 272
darunter weiblich	1000	22	2	3	66	619
Arbeitslosenquote insgesamt	%	4,3	0,2	0,2	3,3	5,5
Offene Stellen insgesamt	1000	11	105	134	41	208
Kurzarbeiter insgesamt	1000	3		2	65	347

1) Ergebnisse der Volkszählung (ohne Arbeitsmarktdaten). — 2) Ergebnisse des Mikrozensus; Arbeitsmarktzahlen 1981. — 3) Einschließlich kfm./techn. Auszubildende. — 4) Einschließlich gewerblich Auszubildende. — 5) Quelle: Landesarbeitsamt bzw. Bundesanstalt für Arbeit.



## 13 Wirtschaftliche Leistung, Wirtschaftsstruktur

Zusammenfassender Indikator der wirtschaftlichen Leistung ist das Bruttoinlandsprodukt. Schaltet man die Preissteigerungen aus, so hat es sich, in Preisen von 1970 gemessen, seit Bestehen des Landes mehr als vervierfacht. Ein solch außerordentliches Wachstum, das zweifellos in engem Zusammenhang mit dem überdurchschnittlichen Bevölkerungswachstum steht, wurde von keinem anderen Bundesland erreicht.

In den 50er Jahren war die Entwicklung zunächst durch eine sehr dynamische Aufbauphase gekennzeichnet. Geprägt wurde diese Periode des wirtschaftlichen Wiederaufbaus durch das starke Vordringen des Produzierenden Gewerbes (Industrie, Handwerk, Bauwirtschaft).

Nach Sättigung des Wiederaufbau- und Nachholbedarfs setzte dann in den 60er Jahren ein neuer Entwicklungsabschnitt mit deutlich abgeschwächtem Wachstum ein, der als Konsolidierungsphase bezeichnet werden kann. Auch dieser Zeitraum war durch beträchtliche struktu-

relle Verschiebungen gekennzeichnet: Der Warenproduzierende Bereich erhöhte weiterhin seinen Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt, allerdings nur noch leicht. Demgegenüber steigerte der Dienstleistungsbereich seinen Anteil am Bruttoinlandsprodukt beträchtlich, während das Gewicht der Landwirtschaft weiterhin zurückging.

Etwa mit Beginn der 70er Jahre setzte wiederum ein Trendumbruch ein, so daß von einer generellen Umorientierungsphase ausgegangen werden muß. Kennzeichnend für diese neue Entwicklung ist einerseits eine weitere Abschwächung des wirtschaftlichen Wachstums, andererseits ein verstärkter Strukturwandel vor dem Hintergrund sprunghaft gestiegener Energiepreise und einer teilweise schwierigeren Wettbewerbsposition der heimischen Wirtschaft auf den Weltmärkten. Die für hochentwickelte Volkswirtschaften typische überproportionale Ausweitung des Dienstleistungsbereichs setzte sich in den 70er Jahren

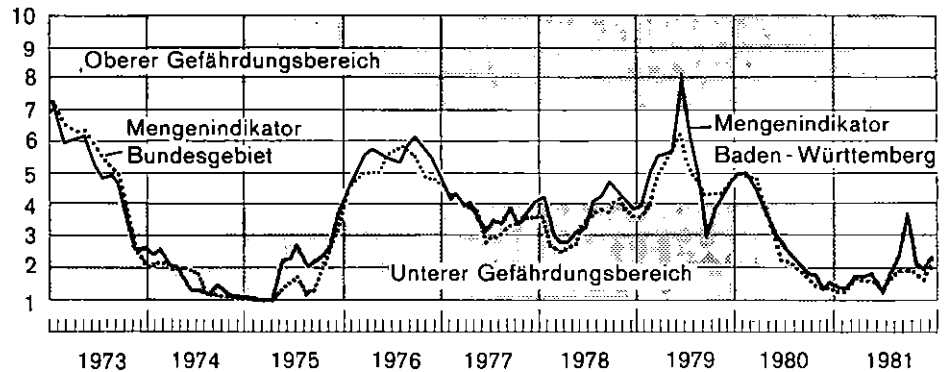
### Bruttoinlands- produkt

Bezeichnung	Einheit	Baden-Württemberg				Bundes- gebiet
		1952	1960	1970	1980 <sup>1)</sup>	
Bruttoinlandsprodukt						
in jeweiligen Preisen	Mill. DM	19 201	42 999	105 312	234 255	1 488 920
in Preisen von 1970	Mill. DM	32 500 <sup>2)</sup>	61 659	105 312	142 176	895 140
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner						
in jeweiligen Preisen	DM	2 949	5 665	11 839	25 372	24 184
in Preisen von 1970	DM	4 900 <sup>2)</sup>	8 123	11 839	15 399	14 539
Beiträge der Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt <sup>3)</sup>						
Land- und Forstwirtschaft	%	9,4	5,7	3,2	1,8	2,1
Warenproduzierendes Gewerbe	%	53,4	56,8	59,0	54,4	47,3
Handel und Verkehr	%	18,4	16,3	13,4	12,6	15,0
Dienstleistungsunternehmen	%	9,9	13,5	15,5	19,7	22,3
Staat, Private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbs- charakter	%	8,9	7,7	8,9	11,5	13,2

1) Vorläufige Ergebnisse. — 2) Geschätzt. — 3) Anteile an der unbereinigten Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen. Nur für 1980 neuester Berechnungsstand.

## Konjunkturverlauf

Bewertungspunkte



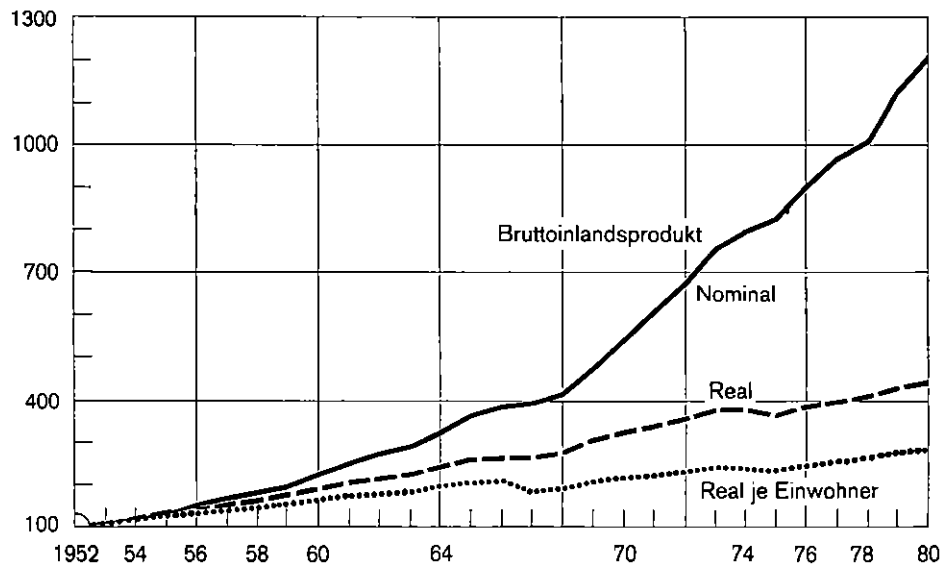
verstärkt fort, doch hat sich in Baden-Württemberg der Strukturwandel bisher eher langsam und gemäßigt vollzogen. Nicht zuletzt spielt dabei auch die historisch gewachsene Wirtschaftsstruktur eine Rolle, die durch die überragende Bedeutung des Produzierenden Gewerbes geprägt ist. Noch immer stellt dieser Sektor weit über die Hälfte aller nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsplätze. Ungeachtet dessen ging die generelle Wachstumsabschwächung nach 1973 im

Gefolge der Energiepreisteigerung insbesondere auf Kosten des Warenproduzierenden Sektors.

Der eindeutige Schwerpunkt der wirtschaftlichen Aktivität liegt im Mittleren Neckar-Raum und im Rhein-Neckar-Raum. In diesen hochverdichteten Regionen, die zusammen nur knapp ein Sechstel der Landesfläche umfassen, werden rund 40% des gesamten Bruttoinlandsproduktes erwirtschaftet.

## Bruttoinlandsprodukt

1952 = 100



## 14 Land- und Forstwirtschaft

In den zurückliegenden drei Jahrzehnten hat sich die Betriebs- und Beschäftigungsstruktur der Land- und Forstwirtschaft unter dem fortwährenden Druck der Einkommensdisparität gegenüber der gewerblichen Wirtschaft tiefgreifend verändert. Obwohl sich die Zahl der überwiegend Klein- und kleinbäuerlichen Betriebe, bei gleichzeitiger Konzentration auf größere Höfe, um gut die Hälfte verringert hat und zwei Drittel der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte in andere Wirtschaftsbereiche abgewandert sind, konnte durch verstärkten Maschinen- und Kapitaleinsatz sowie produktionstechnische und organisatorische Fortschritte die Nahrungsmittelproduktion um ein Mehrfaches erhöht werden. Die Ertrags-Aufwandsrelationen für die in der Agrarwirtschaft verbliebenen Betriebe und Beschäftigten wurden damit zwar verbessert, aber die Disparität nicht aufgehoben. Vielmehr sahen sich die Inhaber der Betriebe zunehmend gezwungen, vom landwirtschaftlichen Haupterwerb zum Zu- und Nebenerwerb überzugehen: Nur noch 56 000 heimische Agrarbetriebe werden heute hauptberuflich geführt.

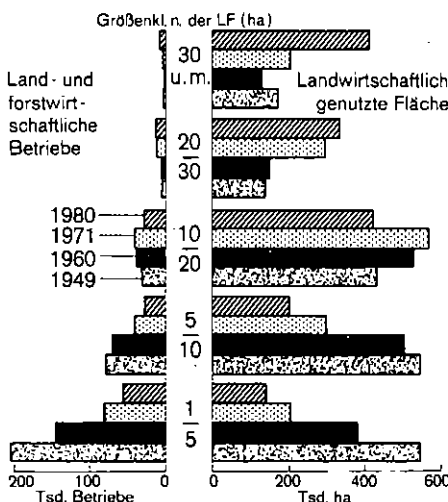
Mit dem Bevölkerungswachstum und dem Ausbau der gewerblichen Wirtschaft war eine empfindliche Einschränkung der agrarischen Produktionskapazität verbunden: Im Zeitraum von 1950 bis 1980 wurden 177 000 Hektar Naturfläche für die Nutzung als Bauland, Verkehrswegefläche und sonstige Siedlungsfläche bereitgestellt, weitere 50 000 Hektar der forstlichen Nutzung zugeführt und fast 40 000 Hektar als Brachland belassen. In der Viehhaltung entwickelten sich die Produktionskapazitäten unterschiedlich: Während die Bestände an Mastrindern erweitert, die Schweinebestände sogar verdoppelt wurden, erfolgte beim Milchkuhbestand ein Rückgang um mehr als ein Fünftel.

Die Produktionsleistungen wurden andererseits durch eine Intensivierung des Aufwandes und verstärkten Futtermiteinsatz erheblich verbessert. Bei der pflanzlichen Produktion konnten die Erträge in kaum für möglich gehaltenem Ausmaß gesteigert werden.

Bei der tierischen Produktion stiegen die Milchleistung je Kuh um 95%, die Gesamtschlachtmenge an Rindern um rund 210% und die an Schweinen um gut 130%. Im ganzen hat sich die reale Bruttoproduktion damit um über ein Drittel auf fast 14 Mill. t Getreideeinheiten (GE) erhöht.

Die erheblichen Anstrengungen und Leistungsverbesserungen der gesamten Landwirtschaft bewirkten allein seit 1960 eine Verdoppelung der landwirtschaftlichen Verkaufserlöse auf knapp 6,8 Mrd. DM. Da die Betriebsausgaben im gleichen Zeitraum stärker anstiegen, verbesserte sich das Betriebseinkommen nur um 80%. Bei sehr starken Unterschieden zwischen den einzelnen Betriebsgrößen, Betriebstypen und Regionen ist es für die Landwirtschaft insgesamt gesehen nicht leicht, mit anderen Wirtschaftsgruppen Schritt zu halten.

Betriebe, genutzte Flächen



**Betriebe, Flächen,  
Erzeugung, Leistungen**

Merkmal	Einheit	Baden-Württemberg				Bundesgebiet
		1950	1960	1970	1980	
Landwirtschaftliche Betriebe ab 1 ha LF <sup>1)</sup> insgesamt	1000	322,7	263,9	206,4	138,4	797,4
davon mit						
1 bis unter 2 ha LF	1000	69,2	55,6	42,2	25,2	102,9
2 " " 10 ha LF	1000	213,0	160,6	107,9	60,8	304,0
10 " " 30 ha LF	1000	37,6	45,2	53,0	43,4	283,9
30 und mehr ha LF	1000	2,9	2,5	3,3	9,0	106,6
Arbeitskräfte <sup>2)</sup> insgesamt	1000	925	615	466	324	1 925,0
darunter						
Familienarbeitskräfte	1000	830	590	450	314	1 851,3
Forstbetriebe ab 1 ha Waldfläche	1000		12,4	11,9	13,3	97,2
Waldfläche insgesamt	1000 ha	1 252,5	1 269,6	1 298,2	1 302,4	5 201,8
Landw. genutzte Fläche <sup>3)</sup>	1000 ha	1 970,2	1 928,0	1 811,5	1 545,1	12 248,3
darunter						
Ackerland	1000 ha	1 062,8	1 031,8	955,2	848,2	7 269,6
Dauergrünland	1000 ha	843,8	823,0	774,5	647,0	4 754,2
Rebland	1000 ha	17,4	19,3	20,4	23,2	95,7
Obstanlagen u. Baumschulen	1000 ha	12,2	13,3	27,2	21,0	73,6
Rindvieh insgesamt	1000	1 631,1	1 823,5	1 855,4	1 855,5	15 069,5
darunter						
Milchkühe	1000	875,4	875,0	744,9	688,1	5 468,9
Schweine	1000	1 219,3	1 724,0	2 232,5	2 211,0	22 553,4
Pflanzliche Erzeugung						
Hektarertrag Getreide <sup>4)</sup>	dt/ha	22,6	31,2	32,2	42,9	44,3
Hektarertrag Kartoffeln	dt/ha	239,5	230,7	248,7	223,9	259,4
Erntemenge Getreide <sup>4)</sup>	1000 dt	11 988	17 411	19 384	25 511	230 873
Erntemenge Kartoffeln	1000 dt	28 872	28 850	18 702	5 315	66 941
Erntemenge Zuckerrüben	1000 dt	4 530	8 925	9 102	11 408	191 220
Tierische Erzeugung						
Milcherzeugung je Kuh <sup>5)</sup>	kg	2 077 <sup>6)</sup>	2 934	3 296	4 041	4 548
Milcherzeugung insgesamt	1000 t	1 820,3 <sup>6)</sup>	2 565,1	2 581,1	2 797,3	24 778,9
Gesamtschlachtmenge insgesamt	1000 t	216,0	402,5	493,1	523,6	4 808,4
darunter						
Rinder	1000 t	78,2	150,9	209,8	241,2	1 493,9
Schweine	1000 t	116,5	227,0	263,1	270,0	3 213,6
Gesamtleistungen <sup>7)</sup>						
Bruttoproduktion	1000 t <sup>8)</sup>		13 245,8	13 130,2	13 846,2	} 9)
Nahrungsmittelproduktion	1000 t <sup>8)</sup>		7 375,4	7 137,2	8 006,2	
Verkaufserlöse insgesamt	Mill. DM		3 057,6	4 535,0	6 780,9	55 424,0
darunter						
tierische Erzeugnisse	Mill. DM		1 909,9	2 759,7	4 239,4	38 922,0
Betriebseinkommen insgesamt	Mill. DM		1 789,4	2 056,7	2 690,7	} 9)
je Betrieb	DM		5 563	8 773	18 333,1	
je AK <sup>10)</sup>	DM		4 493	8 820	17 116,4	

1) Vor 1970 landwirtschaftl. Nutzfläche (LN). — 2) Familieneigene und ständige familienfremde Arbeitskräfte in landwirtschaftl. Betrieben ab 2 ha LF. — 3) 1980/81 ohne Kleinflächen. — 4) Getreide insgesamt mit Körnermais. — 5) Unter Zugrundelegung der Gesamtzahl aus der Dezember-Viehzählung des Vorjahres. — 6) 1951. — 7) Wirtschaftsjahre. — 8) Getreideeinheiten (GE). — 9) Für das Bundesgebiet liegen keine vergleichbaren Berechnungen vor. — 10) Arbeitskraft-Einheit (AK).

## 15 Verarbeitendes Gewerbe, Handwerk

Heute ist das *Verarbeitende Gewerbe* mit fast 1,5 Mill. Beschäftigten, über 200 Mrd. DM Jahresumsatz und 44% Anteil an der Bruttowertschöpfung der bedeutendste Wirtschaftsbereich.

Für die im nationalen wie internationalen Vergleich überragende Rolle des Verarbeitenden Gewerbes war bereits vor der Jahrhundertwende der Grund gelegt worden, jedoch werden die heutige Bedeutung und Größenordnung erst erklärbar durch den Aufschwung der 50er Jahre. Impulse für die von technischem Fortschritt und starker Vermehrung der Arbeitsplätze begleitete Entwicklung gaben die inländische und die zunehmende ausländische Nachfrage nach hochqualifizierten, speziellen Produkten. Der Ausbau dieses Wirtschaftsbereichs vollzog sich in starkem Maße im Mittleren-Neckar-Raum und im Rhein-Neckar-Raum, jedoch auch in früher landwirtschaftlich geprägten Teilen des Landes.

Im Jahr 1970 erreichte das Verarbeitende Gewerbe nach der Erholung vom Konjunktureinbruch 1966/67 den Höchststand seiner Beschäftigtenzahl (über 1,6 Mill.); bis dahin hatte sich die Zahl der Arbeitsplätze in zwei Jahrzehnten verdoppelt. Vier Jahre später folgte die bisher größte Rezession der Nach-

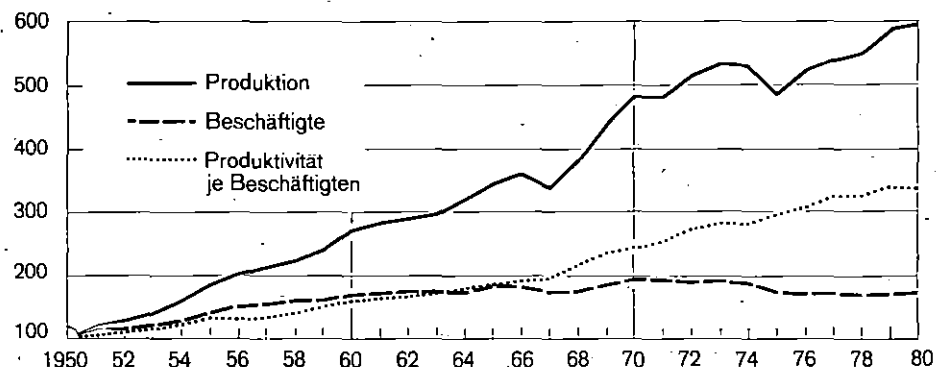
kriegszeit. Der damit verbundene Beschäftigtenrückgang kam zwar 1978 zum Stillstand, jedoch lag die Zahl der Arbeitsplätze 1980 noch um rund 165 000 unter dem Stand von 1970. Der Beschäftigtenschwund betraf weniger das Investitionsgüter produzierende Gewerbe, das mit 62% der Beschäftigten und 55% des Umsatzes innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes dominiert, als vielmehr das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe. Insbesondere im Textil- und Bekleidungsgewerbe ging etwa jeder dritte Arbeitsplatz verloren.

Eine wesentliche Stärkung erfuhr das Investitionsgüter produzierende Gewerbe durch wachsende Auslandsnachfrage; die Exportquote hat sich seit 1950 vervierfacht, gegenwärtig wird über ein Viertel der Produktion exportiert. Exportgüter sind vor allem Maschinen, Kraftfahrzeuge und elektrotechnische Erzeugnisse.

Einen wichtigen Platz nimmt in der gewerblichen Produktion und in der Bereitstellung von Dienstleistungen das *Handwerk* ein; dessen Beschäftigtenzahl trotz stark rückläufiger Zahl der Betriebe auf 670 000 wuchs. Die Lieferungen und Leistungen, deren Umsatz inzwischen bei mehr als 54 Mrd. DM liegt, wurden fast zur Hälfte für private Haus-

Produktion  
Beschäftigte

1950 = 100



halte, zu 40% für die gewerbliche Wirtschaft und zu mehr als einem Zehntel für öffentliche Auftraggeber erbracht.

Innerhalb des Handwerks hatten vor allem des Bekleidungs-, Textil- und Ledergewerbe Betriebs- und Beschäftigteneinbußen zu verzeichnen. Besonders günstig entwickelte sich dagegen das Metallgewerbe sowie der Gesundheits- und Körperpflegebereich einschließlich des Reinigungsgewerbes.

Die Erhaltung und Entfaltung kleiner und mittlerer Unternehmen, auch freier Berufe, kurz: die "Mittelstandsförderung", wurde 1975 ausdrücklich durch Landesgesetz verankert. Allein für Existenzgründungen (als eine von 5 Förderungsarten des Mittelstandsprogramms des Landes) wurden zwischen 1973 und 1980 713 Mill. DM als Darlehen bewilligt.

# Betriebe, Beschäftigte, Produktionsindex

Merkmal	Einheit	Baden-Württemberg				Bundesgebiet
		1950	1960	1970	1980	
Betriebe insgesamt <sup>1)</sup>	Anzahl	9 150	10 229	10 579	10 410	48 777
darunter mit 1000 und mehr Beschäftigten	Anzahl	116 <sup>2)</sup>	178	223	193	1 102
Beschäftigte insgesamt	1000	822	1 398	1 611	1 493	7 660
je 1000 Einwohner	Anzahl	131	184	181	162	124
Maschinenbau	1000	101	224	269	261	1 024
Straßenfahrzeugbau	1000	58	116	162	210	802
Elektrotechnik	1000	66	189	258	245	976
Textil	1000	141	169	151	100	304
Investitionen insgesamt	Mill. DM	—	—	5 878	8 816	46 598 <sup>3)</sup>
je Beschäftigten	DM	—	—	4 003	5 940	5 131 <sup>3)</sup>
Geleistete Arbeiterstunden insgesamt	Mill. Std.	1 552	2 298	2 236	1 736	9 153
je Arbeiter	Std.	2 247	2 042	1 869	1 676	1 692
Produktionsindex insgesamt	1970=100	20,8	56,8	100	124,6	122,7
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1970=100	19,3	46,2	100	121,4	121,9
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1970=100	14,7	55,5	100	131,3	122,7
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1970=100	28,0	55,0	100	110,7	119,3
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1970=100	34,5	73,2	100	124,0	129,8
Produktivität je Beschäftigten	1970=100	40,9	65,5	100	138,3	142,5
Löhne und Gehälter insgesamt	Mill. DM	2 425	8 233	22 861	50 675	257 175
je Beschäftigten	DM	2 950	5 891	14 192	33 951	33 576
Umsatz insgesamt	Mill. DM	12 751	41 413	89 137	207 888	1 196 543
je Beschäftigten	DM	15 508	29 631	55 335	139 279	156 216
Auslandsumsatz	Mill. DM	816	6 245	17 954	53 145	290 496
Exportquote	%	6,4	15,1	20,1	25,6	24,3

1) Bis 1970 = Industriebetriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; 1980 = Betriebe von Unternehmen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, — 2) 1952, — 3) 1979 vorläufige Ergebnisse.

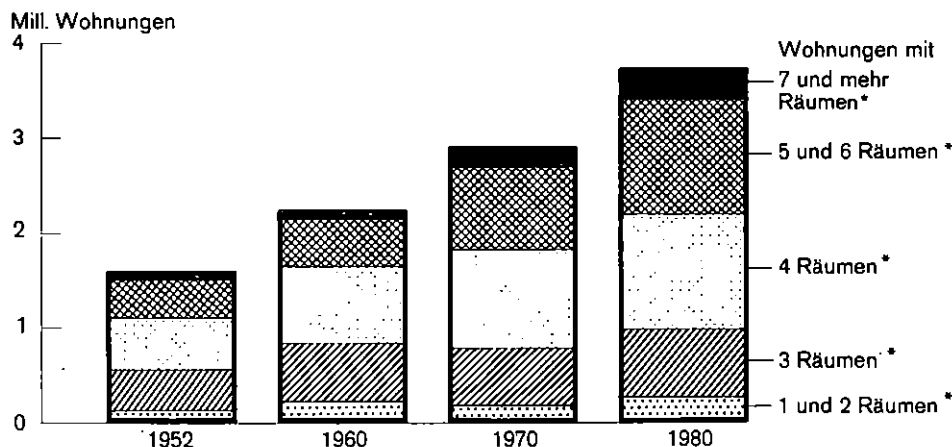
## 16 Bauen, Wohnen

In den Jahren 1952 bis 1980 wurden rund 2,38 Mill. Wohnungen fertiggestellt, das entspricht einem Durchschnitt von knapp 82 000 Wohnungen pro Jahr. Die Spitzenwerte wurden Mitte der 60er Jahre sowie Anfang der 70er Jahre erzielt, wobei die Bauwirtschaft des Landes am bundesweit zu beobachtenden Bauboom überproportionalen Anteil hatte. In dieser Zeit wurden im gesamten Hochbau, aber ganz besonders im Wohnungsbau Fertigstellungszahlen erreicht wie nie zuvor seit Gründung des Bundeslandes mit dem absoluten Höchststand 1973 mit rund 119 000 Wohnungen. Danach haben sich die Fertigstellungen von Jahr zu Jahr kontinuierlich verringert bis auf rund 62 000 Wohnungen im Jahr 1978. In den Jahren 1979 und 1980 ist die Zahl der fertiggestellten Wohnungen wieder leicht gestiegen. Die Entwicklung im übrigen Hochbau verlief ähnlich wie im Wohnungsbau. Bei dieser hohen Bauleistung verwundert es nicht, daß das Baugewerbe des Landes seinen Anteil an der Bruttowertschöpfung dieses Wirtschaftszweiges im Bundesgebiet ständig vergrößern konnte.

Das Bauhauptgewerbe, zu dem die an der Ausführung der Rohbauarbeiten beteiligten Betriebe gehören, erlebte im Zuge des Wiederaufbaus – ähnlich der Entwicklung im gesamten Bundesgebiet – bis Mitte der sechziger Jahre eine Phase starken Wachstums. Im Jahr 1965 wurde mit über 270 000 Personen die absolut höchste Beschäftigtenzahl erreicht. Nach der Hochkonjunktur 1969 bis 1973 war die Bauwirtschaft wie in den anderen Bundesländern von der stärksten Rezession der Nachkriegszeit betroffen, die beim Bauhauptgewerbe zu einem Beschäftigtenabbau bis zum absoluten Tiefstand von nicht einmal 185 000 Personen im Jahr 1977 führte. Obwohl sich der nachfolgende Aufschwung im Land ausgeprägter als im Bundesdurchschnitt auswirkte, stieg die Beschäftigtenzahl erst im Jahr 1980 wieder über die 200 000er Grenze.

Trotz deutlich verringerter Fertigstellungszahlen hat sich die durchschnittliche Wohnungsversorgung der Bevölkerung stetig verbessert, so daß inzwischen rechnerisch jedem Haushalt eine Wohnung zur Verfügung steht. Dieser Durch-

Wohnungen,  
Wohnungsgröße



\*Wohnräume mit 6 und mehr m<sup>2</sup> einschließlich Küche

schnittswert darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß vor allem in den Ballungsgebieten und für bestimmte soziale Gruppen (u.a. größere Familien in den unteren Einkommensschichten) nach wie vor Engpässe am Wohnungsmarkt bestehen.

Der Wohnkomfort hat sich in den vergangenen 30 Jahren sowohl in der Größe der Wohnungen — die durchschnittliche

Wohnungsgröße in Neubauten stieg zwischen 1952 und 1980 von knapp 60 m<sup>2</sup> auf 100 m<sup>2</sup> — als auch in ihrer Ausstattung erheblich verbessert. Der Trend zur Sammelheizung ging einher mit der Verbesserung der sanitären Ausstattung: 1950 hatten 96% der Wohnungen Ofenheizung, 1978 nur noch 39%; der Anteil der Wohnungen mit WC und Bad ist zwischen 1965 und 1978 von 62% auf 84% gestiegen.

## Gebäude, Wohnungen, Räume, Baugewerbe

Bezeichnung	Ein- heit	Baden-Württemberg				Bundes- gebiet
		1952	1960	1970	1980	
Wohngebäude, Wohnungen, Räume (am 31.12.)						
Wohngebäude	1000	901,6	1 122,0	1 398,4	1 720,1	11 217,0
Wohnungen insgesamt <sup>1)</sup>	1000	1 593,3	2 220,2	2 903,5	3 687,1	25 405,6
Räume in Wohn- und Nichtwohngebäuden	1000	6 565,6	8 910,3	12 580,9	16 213,7	107 137,4
Einwohner je Wohnung	Anzahl	4,1	3,4	3,1	2,5	2,4
Räume je Einwohner	Anzahl	1,0	1,2	1,4	1,8	1,7
Baufertigstellungen						
Wohngebäude insgesamt <sup>2)</sup>	Anzahl	20 989	31 080	27 474	36 047	217 856
darunter mit 1 und 2 Wohnungen <sup>2)</sup>	Anzahl	16 924	26 024	22 717	37 932	204 707
Nichtwohngebäude	Anzahl	13 553	15 154	6 983	6 087	39 193
Umbauter Raum	1000m <sup>3</sup>	14 564	22 203	30 101	27 549	162 731
davon für Unternehmen	1000m <sup>3</sup>		17 269	24 099	21 401	119 404
Öffentliche Bauherren	1000m <sup>3</sup>	3 355	4 260	5 538	5 280	29 894
Private Haushalte	1000m <sup>3</sup>		674	464	868	13 433
Wohnungen insgesamt <sup>1)</sup>	Anzahl	62 374	82 612	74 362	70 709 <sup>3)</sup>	388 904
Wohnfläche je Wohnung in neuen Wohngebäuden	m <sup>2</sup>	58,8	74,7	87,4	100,4	102,0
Bauhauptgewerbe <sup>4)</sup>						
Betriebe	1000	12,7	12,0	12,1	10,5	60,3
Beschäftigte <sup>5)</sup>	1000	159,0	211,1	241,4	204,1	1 281,2
Geleistete Arbeitsstunden insgesamt	Mill. Std.	275,5	375,8	403,5	283,9	1 744,9
darunter Wohnungsbau	Mill. Std.	126,5	162,2	160,0	124,8	715,4
Gewerblicher Bau	Mill. Std.	50,0	77,9	83,6	55,8	401,6
Öffentlicher und Verkehrsbau	Mill. Std.	87,2	122,8	155,0	100,7	609,3
Baugewerblicher Umsatz <sup>6)</sup>	Mill. DM	1 331	3 664	8 582	18 762	112 484
darunter Wohnungsbau	Mill. DM		1 444	3 268	7 584	42 617
Gewerbl. u. industr. Bau	Mill. DM		795	1 796	3 953	27 647
Öffentl. u. Verkehrsbau	Mill. DM		1 339	3 402	7 097	41 166

1) Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden sowie einschl. Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. — 2) Für die Jahre 1952 und 1960: Wohngebäude einschl. Umbau ganzer Gebäude. — 3) Ab 1968 Nettomethode. — 4) Ergebnis 1980 wegen neuer Systematik mit Vorjahren nicht voll vergleichbar. — 5) Ab 1962 einschl. unbezahlt mithelfender Familienangehöriger. — 6) Ab 1968 ohne Umsatz- (Mehrwert-) steuer. Steuerlich abgerechnete Umsätze.



## 17 Handel, Export

Die starke Verflechtung Baden-Württembergs mit dem Ausland zeigt sich am deutlichsten in der expansiven Entwicklung seiner Ausfuhr, die von 1952 bis 1980 wertmäßig um das 25fache anstieg. Damit war das Wachstumstempo noch schneller als das der Bundesausfuhr, die im gleichen Zeitraum lediglich um das 20fache zunahm. Mit dem 1980 erreichten Exportvolumen von rund 59,3 Mrd. DM und einem Anteil von 16,9% am Export des gesamten Bundesgebiets liegt das Land nach Nordrhein-Westfalen an zweiter Stelle unter den Bundesländern.

In den letzten 30 Jahren ergaben sich allerdings starke regionale Verschiebungen in den Exportströmen. Waren zu Beginn der 50er Jahre die Schweiz, die Niederlande und Frankreich die Hauptabnehmer, so lautet die Reihenfolge 1980: Frankreich vor den USA (mit zu-

sammen einem Viertel der Gesamtausfuhr), gefolgt von Italien, der Schweiz und den Niederlanden.

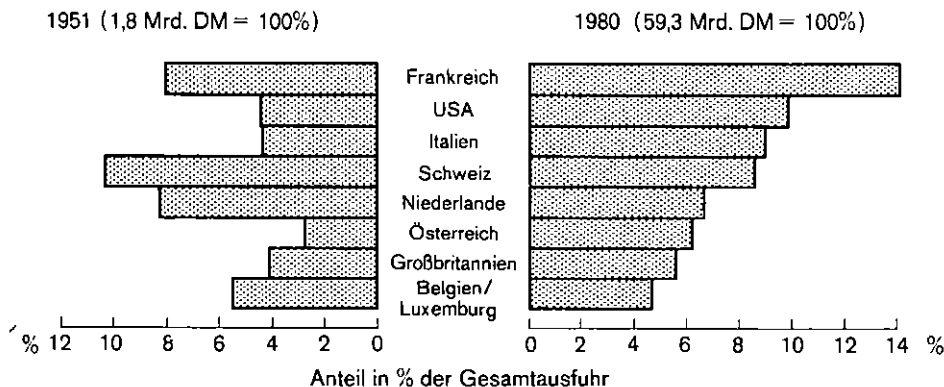
Nach wie vor liegt das Schwergewicht der Ausfuhr bei den westlichen Industriestaaten (82% des Gesamtexports), insbesondere bei den Ländern der EG (43%). Mit der seit 1973 einsetzenden expansiven Preisentwicklung auf dem Erdölmarkt trat der Handel vor allem mit der Gruppe der OPEC-Staaten stärker in den Vordergrund. Ihr Anteil hat sich von 3% im Jahr 1970 über fast 10% im Jahr 1978 auf heute etwas über 6% erhöht.

Auch in der Warenstruktur der Ausfuhr ergaben sich seit Beginn der 50er Jahre starke Verschiebungen. Bei Kraftfahrzeugen und elektrotechnischen Erzeugnissen verdoppelte sich der Anteil auf 22 bzw. 13%, bei Textilwaren ging er von 12% auf 6% zurück. Wichtigstes Ex-

### Ausfuhr nach Ländern und Waren

Bezeichnung	Einheit	Baden-Württemberg				Bundesgebiet
		1951	1960	1970	1980	
Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	1 844	7 459	22 641	59 287	350 328
Wichtigste Länder						
Frankreich	Mill. DM	149	486	3 204	8 331	46 615
USA	Mill. DM	82	644	2 123	5 898	21 478
Italien	Mill. DM	79	552	2 249	5 330	29 936
Schweiz	Mill. DM	191	733	2 136	5 073	20 007
Niederlande	Mill. DM	157	508	1 833	3 996	33 273
Österreich	Mill. DM	52	456	1 100	3 665	19 257
Großbritannien	Mill. DM	76	366	844	3 347	22 917
Belgien/Luxemburg	Mill. DM	102	356	1 221	2 789	27 482
Wichtigste Waren						
Maschinen	Mill. DM	530	2 109	6 741	15 202	62 549
Kraft- und Luftfahrzeuge	Mill. DM	201	1 547	4 060	13 245	56 949
Elektrotechnische Erzeugnisse	Mill. DM	132	931	3 234	7 713	34 019
Chemische Erzeugnisse	Mill. DM	89	317	1 409	4 312	46 774
Textilien	Mill. DM	212	496	1 532	3 299	17 743
Feinmechanische und optische Erzeugnisse	Mill. DM	104	311	814	2 016	6 614
Eisenwaren	Mill. DM	80	208	735	2 018	14 375
Ausfuhr je Einwohner	DM	280	975	2 527	6 419	5 691
Anteil am Bundesgebiet	%	12,7	15,6	18,1	16,9	—

## Ausfuhr nach Ländern



portgut der überdurchschnittlich hochspezialisierten Verarbeitungs- und Veredelungsindustrie Baden-Württembergs sind nach wie vor Maschinen, die 1980 einen Anteil von 30% an der Gesamtausfuhr hatten.

Der *Handel*, zu dem Groß- und Einzelhandel sowie die Handelsvermittlung zählen, ist mit rund 490 000 Beschäftigten einer der großen Wirtschaftsbereiche, obwohl sein Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung in den letzten 30 Jahren von 13% auf gut 8% zurückgegangen ist. Eine Rolle dürften

hierbei die verstärkte Übernahme traditioneller Verteilerfunktionen des Handels durch Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes und das Ausschalten von Handelsstufen spielen. Obwohl die Zahl der Handelsunternehmen allein seit 1960 um ein Drittel zurückgegangen ist, hat sich in diesem Zeitraum die Zahl der Beschäftigten noch um 100 000 erhöht. Trotz dieser unübersehbaren Konzentrationstendenzen, die vor allem im Einzelhandel deutlich wurden, zählen heute noch rund 30% aller Wirtschaftsunternehmen des Landes zum Handel.

## Großhandel, Handelsvermittlung, Einzelhandel

Bezeichnung	Einheit	Baden-Württemberg			Bundesgebiet <sup>1)</sup>
		1960	1968	1979	
Unternehmen insgesamt	Anzahl	95 410	82 227	66 245	522 273
Großhandel	Anzahl	15 999	14 850	12 170	98 199
Handelsvermittlung	Anzahl	18 393	15 380	9 583	76 265
Einzelhandel	Anzahl	61 018	51 997	44 492	347 809
Beschäftigte insgesamt	Anzahl	392 718	472 463	486 825	3 855 912
Großhandel	Anzahl	136 759	168 384	165 192	1 212 415
Handelsvermittlung	Anzahl	29 998	31 272	23 356	191 950
Einzelhandel	Anzahl	225 961	272 807	298 277	2 451 547
Umsatz insgesamt	Mill. DM	24 531	46 937	115 727	996 915
Großhandel	Mill. DM	15 416	28 833	64 993	611 292
Handelsvermittlung	Mill. DM	538	968	1 829	14 540
Einzelhandel	Mill. DM	8 577	17 136	48 905	371 083
Beschäftigte je Unternehmen	Anzahl	4,1	5,7	7,3	7,4
Umsatz je Unternehmen	1000 DM	257	571	1 747	1 909
Umsatz je Beschäftigten	1000 DM	62	99	238	259

1) Vorläufige Ergebnisse.

## 18 Entwicklungshilfe

Wirtschaftlicher Wohlstand und soziale Sicherung in der Mehrzahl der Industrieländer stehen in krassm Gegensatz zu Not und Armut in den Ländern der Dritten Welt. So beträgt das Bruttosozialprodukt je Kopf der Bevölkerung in den Industrieländern ungefähr das Zwölfwache desjenigen in den Entwicklungsländern ohne OPEC-Staaten. Besonders krass ist die Differenz zu den südasiatischen Entwicklungsländern, deren Pro-Kopf-Einkommen 1975 mit 132 US- \$ (in Preisen von 1974) nur ein Vierzigstel des durchschnittlichen Wertes aller Industrieländer (5 238 US- \$ ) betrug. Der hieraus erwachsenden Verantwortung besserer gestellter Industrieländer für die Entwicklungsländer hat sich Baden-Württemberg gerade auch im Jubiläumsjahr gestellt, das zum "Jahr der Zusammenarbeit mit den Ländern der Dritten Welt" erklärt wurde. Zwar ist die Entwicklungspolitik als Teil der auswärtigen Beziehungen Sache des Bundes, doch fällt den Bundesländern im Rahmen der Bund-Länder-

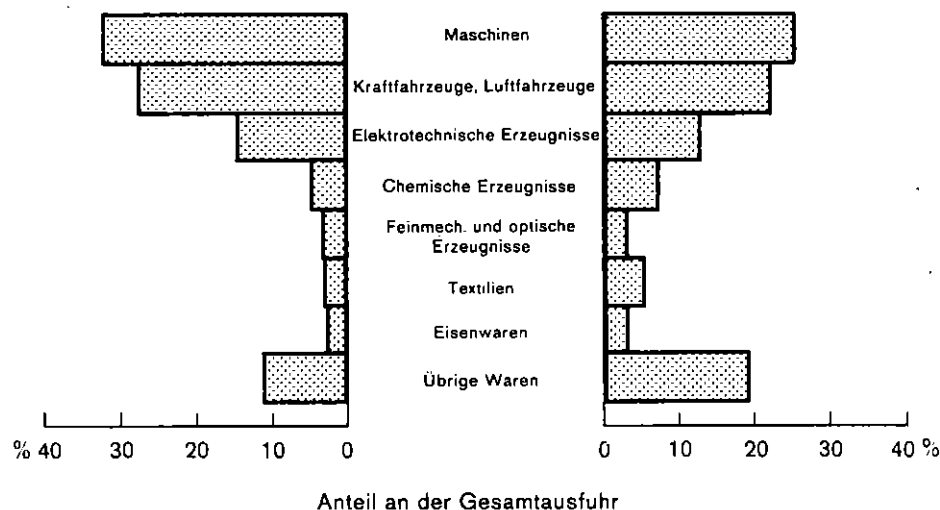
Zusammenarbeit auf wichtigen Gebieten eine wesentliche Rolle zu. Seit 1962 hat sich der Anteil Baden-Württembergs an den Entwicklungshilfeleistungen der Bundesländer ständig erhöht — das Land steht inzwischen mit einem Anteil von über 38% an der Spitze aller Bundesländer. Schwerpunkt der Aktivitäten ist die Ausbildung im gewerblichen, schulischen und wissenschaftlichen Bereich.

Darüber hinaus trägt das Land aufgrund seiner ausgeprägten Handelsbeziehungen auch zur wirtschaftlichen Entwicklung dieser Länder bei. Das Ausfuhrvolumen in die außereuropäischen Entwicklungsländer hat sich zwischen 1951 und 1980 von 402 auf 8 990 Mill. DM mehr als verzwanzigfacht. Allerdings hat der Anteil an den Ausfuhrn insgesamt von 21,8% (1951) auf 15,2% (1980) abgenommen. In der regionalen Absatzrichtung ergaben sich interessante Veränderungen: Während 1951 noch fast sechs Zehntel in mittel- und südamerikanische Ent-

Warenstruktur  
der Ausfuhr 1980

Entwicklungsländer (9,0 Mrd. DM)

Insgesamt (59,3 Mrd. DM)



## Entwicklungshilfeleistungen der Bundesländer

Bundesland	1962-78	1979	1980	1981 <sup>1)</sup>
	Mill. DM			
Baden-Württemberg	158,8	12,0	16,5	26,2
Bayern	44,9	4,4	6,2	5,6
Berlin	139,7	6,2	7,0	8,1
Bremen	8,7	2,4	2,5	2,6
Hamburg	75,6	7,1	7,5	7,2
Hessen	62,9	6,6	5,8	6,7
Niedersachsen	28,3	5,5	6,2	1,0
Nordrhein-Westfalen	117,7	4,8	7,0	8,9
Rheinland-Pfalz	13,2	0,8	0,8	0,8
Saarland	10,0	1,3	0,9	1,2
Schleswig-Holst.	6,2	0,3	0,3	0,4
Insgesamt	659,7	51,3	60,6	68,3

1) Haushaltsansätze.

wicklungsländer gingen, waren es 1980 nur noch zwei Zehntel. Inzwischen liegen die Länder Asiens (1980 : 50,5%) weit an der Spitze vor Afrika (28,1%) und Amerika (21,2%).

Im Zuge der Handelsintensivierung mit den OPEC-Staaten hat sich Saudi-Arabien an die Spitze der Abnehmerländer gestellt, das auch unser wichtigster Importpartner vor Libyen ist; 1970 waren dies noch Iran und Brasilien. In der Palette der Ausfuhrüter stehen bei den Exporten in die Entwicklungsländer — stärker noch als bei den Ausfuhrn insgesamt — Maschinen, Fahrzeuge und elektrotechnische Artikel an erster Stelle. Es folgen chemische Produkte, feinmechanische und optische Erzeugnisse sowie Textilien, deren Anteil an den Exporten in Entwicklungsländer jedoch merklich geringer ist als bei den Ausfuhrn insgesamt.

## Ausfuhr und Einfuhr nach Entwicklungsländern

Ausfuhr in Entwicklungsländer					Einfuhr aus Entwicklungsländern				
Länder	1970		1980		Länder	1970		1980	
	Mill. DM	%	Mill. DM	%		Mill. DM	%	Mill. DM	%
Insgesamt	2 623	100	8 990	100	Insgesamt	1 833	100	9 208	100
darunter					darunter				
Saudi-Arab.	32	1,2	653	7,3	Saudi-Arab.	175	9,5	1 817	19,7
Algerien	51	1,9	610	6,8	Libyen	647	35,3	1 758	19,1
Brasilien	206	7,9	483	5,4	Algerien	13	0,7	1 067	11,6
Irak	13	0,5	478	5,3	Nigeria	42	2,3	571	6,2
Iran	220	8,4	468	5,2	Hongkong	53	2,9	371	4,0
Libyen	16	0,6	403	4,5	V.A. Emirate	17	0,9	309	3,4
Israel	132	5,0	399	4,4	Iran	76	4,1	274	3,0
Argentinien	151	5,8	376	4,2	Malaysia	34	1,9	262	2,8
Ägypten	172	6,6	374	4,2	Singapur	4	0,2	232	2,5
Nigeria	56	2,1	362	4,0	Brasilien	93	5,1	226	2,5

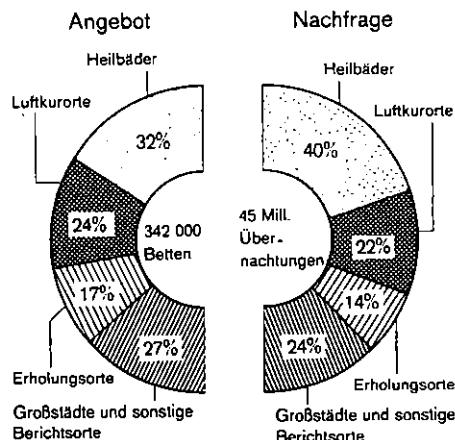
## 19 Fremdenverkehr, Gastgewerbe

Baden-Württemberg ist aufgrund seiner reizvollen Landschaften wie Schwarzwald und Bodensee und seiner klimatischen Gegebenheiten ein beliebtes Ferien- und Erholungsziel. Es ist das Bundesland mit den meisten Heilbädern (52) und verfügt darüber hinaus über 60 Luftkur- und 125 Erholungsorte. Die

rund 45 Mill. Gäste-Übernachtungen im Jahr 1980 entsprechen etwa einem Fünftel der Übernachtungen in den Fremdenverkehrsgemeinden des Bundesgebiets. Baden-Württemberg steht damit nach Bayern an zweiter Stelle unter den Bundesländern. Gut zwei Drittel aller Übernachtungen entfallen auf das Sommerhalbjahr.

In den vergangenen 30 Jahren nahm der heimische Fremdenverkehr trotz der zunehmenden Beliebtheit von Auslandsreisen eine beachtliche Aufwärtseentwicklung. Die Zahl der Übernachtungen in den Fremdenverkehrsgemeinden stieg seit 1952 auf das Vierfache, die Zahl der Übernachtungen von Auslandsgästen auf knapp das Fünffache. Etwas schneller als die Nachfrage wuchs allerdings die Bettenkapazität, so daß die Bettenausnutzung, die 1960 noch gut 40% betragen hatte, sich im Jahr 1980 nur noch auf 36% belief. Seit dem Tiefpunkt in der Rezession 1974/75 ist allerdings ein Wiederanstieg der Auslastung zu beobachten.

Bettenangebot,  
Übernachtungen



Bettenangebot,  
Übernachtungen,  
Aufenthaltsdauer

Bezeichnung	Einheit	Baden-Württemberg				Bundesgebiet
		1951/52	1960/61	1970/71	1979/80	
Berichtsgemeinden insgesamt	Anzahl	395	430	528	474 <sup>1)</sup>	2 390
darunter Heilbäder	Anzahl	46	46	54	52	189
Beherbergungsbetriebe	Anzahl	.	5 984	7 478	9 621	55 215
Bettenangebot	1000	78	176	247	342	2 013
Fremdenankünfte	1000	3 386	5 812	7 028	8 989	54 002
darunter von Ausländern	1000	415	1 139	1 355	1 667	9 731
Fremdenübernachtungen	1000	12 363	25 984	35 746	44 858	248 848
darunter von Ausländern	1000	859	2 304	2 976	3 909	22 744
Durchschnittliche Bettenausnutzung	%	43,2	40,4	39,6	35,9	33,9
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer	Tage	3,6	4,5	5,1	5,0	4,6
davon Deutsche	Tage	3,9	5,1	5,8	5,6	5,1
Ausländer	Tage	2,1	2,2	2,2	2,3	2,3

Fremdenverkehrsjahr jeweils vom 1. Oktober bis 30. September, — 1) Zahlenmäßige Veränderung vorwiegend durch Gemeindereform bedingt.

Die meisten ausländischen Besucher kommen heute aus den Niederlanden; auf Gäste aus diesem Land entfällt im Sommer nahezu jede dritte Ausländerübernachtung. Mit weitem Abstand folgen die USA, Belgien, Frankreich und die Schweiz.

Ökonomische Basis für den Fremdenverkehr ist das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe. Dieser Wirtschafts-

zweig zählt in Baden-Württemberg rund 110 000 Beschäftigte in 25 000 Unternehmen. Während die Zahl der auch heute noch überwiegend mittelständischen Unternehmen seit 1960 praktisch unverändert blieb, hat sich der Beschäftigtenstand um rund 15% erhöht. Damit ist die durchschnittliche Unternehmensgröße von vier auf knapp fünf Beschäftigte je Unternehmen angewachsen.

### Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe

Bezeichnung	Einheit	Baden-Württemberg			Bundesgebiet
		1960	1968	1979	
Unternehmen	Anzahl	24 513	24 982	24 738	189 367
Beschäftigte	Anzahl	97 130	106 507	111 566	788 654
Umsatz	Mill. DM	1 659	2 656	5 698	38 225
Beschäftigte je Unternehmen	Anzahl	4,0	4,3	4,5	4,2
Umsatz je Unternehmen	1000 DM	68	106	230	202
Umsatz je Beschäftigten	1000 DM	17	25	51	48

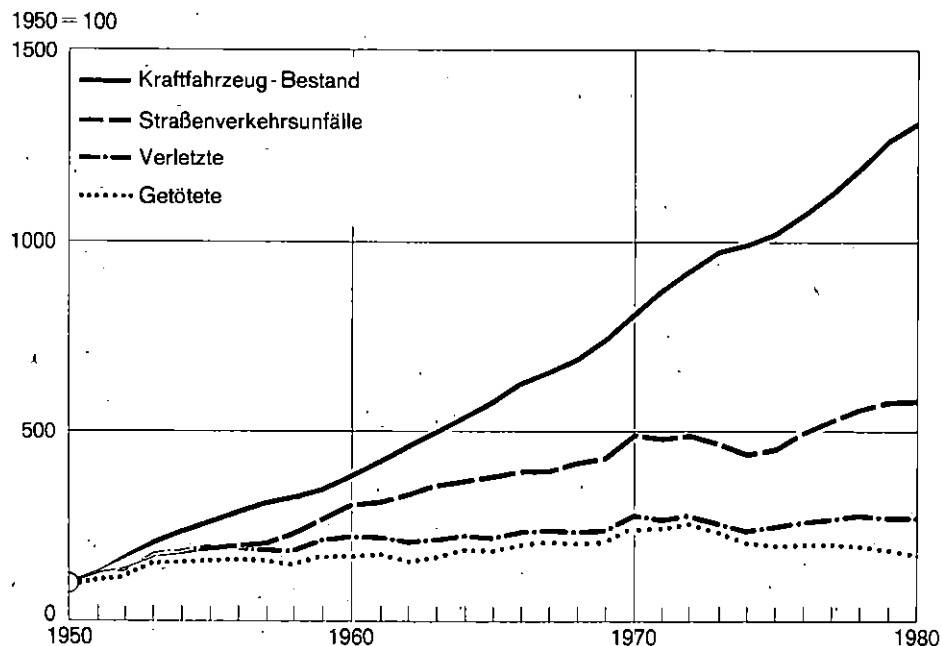
## 20 Verkehr

Im Zuge des wachsenden Wohlstands in der Wiederaufbauphase setzte eine Welle der Motorisierung ein; der PKW-Bestand verviebfachte sich allein im Verlauf der 50er Jahre, er ist heute rund 40 mal so hoch wie 1950. Die Zahl der Kraftfahrzeuge insgesamt stieg in dieser Zeit immerhin auf das 13fache. Heute entfällt im Durchschnitt ein Kraftfahrzeug auf zwei Personen im "führerscheinfähigen" Alter. Andererseits wuchs die Straßenlänge seit 1950 nur um die Hälfte, verdreifacht hat sich allerdings das Autobahnnetz.

Das enorme Anwachsen des Straßenverkehrs, das mit einer entsprechend gestiegenen Verkehrsdichte einherging, hatte freilich auch negative Begleiterscheinungen, die sich in den Unfallzahlen niederschlugen. Die Straßenverkehrsunfälle haben sich seit 1950 fast verachsfacht. Dagegen hat die auf 1000 Kraftfahrzeuge bezogene Unfallzahl seit

1960 von 106 auf 59 im Jahr 1980 abgenommen. Nicht zuletzt durch die vielfältigen Bemühungen zur Erhöhung der aktiven und passiven Sicherheit im Straßenverkehr (z.B. Sicherheitsgurte) besteht seit längerem eine Tendenz zu leichteren Unfällen. Während die Zahl der Unfälle nahezu kontinuierlich anstieg, hatte die Zahl der im Straßenverkehr Getöteten 1972 ihren Höchststand von fast 3000 erreicht und lag 1980 erstmals wieder unter 2000. Trotz des enormen Anwachsens des Individualverkehrs wurden insgesamt auch mehr Personen in öffentlichen Verkehrsmitteln befördert. Diese Entwicklung ist allein dem öffentlichen Straßenpersonenverkehr zuzuschreiben. Während nämlich im Eisenbahnverkehr laufend weniger Beförderungsfälle gezählt wurden, stieg die Zahl der im Omnibus und Straßenbahnverkehr beförderten Personen von 474 Mill. im Jahr 1950 auf 901 Mill. im Jahr 1980 oder auf nahezu das Doppelte an.

Kraftfahrzeugbestand,  
Unfälle, Verunglückte



Mit der allgemeinen wirtschaftlichen Expansion weitete sich auch das Gütertransportvolumen aus, es ist seit 1950 auf das Vierfache angewachsen. Begleitet war diese Entwicklung von einer erheblichen Strukturverschiebung zugunsten des Straßengüterfernverkehrs. Seit 1973 nimmt er hinsichtlich der Menge der beförderten Güter unter den Verkehrsträgern den ersten Platz ein und stellt heute rund 40% des Beförderungsaufkommens. Dies ging insbesondere zu Lasten des Güterverkehrs auf der Schiene, dessen Anteil von 75% im Jahr 1950 inzwischen auf 22% schrumpfte. Auch

die Binnenschifffahrt, die 1970 bei der Güterbeförderung noch an erster Stelle lag, hat an Gewicht verloren.

Neben den "traditionellen" Transportmitteln expandierte vor allem in den 60er Jahren auch der Luftfrachtverkehr beachtlich, seine weitere Entwicklung wurde wegen des hohen Treibstoffkostenanteils jedoch von den Ölpreisteigerungen empfindlich getroffen. Der preisbedingte Rückgang des Ölverbrauchs führte auch zu einer abnehmenden Kapazitätsauslastung der Rohölförnerleitungen.

**Straßenlängen,  
Kraftfahrzeugbestände,  
Verkehrsleistungen,  
Unfälle**

Bezeichnung	Einheit	Baden-Württemberg				Bundesgebiet
		1950	1960	1970	1980	
Straßen des überörtlichen Verkehrs	km	23 285	25 520	26 965	27 708	171 521
davon						
Bundesautobahnen	km	290	386	591	912	7 292
Bundesstraßen	km	3 538	3 550	4 666	4 835	32 248
Landstraßen	km	9 813	11 679	12 678	12 692	65 543
Kreisstraßen	km	9 644	8 905	9 030	9 269	66 438
Gemeindestraßen	km	23 000 <sup>1)</sup>	32 684	39 542	46 700 <sup>1)</sup>	317 500 <sup>1)</sup>
Kraftfahrzeuge	1000	323	1 227	2 587	4 222	26 938
darunter						
Personenkraftwagen	1000	89	655	2 130	3 603	23 192
Beförderte Personen	Mill.	729	969	1 020	1 110	7 942
davon im						
öffentlichen Straßenverkehr	Mill.	474	704	823	901	6 730
Eisenbahnverkehr	Mill.	255 <sup>1)</sup>	265	196	207	1 165
Luftverkehr	1000	8	121	776	1 332	46 637
Beförderte Güter	1000 t	34 644	73 505	130 888	140 783	1 062 352
davon						
Straßengüterfernverkehr	1000 t	1 091 <sup>1)</sup>	20 887	34 213	58 051	420 106
Eisenbahnverkehr	1000 t	25 825	24 969	38 372	31 199	338 396
Binnenschifffahrt	1000 t	7 727	27 645	42 135	37 676	227 034
Luftverkehr	1000 t	1	4	26	20	716
Rohölförnerleitungen	1000 t	—	—	16 142	13 837	76 100 <sup>1)</sup>
Straßenverkehrsunfälle	Anzahl	42 636	130 042	211 211	247 007	1 684 235
darunter						
mit Personenschaden	Anzahl	23 000 <sup>1)</sup>	45 054	50 414	53 924	379 235
dabei						
Getötete	Anzahl	1 145	1 940	2 798	1 994	13 041
Verletzte	Anzahl	27 220	60 939	74 612	72 802	500 463

1) Schätzung.



## 21 Energie, Rohstoffe

Baden-Württemberg ist ausgesprochen arm an heimischen Energiequellen, es erzeugt nur etwa 1% der in der Bundesrepublik Deutschland gewonnenen Primärenergie. Einzig Wasserkraft ist relativ reichlich vorhanden: Im Schwarzwald wurde ein kleineres Uranvorkommen gefunden, an einen kommerziellen Abbau ist aber derzeit nicht gedacht, so daß mit einer Verminderung der Fremdadhängigkeit der Energieversorgung von heute 94% in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist.

Gegen Ende der 50er Jahre hat vor allem die Umstellung auf das seinerzeit preisgünstige Öl sowie auch der verstärkte Einsatz von Erdgas einen Strukturwandel des Energieverbrauchs ausgelöst: Kohle wurde in immer stärkerem Maße durch diese importierten Energieträger ersetzt und verlor ihre dominierende Rolle bei der Energiebedarfsdeckung. Die Kehrseite dieser Entwicklung stellte die – im Vergleich zum Bundesgebiet überdurchschnittlich – stark zunehmende Abhängigkeit von Mineralöl dar. Bis Anfang der 70er Jahre erhöhte sich der Anteil des Mineralöls am gesamten Primärenergie-

verbrauch auf über 70%; hauptsächlich infolge der beiden Ölpreiskrisen ging er danach zurück, 1980 erstmals unter die 60%-Marke.

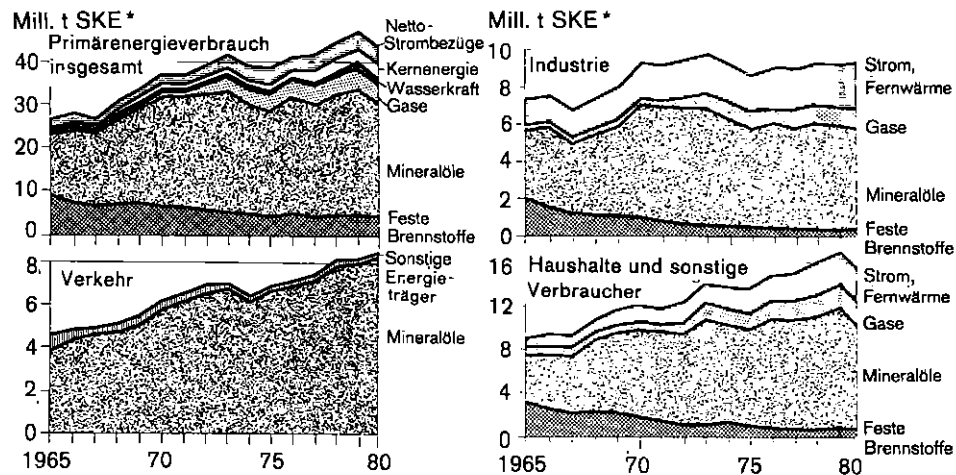
Wenn auch Energiequellen wie Kohle, Eisenerze, Erdöl und Erdgas fehlen, so ist das Land doch nicht ganz ohne Bodenschätze, es hat immerhin 18 verschiedene Arten von Mineralgewinnungsrechten von teilweise erheblichem Wert aufzuweisen. Bei der Einheitswertberechnung werden nicht die Bodenschätze selbst bewertet, sondern das Recht, diese Schätze zu gewinnen und zu verwerten. Regional konzentrieren sich die Vorkommen je nach Art schwerpunktmäßig auf bestimmte Gebietsräume. So werden Kiese und Sande überwiegend im Südosten des Landes gewonnen, während der Abbau der Kalk-, Dolomit- und Mergelsteine mehr in den nördlichen Regionen erfolgt. Neben der Gewinnung von eruptiven Hartgesteinen, Bimsen, Tuffen und ähnlichen Mineralien in den westlichen Landkreisen sind dort vor allem die meisten Quellenvorkommen gelegen. Die häufigsten Mineralienarten werden im Landkreis Waldshut abgebaut.

### Mineralgewinnungsrechte 1977

Arten	Mineralgewinnungsrechte		Einheitswert		Durchschnittlicher Einheitswert <sup>1)</sup>
	Anzahl	%	1000 DM	%	1000 DM
Steine und Erden zusammen	595	86,8	78 716	85,3	132
davon					
Eruptive Hartgesteine	30	4,4	1 676	1,8	55
Gips- und Anhydritsteine	25	3,7	1 527	1,7	61
Kalk-, Dolomit- und Mergelsteine	140	20,4	19 493	21,1	139
Kiese und Sande	327	47,7	53 219	57,7	162
Lehme, Tone, Tonsteine, Kaoline und Bentonite	57	8,3	2 167	2,3	38
Quarzite, Sandsteine, Grauwacken	7	1,0	49	0,1	7
Sonstige Steine und Erden	9	1,3	585	0,6	65
Mineralquellen	46	6,7	8 367	9,1	181
Sol- und Heilquellen	30	4,4	3 805	4,1	126
Torf- und Heilmoore	4	0,6	317	0,3	79
Übrige Rechte	10	1,5	1 082	1,2	108
Insgesamt	685	100	92 287	100	134

1) Gemäß § 30 Abs. 2 BewG.

## Energieverbrauch



\* SKE = Steinkohleeinheiten

Über die Abhängigkeit von Erdöl hinaus ist die Wirtschaft aber auch von Bergbauerzeugnissen in erheblichem Maße abhängig. Dabei ist der Grad der Außenabhängigkeit verschieden, je nachdem ob der Bedarf aus dem Bundesgebiet gedeckt werden kann oder ob aus anderen Ländern importiert werden muß. So können z.B. die deutschen Kohlevorkommen noch längere Zeit den Bedarf in der Bundesrepublik und damit auch in Baden-Württemberg decken. Dagegen besteht bei den meisten anderen Rohstoffen ein fast absoluter Importbedarf der Bundesrepublik. Dies gilt u.a. auch für den Einsatz von Nichteisen-Metallen.

Insbesondere der für das Land wichtige Produktionsbereich Elektrotechnische Erzeugnisse, Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte, der 1972 fast 30% des Verbrauchs an Nichteisen-Metallen beanspruchte, ist in erheblichem Umfang vom Vorhandensein von Kupfer und Aluminium sowie ihren Legierungen und von zahlreichen selteneren Metallen abhängig. Allerdings werden die für die Fertigung benötigten Nichteisen-Metalle kaum als Erze direkt nach Baden-Württemberg eingeführt, sondern vorwiegend als Halbzeuge aus den anderen Bundesländern und dem Ausland.

## Nichteisen-Metalle nach der Herkunft 1972

Verbrauchtes Material	Verbrauch insgesamt	Davon aus					
		Baden-Württemberg		anderen Bundesländern		Ausland	
		Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%
Rohe NE-Metalle	804	170	21,1	317	39,5	317	39,4
NE-Metallhalbzeug und NE-Metallguß	3 090	1 327	42,9	1 203	38,9	560	18,1
davon aus							
Aluminium und Aluminiumlegierungen	938	460	49,1	341	36,3	137	14,6
Kupfer und Kupferlegierungen	996	343	34,5	370	37,2	282	28,3
Edelmetallen	334	311	93,0	13	3,9	10	3,1
Sonstigen NE-Metallen	822	213	25,9	479	58,2	130	15,9
NE-Metalle insgesamt	3 894	1 497	38,4	1 520	39,0	877	22,5

Auszug aus der Input-Output-Rechnung Baden-Württemberg; neuere Daten sind leider nicht verfügbar.

Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum haben in den vergangenen 30 Jahren in Verbindung mit erhöhten Ansprüchen an den Lebensstandard dazu geführt, daß sich der Anteil der *Siedlungsfläche* an der gesamten Wirtschaftsfläche des Landes von 6 auf 11% erhöht hat. Rund die Hälfte des Flächenverbrauchs seit 1950 wurde zur Bebauung, fast ein Drittel für Verkehrszwecke, der Rest für Anlagen, Sport-, Flug- und Militärübungsplätze benötigt. Da Wald- und Forstflächen, Gewässer sowie Öd- und Unland ebenfalls leichte Zunahmen verzeichneten, ging die Expansion der Siedlungsfläche einseitig zu Lasten der landwirtschaftlich genutzten Fläche, die von rund 2 Mill. auf 1,7 Mill. Hektar schrumpfte.

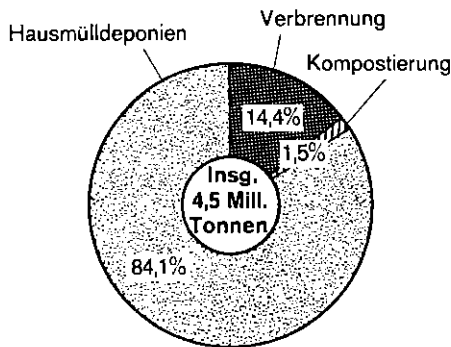
Die ungewöhnliche Zunahme der Bevölkerung um rund 40% hat zugleich mit dem Anwachsen des Pro-Kopf-Verbrauchs an Wasser die Wasserressourcen des Landes erheblich beansprucht. Seit 1957 ist der Wasserverbrauch je Einwohner und Tag von 138 l auf heute rund 180 l gestiegen. Nachdem seit Mitte der 70er Jahre fast alle Haushalte an die *öffentliche Wasserversorgung* angeschlossen sind und die Bevölkerungszahlen weitgehend stagnieren, ist mit einem

weiteren Anstieg des über die öffentliche Wasserversorgung zu deckenden Bedarfs nur noch in begrenztem Umfang zu rechnen.

Zum Schutz der Flüsse und Seen, deren Selbstreinigungsvermögen durch die erhöhte Inanspruchnahme des Wassers erheblich beeinträchtigt war, wurde in den letzten Jahren die Ausbaugröße der Kläranlagen mehr als verdoppelt und auf wirksamere Reinigungsverfahren umgestellt. Heute werden über 90% des kommunalen Abwassers in biologischen Kläranlagen gereinigt.

Das Verarbeitende Gewerbe, das in seiner Wasserversorgung im wesentlichen unabhängig von der öffentlichen Wasserversorgung arbeitet, verzeichnete seinen bisher höchsten Wasserverbrauch mit rund 1 Mrd. Kubikmeter bereits Anfang der 70er Jahre, um danach deutlich nachzulassen. Dies gilt vor allem bezüglich der für Belüftungs- und Produktionszwecke geförderten Wassermengen, deren Rückgang nach wie vor anhält. Der seit 1977 wieder zu beobachtende Anstieg im *Gesamtwasserverbrauch der Industrie* ist daher allein durch den inzwischen rasch ansteigenden Kühlwasserbedarf zu erklären.

Abfallbeseitigungsstruktur 1980



Bevölkerungs- und Wohlstandswachstum haben auch in der *Abfallbeseitigung* zunehmend Probleme gebracht. Die Menge an Haus- und Sperrmüll beispielsweise hat sich nach Schätzungen allein in der Zeit von 1960 bis 1975 auf ungefähr 1,2 m<sup>3</sup> je Einwohner verdoppelt. Mitte der 70er Jahre konnte durch eine Neukonzeption der Abfallbeseitigung die große Anzahl weitverstreuter Müllkippen (1972 fast 4000) in kurzer Zeit durch relativ wenige leistungsfähige Deponien und Müllverwertungsanlagen ersetzt werden.

Die neuere Entwicklung zeigt, daß wachsenden Müllmengen durch verstärkte Maßnahmen zur Wiederverwertung begegnet werden kann. Hauptsächlich wegen der in den vergangenen Jahren intensivierten Altglas- und Altpapiersammlungen wurden 1980 mit etwa 2,7 Mill. t Haus- und Sperrmüll rund 50 000 t weniger eingesammelt als 1977, obwohl die Haushalte von fast 140 000 Einwohnern mehr durch die öffentliche Müllabfuhr entsorgt wurden. Das bedeutet, daß je Einwohner die 1980 gesammelte Müllmenge mit 293 kg um 10 kg kleiner war als 1977.

Wassergewinnung,  
-verbrauch,  
Abfallbeseitigung

Bezeichnung	Einheit	Baden-Württemberg				Bundesgebiet
		1957	1969	1975	1979	1975
Öffentliche Wasserversorgung						
Wassergewinnung	Mill. m <sup>3</sup>	448	599	722	747	4 766
Grund- und Quellwasser	Mill. m <sup>3</sup>	418	520	559 <sup>2)</sup>	574 <sup>2)</sup>	4 346
Oberflächenwasser	Mill. m <sup>3</sup>	30	79	163 <sup>3)</sup>	173 <sup>3)</sup>	420
Abwasserableitung <sup>1)</sup>	Mill. m <sup>3</sup>		465	639	654	5 108
in Kläranlagen	Mill. m <sup>3</sup>		355 <sup>4)</sup>	559	607	4 662
direkt in Oberflächengewässer	Mill. m <sup>3</sup>		110	80	47	446
Kläranlagen	Anzahl		967	1 185	1 152	7 647
mechanische	Anzahl		397	381	108	2 395
biologische	Anzahl		570	804	1 044	5 252
Wasserverbrauch je Einwohner u. Tag	l	138	151	183	183	194
Öff. Ausgaben für Abwasserbeseitigung	Mill. DM		814,7 <sup>5)</sup>	1 213,1 <sup>6)</sup>	2 614,0 <sup>6) 7)</sup>	
Wasserversorgung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe						
Wassergewinnung (Eigen-)	Mill. m <sup>3</sup>	610	866	746	822	10 592
Grund- und Quellwasser	Mill. m <sup>3</sup>	236	391	314	229 <sup>2)</sup>	3 541
Oberflächenwasser	Mill. m <sup>3</sup>	374	475	432	593 <sup>3)</sup>	7 051
Abwasserableitung	Mill. m <sup>3</sup>	631	872	775	832	9 448
Kühlwasser	Mill. m <sup>3</sup>	270	422	398	476	6 376
verschmutztes Abwasser	Mill. m <sup>3</sup>	361	450	376	356	3 072
Ableitung von verschmutztem Abwasser	Mill. m <sup>3</sup>	361	450	376	356	3 072
in öffentl. Kanalisation	Mill. m <sup>3</sup>	110	118	116	101	677
direkt in Oberflächengewässer	Mill. m <sup>3</sup>	251	332	260	255	2 395
Abfallbeseitigung						
Öffentliche Hausmülldeponien	Anzahl	} 3 774 <sup>8)</sup> }		750	107	} 4 526 }
Öffentliche Bodenaushub- und Bauschuttdeponien	Anzahl				603	
Öffentl. Ausgaben für Abfallbeseitigung	Mill. DM			79,9 <sup>5)</sup>	324,1 <sup>6)</sup>	472,7 <sup>6)</sup>

1) Ohne Regen- und Bachwasser. — 2) Ohne Uferfiltrat. — 3) Einschl. Uferfiltrat. — 4) Geschätzt. — 5) 1970. — 6) Einschl. kalkulatorische Kosten. — 7) Einschl. Zweckverbände. — 8) 1972.

## 23 Einkommen, Preise

Das Volkseinkommen – die Summe aller Erwerbs- und Vermögenseinkommen – hat sich von 1960 bis 1980 nominal von rund 35 Mrd. DM auf 185 Mrd. DM erhöht. Davon entfielen 1980 136 Mrd. DM (73,5%) auf Einkommen aus unselbständiger Arbeit und 49 Mrd. DM auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, das bedeutet einen Anteil von 26,5 %. 1960 betrug dieser Anteil noch 41,5 %. Der stärkere Anstieg der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit spiegelt u.a. auch die Strukturveränderung bei der Erwerbsbevölkerung wider, nämlich eine wachsende Zahl abhängig Erwerbstätiger bei gleichzeitigem Rückgang der Selbständigen.

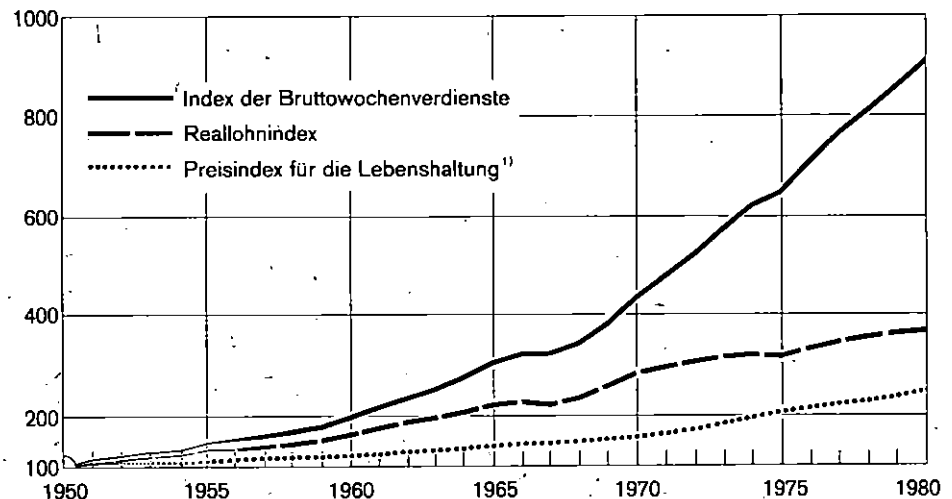
Einen wichtigen Ausschnitt aus der allgemeinen Einkommensentwicklung zeigen die durchschnittlichen Bruttojahreslöhne der Lohnsteuerpflichtigen; sie sind von 1950 bis 1980 pro Kopf nominal von 2923 auf 26 665 DM, also auf das Neunfache gestiegen. Dabei ist in dem genannten Zeitraum die durchschnittliche Arbeitszeit kürzer geworden, gleichzeitig ist der Trend zur Teilzeitarbeit ge-

wachsen. Allerdings ist auch zu berücksichtigen, daß die Belastung der Bruttolöhne durch Steuer- und Sozialversicherungsabgaben – wenn auch bei gelegentlicher Modifizierung – laufend zugenommen hat. Nach Abzug des durchschnittlichen Lohnsteuer- und Sozialversicherungsbetrages blieben dem Lohnsteuerpflichtigen 1950 durchschnittlich rund 86%, 1980 knapp 67% netto.

Obwohl der Reallohnindex (brutto) auch in den 70er Jahren noch gestiegen ist, hat der nach dem Krieg zu beobachtende stetige Kaufkraftzuwachs Anfang der 70er Jahre weitgehend ein Ende gefunden. Die durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommen sind in den Jahren 1972 bis 1979 bei einer jahresdurchschnittlichen Lohn- und Gehaltsverbesserung von mehr als 9% für Arbeiter und Angestellte um etwa die Hälfte gestiegen. Trotzdem zeigen die Haushaltsnettoeinkommen real so gut wie keine Veränderungen; jedoch ist zu berücksichtigen, daß bei rückläufigen Haushaltsgrößen das Pro-Kopf-Einkommen durchaus gestiegen ist.

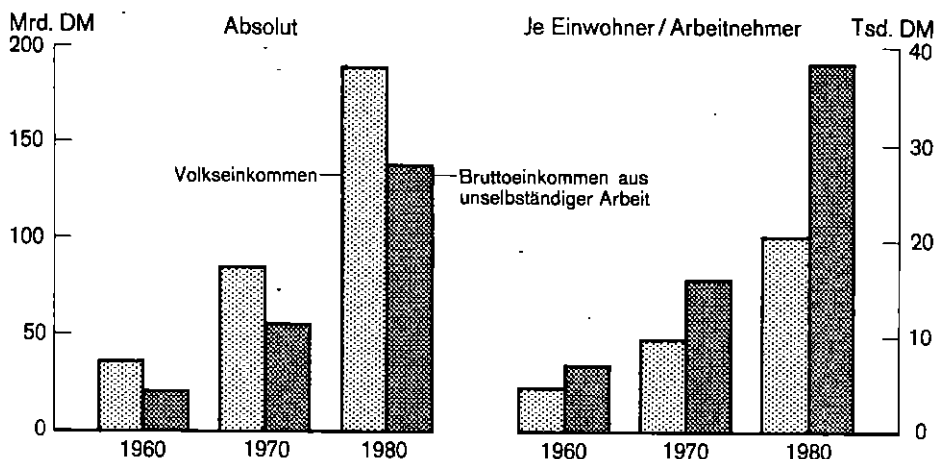
### Reallohne

1950 = 100



1) Ausgabenstruktur 1976.

# Volkseinkommen, Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit



Die Preisentwicklung läßt sich bis zur Währungsreform zurückverfolgen. Der Preisindex für die Lebenshaltung von Vierpersonen - Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen stieg von

1950 bis 1980 um 147,6%. In den letzten Jahren schlugen sich die starken Verteuerungen auf dem Energiesektor deutlich in der steigenden Kurve des Preisindex für die Lebenshaltung nieder.

## Verdienste, Lebenshaltungskosten

Merkmale	Einheit	Baden-Württemberg				Bundesgebiet
		1950	1960	1970	1980	
Bruttostundenverdienste <sup>1)</sup>						
Arbeiter insgesamt	DM	1,24	2,52	5,92	13,42	13,41
männlich	DM	1,39	2,76	6,35	14,26	14,16
weiblich	DM	0,89	1,92	4,61	10,69	10,25
Bruttowochenverdienste						
Arbeiter insgesamt	DM	59	116	260	561	553
männlich	DM	68	130	287	604	596
weiblich	DM	40	83	188	430	408
Bruttomonatsverdienste <sup>2)</sup>						
Kaufm. Angestellte insgesamt	DM	—	541	1 175	2 776	2 703
männlich	DM	—	711	1 478	3 319	3 224
weiblich	DM	—	424	933	2 253	2 185
Preisindex <sup>3)</sup>	1976=100	46,8	56,5	72,4	115,9	116,0
davon						
Nahrungs- und Genußmittel	1976=100	.	.	73,7	112,7	112,4
Kleidung, Schuhe	1976=100	.	.	72,3	119,2	121,5
Wohnungsmiete	1976=100	.	.	72,6	113,4	115,4
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	1976=100	.	.	59,7	132,4	132,4
Reallohnindex	1976=100	29,9	49,2	85,2	110,5	—

1) Bruttostundenverdienste (Bruttowochenverdienste) der Arbeiter in der Industrie (einschließlich Hoch- und Tiefbau). — 2) Bruttomonatsverdienste der kaufmännischen Angestellten in Industrie (einschließlich Hoch- und Tiefbau), Kreditinstituten und Versicherungsgewerbe. — 3) Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen.

## 24 Privater Verbrauch

Der Lebensstandard der Haushalte hat gegenüber dem Stand vor 30 Jahren ein wesentlich höheres Niveau erreicht. Während bei Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen die Durchschnittsausgaben für den privaten Verbrauch im Jahr 1952 rund 392 DM betrugen, sind sie bis 1980 nominal auf fast 2 400 DM, somit auf mehr als das Sechsfache angewachsen. Gut die Hälfte der nominalen Ausgabenzunahme war auf die mittlerweile eingetretene Geldentwertung zurückzuführen; dagegen diente der übrige Teil des Mehraufwands gegenüber 1952 der besseren und reichlicheren Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen. Die Ausgabenstruktur des Haushaltsbudgets hat sich dabei beachtlich verändert.

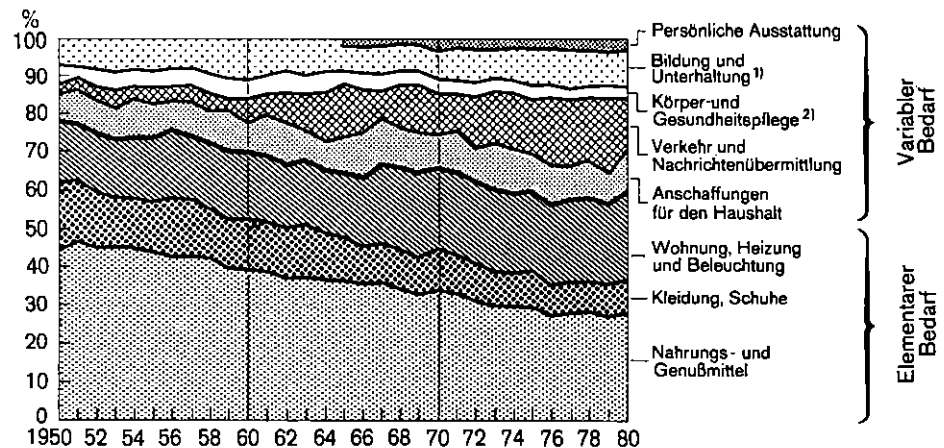
Zwar bildet der Aufwand für Nahrungs- und Genußmittel, der von 178 DM (1952) auf 685 DM (1980) gewachsen ist, nach wie vor den weitaus größten Ausgabeposten, doch ist sein Anteil am Gesamtbudget von 45% (1952) auf knapp 29% (1980) zurückgegangen. Ähnliches gilt für die Gruppe Kleidung und Schuhe, deren Anteil von über 14% auf 9% abgenommen hat. Die strukturelle Verschiebung innerhalb der Bedarfsgruppen, durch die sich das Gewicht der Güter des elementaren Bedarfs laufend verringert hat, kann als charakteristisches Zeichen für die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Haushalte gewertet werden.

### Ausgaben, Ausstattung

Merkmale	Einheit	Baden-Württemberg				Bundesgebiet
		1952	1961	1970	1980	
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen <sup>1)</sup>	DM	414	841	1 270	2 791	2 993
Ausgaben für den privaten Verbrauch <sup>1)</sup>	DM	392	702	1 064	2 387	2 443
Nahrungs- und Genußmittel	DM	178	278	367	685	686
Kleidung, Schuhe	DM	57	91	115	211	227
Wohnungsmieten	DM	59	88	172	376	401
Elektrizität, Gas, Brennstoffe u.ä.	DM		32	52	155	159
Anschaffungen für den Haushalt	DM	34	73	93	251	230
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	DM	12	38	113	319	341
Körper-, Gesundheitspflege <sup>2)</sup>	DM	19	33	40	73	73
Bildung und Unterhaltung	DM	32	68	78	233	211
Persönliche Ausstattung	DM			35	83	116
Von 100 Haushalten besaßen <sup>3)</sup>						
Personenkraftwagen	%	.	35	57	66	62
Fernsehgeräte	%	.	30	68	89	93
Rundfunkgeräte	%	.	79 <sup>4)</sup>	87	96 <sup>5)</sup>	96 <sup>5)</sup>
Elektrische Staubsauger	%	.	65 <sup>4)</sup>	86	93	94
Telefon	%	.	14 <sup>4)</sup>	32	66	70

1) Haushaltstyp 2 (Monatsdurchschnitt je 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen). — 2) Bis 1964 einschließlich Reinigungsmittel. — 3) Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1962, 1969, 1978. — 4) Bundesergebnisse. — 5) Alle Geräte mit Rundfunkempfangsteil; nicht vergleichbar mit früheren Ergebnissen.

## Ausgaben-Struktur



Die durchschnittlichen Ausgaben für Wohnungsmieten, Elektrizität, Gas, Brennstoffe u.a. betrugen 1952 knapp 60 DM (15%), bis 1980 sind sie auf mehr als 530 DM (22%) gestiegen. Eine differenziertere Betrachtung der Entwicklung in den letzten zwei Jahrzehnten ergibt, daß sich die Mieten allein anteilig von 12,5% (1961) auf 15,8% (1980), die Ausgaben für Elektrizität, Gas, Brennstoffe u.ä. von 4,6% auf 6,5% erhöht haben, wobei unter anderem die Lockerung der Mietpreisbindung in der Mitte der 60er Jahre und die Energieversteuerung in den 70er Jahren als Sonderfaktoren mitwirkten.

Mit steigender Kaufkraft hat der variable Verbrauch der Haushalte überproportional zugenommen. Am weitaus stärksten war die Expansion des Ausgabenvolumens für Verkehr und Nachrichtenübermittlung von gut 12 DM (3%) auf rund 319 DM (13%). Hierzu gehören vor allem die Ausgaben für das eigene Fahrzeug. Da sich von 1962 bis 1978 der Kraftwagenbestand je 100 Haushalte von 35 auf 66, also nahezu auf das Doppelte, erhöht hat, und die Unterhaltskosten, vor allem

aufgrund der sprunghaften Verteuerung des Treibstoffs, eine zunehmende Belastung darstellen, verwundert es nicht, daß diese Bedarfsgruppe inzwischen den dritten Platz in der Rangordnung der Haushaltsausgaben einnimmt. An vierter Stelle stehen gegenwärtig die Ausgaben für Bildung und Unterhaltung. Sie sind allein im letzten Jahrzehnt von fast 78 DM (7,3%) auf rund 233 DM (9,8%) gewachsen. Entsprechend haben die Aufwendungen für Bücher, Zeitschriften usw. einen größeren Stellenwert als früher. Fernseh- und Rundfunkgeräte sind inzwischen bei der Mehrzahl der Haushalte (bereits 1978 89% bzw. 96%) zur Selbstverständlichkeit geworden.



## 25 Vermögensbildung, Sparen

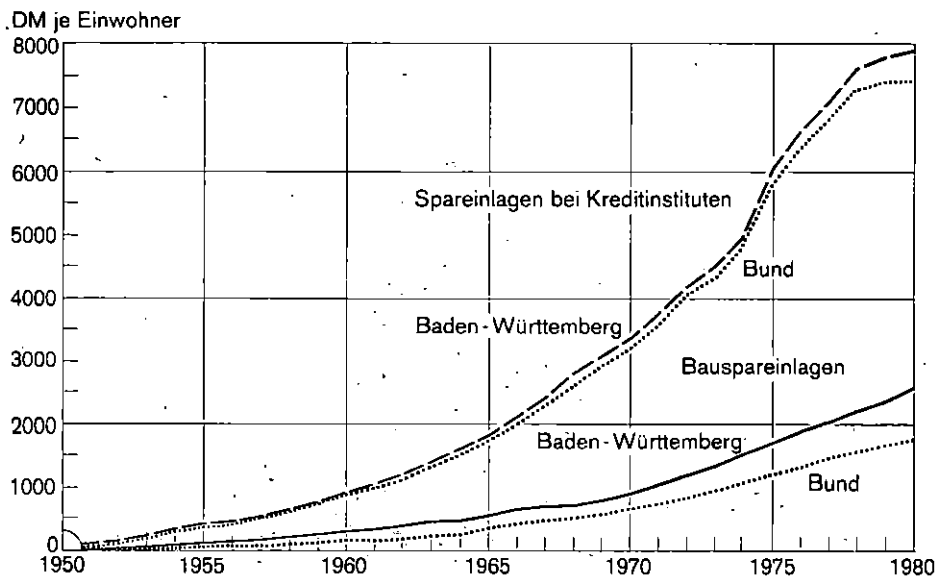
Mit den gestiegenen Einkommen ging auch eine beachtliche Vermögensbildung einher. Läßt man Gebrauchsgüter, wie z.B. PKW, außer acht, entfiel 1978 rechnerisch auf jeden Haushalt bereits ein Vermögensbestand von fast 140000 DM. Die dominierende Vermögensform ist dabei mit einem Anteil von über drei Vierteln der Haus- und Grundbesitz. Während 1969 rund 49% der Haushalte über Haus- und Grundbesitz verfügten, waren es 1978 bereits 54%. Überdurchschnittlich oft ist Haus- und Grundbesitz vertreten bei Haushalten von Landwirten und Selbständigen, aber auch bei Arbeitern (58%).

Mit weitem Abstand folgen als Vermögensanlagen Lebensversicherungen und Wertpapiere, auf die zusammen rund 8% der Privatvermögen entfallen. Auf den Sparkonten sind rund 7% der Vermögen angelegt; Ende 1980 betrugen die Spareinlagen bei Kreditinstituten rund 73 Mrd. DM, pro Kopf sind dies rund 7 900 DM, während es 1952 noch 175 DM waren.

In den letzten Jahren hat sich allerdings gezeigt, daß die Sparer höher verzinsliche Sparformen bevorzugen. Während die normalen Spareinlagen weit weniger gefragt waren, nahm beispielsweise die Attraktivität der Termineinlagen und Sparbriefe immer mehr zu. Diese Umschichtung hängt u.a. mit der veränderten Zinsstruktur in der Hochzinsphase, aber auch mit der gestiegenen Vertrautheit der Sparer mit alternativen Anlageformen zusammen.

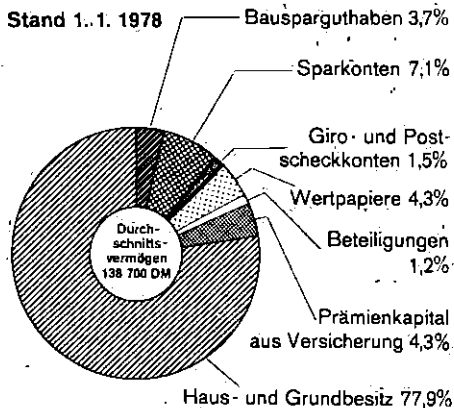
Eine besondere Note bekommt die Spartätigkeit in Baden-Württemberg durch das Bausparen. Ende 1980 hatten die Einwohner Baden-Württembergs Guthaben bei den Bausparkassen in Höhe von rund 23,7 Mrd. DM angesammelt. Das bedeutet einen Pro-Kopfbetrag von 2 559 DM je Einwohner, während im Bundesgebiet 1 785 DM je Einwohner verzeichnet wurden. Baden-Württemberg steht bei dieser Sparform nach wie vor unter den Bundesländern an der Spitze. Für die bemerkenswerte Steigerung der Sparleistung war die wirtschaftliche

Spareinlagen



## Vermögensformen

Stand 1.1. 1978



Aufwärtsentwicklung keineswegs allein maßgeblich. In nicht geringem Maße war dafür die staatliche Sparförderung durch Steuerbegünstigungen, Prämiensparen und Arbeitnehmersparzulagen verantwortlich. So sparten 1979 rund drei Millionen Arbeitnehmer (83%) nach dem 3. Vermögensbildungsgesetz. Davon wählten knapp die Hälfte das prämiengünstige Sparen, rund ein Drittel einen Bausparvertrag als Anlageform.

## Ausgewählte Sparformen

Bezeichnung	Einheit	Baden-Württemberg				Bundesgebiet
		1952	1960	1970	1980	
absolut						
Spareinlagen insgesamt	Mill. DM	1 453	9 672	38 887	96 924	572 213
davon						
Spareinl. bei Kreditinst. zus.	Mill. DM	1 172	7 170	30 467	73 231	462 143
von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	.	6 695	29 482	72 843	456 758
von öffentl. Haushalten	Mill. DM	.	475	985	388	5 385
Bauspareinlagen	Mill. DM	281	2 502	8 420	23 693	110 070
Sparbriefe	Mill. DM	.	.	992 <sup>1)</sup>	12 236 <sup>1)</sup>	95 717
Termineinlagen zusammen <sup>2)</sup>	Mill. DM	.	2 739	15 498	56 988	400 421
von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	.	1 640	8 897	48 383	254 548
von öffentl. Haushalten	Mill. DM	.	1 099	6 601	8 605	145 873
Einlagen insgesamt (ohne Sichteinlagen)	Mill. DM	.	12 411	55 377	166 148	1 096 746
von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	.	10 836	47 791	157 155	945 495
von öffentl. Haushalten	Mill. DM	.	1 574	7 586	8 993	151 251
je Einwohner						
Spareinlagen insgesamt	DM	217	1 251	4 343	10 468	9 280
davon bei Kreditinstituten	DM	175	866	3 293	7 909	7 495
Bausparkassen	DM	42	324	940	2 559	1 785
Sparbriefe	DM	.	.	111 <sup>1)</sup>	1 321 <sup>1)</sup>	1 552
Termineinlagen <sup>2)</sup>	DM	.	212	1 019	6 155	6 494

1) Nur von Emittenten mit Sitz in Baden-Württemberg. — 2) Einschließlich Postscheck- und Postsparkassenämter.

Quelle: Landeszentralbank Baden-Württemberg, Deutsche Bundesbank.

## 26 Soziale Sicherung

Einen Überblick über das vielfältige Netz der sozialen Sicherung gibt das Sozialbudget. Die Gesamtheit aller Sozialausgaben nach dem Sozialbudget betrug 1979 in Baden-Württemberg 72,2 Mrd. DM. Darin enthalten sind nicht nur die Leistungen auf bundesgesetzlicher Grundlage (Sozialbudget I = 58,6 Mrd. DM), sondern darüber hinaus 13,6 Mrd. DM des landesspezifischen Budgets (Sozialbudget II). Dies zeigt, daß auch das Land und die Gemeinden in beträchtlichem Umfang an der Ausgestaltung der Sozialpolitik beteiligt sind.

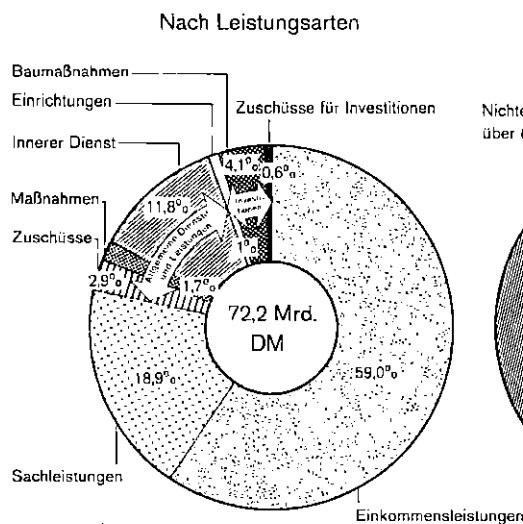
Insgesamt sind die Sozialleistungen seit 1970 um knapp 150% angewachsen. Fast 30% des Budgets wurden 1979 für die Versorgung von älteren Menschen und Hinterbliebenen aufgewendet, 31,5% für die Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit. Dem Schutze der Familie kamen 9,1 Mrd. DM (13,5%) der Sozialleistungen zugute, die Hälfte davon (4,7 Mrd. DM) wurde für Kinder aufgewendet. Faßt man aus allen Aufgabenbereichen die Ausgaben für Nichterwerbspersonen unter 25 Jahren zusam-

men — also für Kinder und Jugendliche, Schüler, Auszubildende und Studierende —, so ergab sich mit 17,9 Mrd. DM ein Anteil von 24,8% am gesamten Sozialbudget.

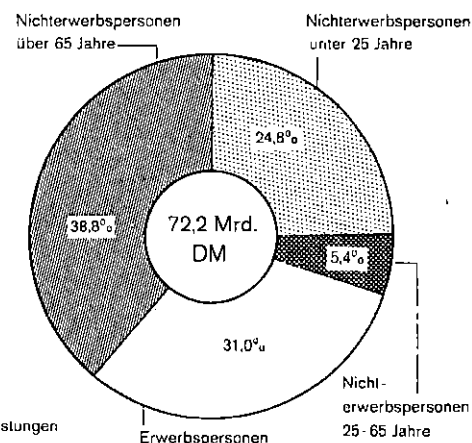
Die Bedeutung des Sozialaufwands wird deutlich, wenn man die Sozialleistungsquote betrachtet. Diese Beziehungszahl gibt an, wieviel Prozent des Sozialprodukts umverteilt und in Form von sozialen Gütern und Diensten bereitgestellt wurden. Von 1970 bis 1975 stieg diese Quote von 27,3% auf 35,3%. In den folgenden vier Jahren ging sie leicht auf 32,8% (1979) zurück.

Der Anstieg der Sozialleistungen bedeutet aber nicht unbedingt auch eine reale Verbesserung der Leistungshöhe, vielmehr haben Preissteigerungen einen erheblichen Teil dieser zusätzlichen Leistungen aufgezehrt. Bereinigt man die Leistungsentwicklung um die eingetretene Inflation, so stiegen die Ausgaben im Laufe der 70er Jahre nur noch auf 44,3 Mrd. DM (1979). Zwei Drittel des Leistungszuwachses im Sozialbereich waren demgemäß eine reine monetäre

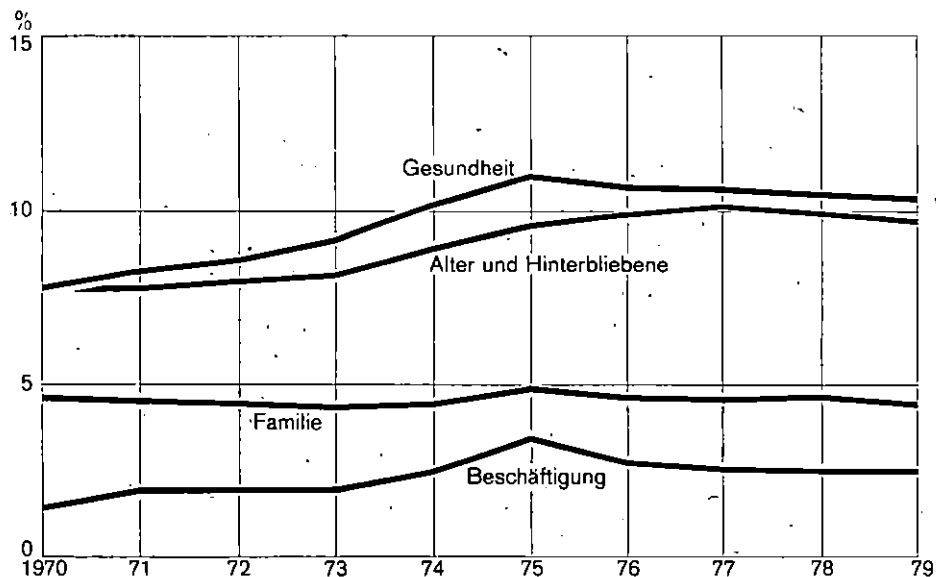
Sozialbudget insgesamt



Nach Empfängergruppen



## Sozialleistungsquoten



Aufblähung, nur ein Drittel hat sich real in Leistungserweiterungen niedergeschlagen.

Die Finanzierung der Sozialleistungen erfolgt zu 52% durch Beiträge der Versicherten und der Arbeitgeber und zu 47% durch Zuweisungen. Die Selbstfinanzierungsquote der privaten Haus-

halte an den Sozialleistungen beläuft sich auf 20%. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Bürger letztlich die gesamten Sozialleistungen bezahlen muß, nämlich als Steuerzahler gegebenenfalls über erhöhte Steuern und als Verbraucher über die Preise für Konsumwaren und Dienstleistungen.

## Sozialbudget

Funktionen	Einheit	Baden-Württemberg			Bundesgebiet
		1970	1975	1979	
Sozialbudget I zusammen	Mill. DM	23 734	46 381	58 548	425 090
Familie	Mill. DM	4 756	7 353	9 065	60 149
Gesundheit	Mill. DM	7 463	15 581	20 325	142 476
Beschäftigung	Mill. DM	458	3 056	2 516	22 399
Alter und Hinterbliebene	Mill. DM	8 232	15 315	21 085	163 328
Folgen politischer Ereignisse	Mill. DM	732	1 018	1 141	8 628
Wohnen	Mill. DM	940	1 145	1 403	9 374
Sparförderung	Mill. DM	1 006	2 679	2 719	16 447
Allgemeine Lebenshilfen	Mill. DM	147	234	294	2 288
Sozialbudget II zusammen	Mill. DM	5 541	10 629	13 648	—
Sozialbudget insgesamt	Mill. DM	29 275	57 010	72 196	—

## 27 Öffentliche Finanzen

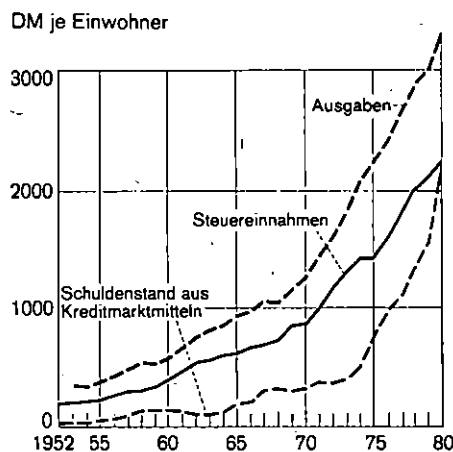
Entsprechend dem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts hat sich auch das Volumen der öffentlichen Haushalte seit der Bildung des Südweststaates auf fast das Vierzehnfache erweitert. Die Steuerzahlungen von Bevölkerung und Wirtschaft erhöhten sich seit 1952 ständig. Betrug das *Steueraufkommen* 1952 noch 4,1 Mrd. DM, so erreichte es 1980 insgesamt 56,8 Mrd. DM. Je Einwohner war 1980 mit 6 150 DM fast das Zehnfache zu leisten wie 1952 mit 624 DM. 1952 waren die Umsatzsteuer und die Einkommensteuer die ergiebigsten Steuerquellen, 1980 die Lohnsteuer. Die Besteuerung der Arbeitnehmereinkommen erbrachte 1952 12%, 1980 dagegen 30% des gesamten Steueraufkommens.

Der *Landeshaushalt* erreichte 1953 einen Umfang von 2,4 Mrd. DM, 1980 dagegen von 32,0 Mrd. DM. Haupteinnahmequellen sind nach wie vor die Steuereinnahmen; sie deckten 1953 rund 60% und 1980 etwa 66% des Haushaltsvolumens. Die vom Land erbrachten öffentlichen Dienstleistungen sind personalintensiver als diejenigen der Gemeinden. Somit waren in allen Jahren die

Personalausgaben die gewichtigste Ausgabeart. Ihr Anteil an den Gesamtausgaben stieg von rund 33% (1953) auf etwa 40%. Für Sachinvestitionen gab das Land nur 4% (1953) bzw. 4,5% (1980) seines Haushaltsvolumens aus. Einen Ausgabenschwerpunkt bildet der Schul- und Hochschulbereich; 1953 wurden für Bildungsaufgaben insgesamt 16,5% des Haushaltsvolumens aufgewendet, 1980 sogar 26,5%.

Die Einnahmen- und Ausgabenstruktur der *kommunalen Haushalte* hat andere Gewichte. Die Steuereinnahmen erreichen als Finanzquelle nicht die Bedeutung wie beim Land; sie deckten 1953 fast 30% der Gesamtausgaben, 1980 nur noch rund 24%. Seit Anfang der 60er Jahre lagen die Zuweisungen und Zuschüsse – vor allem des Landes – an die Gemeinden über deren Steuereinnahmen. In allen Jahren dominierten bei den Gemeinden die Sachinvestitionen; 1980 erreichten sie 25% des Haushaltsvolumens, die Personalausgaben 15%. In den Aufgabengebieten wurden mehrere Schwerpunkte gesetzt; im Vordergrund kommunaler Tätigkeit standen in den letzten drei Jahrzehnten die Ausgaben für Schulen, für soziale Einrichtungen, für Gesundheitspflege, für Verkehr und für kommunale Einrichtungen mit in der Regel gleich hohen Beträgen.

### Finanzen des Landes



Die höheren Sachinvestitionen der Gemeinden hatten zur Folge, daß in den 50er und 60er Jahren die Aufnahme von *Schulden* als Einnahmequelle bei den Gemeinden eine größere Bedeutung hatte als beim Land. Seit 1975 nimmt nun das Land mehr Schulden auf als die Kommunen. 1977 hatte das Land – erstmals seit 1953 – einen höheren Schuldenstand als die Gemeinden. Ende 1980 betrug die Verschuldung des Landes 20,4 Mrd. DM, die Verschuldung der Gemeinden 11,4 Mrd. DM, das sind 2205 DM bzw. 1230 DM je Einwohner.

**Einnahmen,  
Ausgaben, Personal**

Bezeichnung	Einheit	Baden-Württemberg				Bundesgebiet
		1952 <sup>1)</sup>	1960	1970	1980 <sup>2)</sup>	
Steueraufkommen insgesamt	Mill.DM	4 145,1	8 975,5	22 638,0	56 802,5	364 916,0
darunter						
Lohnsteuer	Mill.DM	499,1	1 995,6	5 595,5	18 725,9	111 558,9
Veranlagte Einkommensteuer	Mill.DM	610,9	1 409,7	2 760,0	6 520,3	36 795,7
Körperschaftsteuer	Mill.DM	437,2	986,5	1 821,4	4 833,1	21 322,5
Steuer vom Umsatz	Mill.DM	1 177,5	2 424,9	5 861,7	13 710,4	52 850,5
Gemeindesteuer	Mill.DM	586,1	1 381,2	2 285,0	5 908,6	35 491,2
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapitel	Mill.DM	377,7	1 094,0	1 765,3	4 830,3	27 960,2
Steueraufkommen je Einwohner	DM	624	1 173	2 516	6 150	5 928
Einnahmen des Landes	Mill.DM	2 337	4 639	10 939	32 000	216 043
darunter						
Steuern	Mill.DM	1 379	3 195	7 802	20 656	129 385
Gebühren	Mill.DM	145	214	500	1 318	6 160
Zuweisungen, Zuschüsse <sup>3)</sup>	Mill.DM	279	573	1 326	4 050	35 172
Schuldenaufnahme	Mill.DM	295	189	329	4 422	32 725
Steuereinnahmen d. Landes je Einw.	DM	181	389	871	2 237	—
Einnahmen der Gemeinden (Gv)	Mill.DM	2 198	4 274	11 203	30 964	180 627
darunter						
Steuern	Mill.DM	680	1 415	2 810	8 473	47 450
Gebühren	Mill.DM	236	593	1 873	2 263	—
Zuweisungen, Zuschüsse <sup>3)</sup>	Mill.DM	531	1 067	3 320	10 102	60 808
Schuldenaufnahme	Mill.DM	206	261	848	1 643	10 782
Ausgaben des Landes	Mill.DM	2 361	4 372	11 233	31 999	217 010
darunter für						
Schulen	%	12,0	11,8	14,9	16,0	15,6
Wissenschaft, Forschung	%	4,5	7,5	12,7	10,5	8,9
Soziale Sicherung	%	10,5	9,0	5,1	5,8	9,1
Verkehr, Nachrichten	%	3,5	5,2	5,1	5,3	5,4
Ausgaben des Landes je Einwohner	DM	349	572	1 249	3 465	—
Ausgaben der Gemeinden (Gv)	Mill.DM	2 182	4 234	11 525	31 098	182 538
darunter für						
Schulen	%	13,1	14,1	12,0	8,4	12,5
Soziale Sicherung	%	11,8	10,9	12,3	12,7	19,7
Gesundheitspflege	%	8,9	10,0	11,7	5,9	—
Kommunale Einrichtungen	%	10,3	13,2	14,4	12,2	14,0
Ausgaben der Gemeinden (Gv) je Einwohner	DM	322	553	1 281	3 367	—
Landesbedienstete	Anzahl	97 931	117 095	165 835	213 985	1 570 700
darunter						
Bildungswesen	%	36,1	39,7	50,6	51,9	45,4
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	%	8,0	10,2	8,4	11,8 <sup>4)</sup>	13,0
Kommunalbedienstete	Anzahl	86 388	107 149	126 101	155 383	920 200
darunter						
Soziale Angelegenheiten, Gesundheitswesen	%	13,0	23,3	—	44,6	36,5
Kommunale Einrichtungen	%	—	10,8	—	9,9	9,3
Wirtschaftliche Unternehmen	%	26,7	23,1	13,2	8,1	7,4

1) Haushalte des Landes und der Gemeinden (Gv.) 1953. — 2) Teilweise geschätzt. — 3) Für laufende Zwecke und Investitionen. — 4) Einschließlich ehemals kommunaler Polizei.

## 28 Regionaldaten

Lfd. Nr.	Kreis Region Regierungsbezirk Land	Gemarkungs- fläche 1.1.1981	Darunter Siedlungs- fläche	insgesamt
		ha	%	
	Stadtkreis			
1	Stuttgart, Landeshauptstadt	20 714	46	581
	Landkreise			
2	Böblingen	61 793	17	306
3	Esslingen	64 164	18	460
4	Göppingen	64 236	12	231
5	Ludwigsburg	68 721	17	436
6	Rems-Murr-Kreis	85 826	13	356
7	Region Mittlerer Neckar	365 454	17	2 369
	Stadtkreis			
8	Heilbronn	9 986	29	112
	Landkreise			
9	Heilbronn	109 960	12	245
10	Hohenlohekreis	77 668	8	84
11	Schwäbisch Hall	148 389	8	151
12	Main-Tauber-Kreis	130 457	9	121
13	Region Franken	476 460	10	712
	Landkreise			
14	Heidenheim	62 720	9	124
15	Ostalbkreis	151 154	9	276
16	Region Ostwürttemberg	213 874	9	400
17	Regierungsbezirk Stuttgart	1 055 788	12	3 482
	Stadtkreise			
18	Baden-Baden	14 021	13	49
19	Karlsruhe	17 346	39	272
	Landkreise			
20	Karlsruhe	108 487	14	359
21	Rastatt	73 883	12	189
22	Region Mittlerer Oberrhein	213 737	15	869
	Stadtkreise			
23	Heidelberg	10 883	27	133
24	Mannheim	14 495	52	304
	Landkreise			
25	Neckar-Odenwald-Kreis	112 633	8	130
26	Rhein-Neckar-Kreis	106 210	15	463
27	Region Unterer Neckar	244 221	15	1 030
	Stadtkreis			
28	Pforzheim	9 779	27	107
	Landkreise			
29	Calw	79 754	9	132
30	Enzkreis	57 402	11	162
31	Freudenstadt	87 067	7	100
32	Region Nordschwarzwald	234 002	10	501
33	Regierungsbezirk Karlsruhe	691.960	13	2 400

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr.

Wohnbevölkerung am 1.1.1981				Versicherungspflichtig Beschäftigte am 30.6.1980		Verarbeitendes Gewerbe 1980 <sup>1)</sup>			Bruttoinlandsprodukt 1978		Lfd Nr
unter 15 Jahre	über 65 Jahre	Zunahme gegen 1950	Ausländer	insgesamt	Ausländer	Betriebe	Beschäftigte	Löhne und Gehälter	insgesamt	je Einwohner	
%				1000	%	Anzahl	1000	Mill. DM	Mill. DM	DM	
14	17	17	18	363	19	406	133	5 526	24 608	120	1
20	11	139	14	127	22	265	74	2 970	7 446	25 180	2
19	13	80	13	166	22	539	89	3 138	9 521	20 990	3
19	15	35	12	82	16	297	44	1 411	4 609	20 310	4
19	12	84	14	140	21	457	64	2 218	7 931	18 590	5
19	13	76	11	109	19	397	55	1 849	6 368	18 150	6
18	14	59	14	988	20	2 361	458	17 112	60 483	25 870	7
17	16	53	14	60	11	127	22	725	3 478	31 200	8
20	14	42	9	65	15	267	33	1 060	3 589	180	9
21	14	14	6	28	9	121	14	418	1 534	18 490	10
	16	15	5	47	8	202	17	474	2 741	18 180	11
20	16	-3	4	38	5	163	15	424	2 255	18 500	12
20	15	24	8	238	10	880	101	3 101	13 597	19 330	13
20	15	35	9	46	12	127	26	848	2 602	21 050	14
21	14	30	7	95	10	316	49	1 591	5 177	19 030	15
	14	31	8	141	11	443	75	2 439	7 779	19 660	16
19	14	47	12	1 366	17	3 684	634	22 652	81 858	23 820	17
14	23	5	7	24	12	56	4	116	1 465	29 760	18
14	17	26	9	143	10	229	40	1 389	10 502	38 260	19
	13	48	8	100	13	323	47	1 461	5 429	15 420	20
19	14	47	7	64	14	182	33	1 151	3 470	18 450	21
17	15	37	8	331	12	790	123	4 117	20 865	24 160	22
12	16	8	9	66	10	86	15	546	3 581	27 810	23
14	16	24	15	179	12	224	75	3 004	11 587	38 140	24
	15	14	5	37	7	159	16	443	2 098	16 200	25
18	13	55	8	117	13	374	56	1 794	6 690	14 770	26
16	15	32	10	398	12	843	161	5 787	23 955	23 600	27
	17	61	13	60	13	272	26	823	3 310	31 020	28
19	15	61	12	37	16	158	13	379	2 121	16 580	29
20	13	58	10	43	19	249	23	699	2 248	14 260	30
20	16	34	7	32	11	167	12	369	1 731	17 750	31
19		54	11	173	15	846	73	2 269	9 410	19 210	32
17	15		9	902	12	2 479	358	173	54 230	22 900	33



Lfd. Nr.	Kreis Region Regierungsbezirk Land	Gemarkungs- fläche 1.1.1981	Darunter Siedlungs- fläche	insgesamt
		ha	%	1000
	Stadtkreis			
34	Freiburg im Breisgau	15 305	28	175
	Landkreise			
35	Breisgau-Hochschwarzwald	137 834	8	200
36	Emmendingen	67 994	9	132
37	Ortenaukreis	186 056	10	355
38	Region Südlicher Oberrhein	407 189	10	862
	Landkreise			
39	Rottweil	76 946	9	128
40	Schwarzwald-Baar-Kreis	102 525	9	200
41	Tuttlingen	73 440	9	111
42	Region Schwarzwald-Baar-Heuberg	252 911	9	438
	Landkreise			
43	Konstanz	81 808	12	230
44	Lörrach	80 680	10	191
45	Waldshut	113 113	7	144
46	Region Hochrhein-Bodensee	275 601	9	565
47	Regierungsbezirk Freiburg	935 701	9	1 865
	Landkreise			
48	Reutlingen	109 405	10	238
49	Tübingen	51 910	12	173
50	Zöllernalbkreis	91 773	10	173
51	Region Neckar-Alb	253 088	11	584
	Stadtkreis			
52	Ulm	11 873	36	101
	Landkreise			
53	Alb-Donau-Kreis	135 728	8	160
54	Biberach	140 986	8	152
55	Region Donau-Iller <sup>2)</sup>	288 587	9	413
	Landkreise			
56	Bodenseekreis	66 448	12	170
57	Ravensburg	163 164	7	231
58	Sigmaringen	120 434	9	114
59	Region Bodensee-Oberschwaben	350 046	9	515
60	Regierungsbezirk Tübingen	891 721	9	1 511
61	Baden-Württemberg	3 575 170	11	9 259

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr.

2) Soweit Land Baden-Württemberg.

Wohnbevölkerung am 1.1.1981				Versicherungspflichtig Beschäftigte am 30.6.1980		Verarbeitendes Gewerbe 1980 <sup>1)</sup>			Bruttoinlandsprodukt 1978		Lfd. Nr.
unter 15 Jahre	über 65 Jahre	Zunahme gegen 1950	Ausländer	insgesamt	Ausländer	Betriebe	Beschäftigte	Löhne und Gehälter	insgesamt	je Einwohner	
%				1000	%	Anzahl	1000	Mill. DM	Mill. DM	DM	
14	16	50	8	82	9	107	15	554	5 115	29 440	34
20	13	66	5	46	13	152	14	401	2 657	13 780	35
20	14	47	5	33	8	134	15	410	2 112	16 300	36
20	14	34	5	123	10	460	51	1 559	7 226	20 440	37
19	14	46	6	285	10	853	95	2 923	17 110	20 140	38
21	16	25	7	45	11	208	24	736	2 376	18 670	39
19	14	56	12	80	16	293	41	1 316	4 146	21 010	40
20	15	45	10	41	13	240	21	616	2 115	19 200	41
20	15	43	10	167	14	741	87	2 668	8 637	19 860	42
17	15	56	11	76	15	187	32	1 056	4 335	19 030	43
19	14	45	9	63	14	193	28	920	3 483	18 340	44
20	15	40	9	43	15	171	20	615	2 501	17 680	45
19	15	48	10	183	14	551	79	2 591	10 318	18 460	46
19	15	46	8	635	12	2 145	261	8 182	36 065	19 560	47
19	14	54	11	89	15	382	42	1 316	4 830	20 640	48
18	12	67	10	51	15	203	17	502	2 750	16 470	49
20	14	39	9	72	12	501	39	1 085	3 429	19 910	50
19	14	52	10	212	14	1 086	98	2 904	11 008	19 210	51
17	16	31	13	76	14	117	35	1 245	4 349	44 130	52
22	13	40	9	34	15	192	16	449	1 993	12 660	53
22	14	31	5	47	7	173	22	716	2 970	19 860	54
21	14	34	9	157	12	482	72	2 410	9 312	22 960	55
20	15	80	10	57	15	114	27	1 028	3 106	18 810	56
21	14	38	7	73	10	233	28	878	4 171	18 400	57
22	13	35	7	36	11	190	16	447	2 120	18 890	58
21	14	49	8	166	12	537	70	2 354	9 397	18 640	59
20	14	46	9	535	13	2 105	240	7 668	29 717	20 040	60
19	14	44	10	3 438	14	10 413	1 493	50 675	201 871	22 110	61

## 29 Das Land im Bund

Bezeichnung	Einheit	Bundesgebiet	Baden- Württemberg
Gebiet, Bevölkerung 1980			
Fläche	1000 km <sup>2</sup>	248,7	35,8
Kreisfreie Städte	Anzahl	91	9
Landkreise	Anzahl	237	35
Gemeinden	Anzahl	8 501	1 111
Wohnbevölkerung	1000	61 658	9 259
darunter Ausländer	1000	4 453	913
Eheschließungen	0/00 <sup>1)</sup>	5,9	5,7
Lebendgeborene	0/00 <sup>1)</sup>	10,1	10,8
Gestorbene	0/00 <sup>1)</sup>	11,6	10,0
Geburtenüberschuß/-defizit (—)	0/00 <sup>1)</sup>	—1,5	0,8
Wanderungsgewinn/-verlust (—)	1000	311,9	61,6
Bevölkerungszu/-abnahme (—) 1952/1980	1000	10 931,9	2 789,8
Schüler und Studierende 1980			
Grund- und Hauptschulen	} Schüler je Lehrer <sup>2)</sup>	21,6	20,7
Realschulen		21,5	20,6
Gymnasien		17,4	17,1
Schulabgänger 1979			
mit Hochschulreife	je 10 000 <sup>3)</sup>	309	283
mit Realschulabschluß	je 10 000 <sup>3)</sup>	602	572
Studierende an Universitäten und Pädagogischen Hochschulen	je 1000 <sup>4)</sup>	125	112
Erwerbsleben/Wirtschaft 1980			
Erwerbstätige	1000	26 874,0	4 251,1
darunter			
Land- und Forstwirtschaft	%	5,3	4,9
Produzierendes Gewerbe	%	45,3	51,8
Handel und Verkehr	%	17,6	14,3
Arbeitslosenquote JD 1981	%	5,5	3,3
Landwirtschaftliche Betriebe	1000	795,3	138,2
Landwirtschaftliche Arbeitskräfte	1000	1 592,3	329,1
Verarbeit. Gewerbe Betriebe	1000	48,8	10,4
Beschäftigte	1000	7 660	1 493
Gesamtumsatz	Mrd. DM	1 196,5	207,9
Auslandsumsatz	Mrd. DM	290,5	53,1
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner	1000 DM	24,2	25,4
Wahlen			
Wahlen zu den Landtagen	Tag	.	16.3.80
Stimmenanteile CDU <sup>6)</sup>	%	.	53,4
SPD	%	.	32,5
F.D.P.	%	.	8,3
Grüne <sup>7)</sup>	%	.	5,3
Bundestagswahl (5.10.1980)			
Zweitstimmen- anteil CDU <sup>6)</sup>	%	44,5	48,5
SPD	%	42,9	37,2
F.D.P.	%	10,6	12,0
Grüne <sup>7)</sup>	%	1,5	1,8

1) Der Bevölkerung. — 2) Nichtvollbeschäftigte Lehrer wurden entsprechend ihrem Stundenanteil Jahren. — 5) Vorläufige Ergebnisse. — 6) In Bayern CSU. — 7) Einschließlich entsprechender poli-

Bayern	Hessen	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland	Schleswig- Holstein	Berlin (W)	Bremen	Hamburg
70,5	21,1	47,4	34,1	19,8	2,6	15,7	0,5	0,4	0,8
25	5	9	23	12	—	4	1	2	1
71	21	38	31	24	6	11	—	—	—
2 049	427	1 029	396	2 303	50	1 132	1	2	1
10 928	5 601	7 256	17 058	3 642	1 066	2 611	1 896	694	1 645
683	499	285	1 378	163	44	87	211	48	143
6,1	5,4	5,6	6,1	6,4	7,1	5,0	6,2	5,4	5,4
10,5	9,7	9,9	9,9	10,2	9,8	9,4	9,7	8,5	8,2
11,2	11,4	11,7	11,4	11,9	12,2	12,0	18,2	12,6	14,3
— 0,8	— 1,6	— 1,8	— 1,5	— 1,7	— 2,4	— 2,6	— 8,5	— 4,0	— 6,1
65,5	34,0	35,5	66,5	15,6	0,3	19,0	10,2	1,5	2,2
1 828,5	1 287,4	601,0	3 692,2	599,9	109,8	141,9	— 276,1	126,9	30,8
21,2	24,5	22,5	21,7	20,1	20,3	24,6	18,0	19,3	23,7
21,1	23,3	20,0	23,0	22,9	19,6	22,2	17,9	20,3	19,2
16,8	19,0	16,9	17,9	18,6	17,3	17,7	14,1	14,8	16,0
260	382	254	375	274	361	249	188	456	298
496	742	778	551	566	492	608	729	739	761
99	123	98	144	83	111	67	408	99	252
5 174,7	2 446,1	3 063,9	6 948,4	1 571,5	406,4	1 127,9	842,6	292,5	748,9
10,1	4,1	7,7	2,8	6,3	(1,6)	6,5	(0,9)	(.)	(1,3)
45,1	45,4	40,8	48,4	43,9	51,1	34,0	35,0	34,4	31,7
16,5	17,4	18,8	18,1	17,1	16,2	19,5	17,4	29,1	28,5
5,1	4,3	6,8	6,4	5,4	8,1	6,4	5,8	7,2	5,0
267,7	63,2	124,6	100,3	63,0	5,3	33,0	0,1	0,5	1,4
334,5	152,3	272,0	222,4	145,1	10,1	126,6	.	.	.
10,0	4,1	4,8	11,7	2,9	0,6	1,7	1,2	0,4	1,0
1 386	673	718	2 215	397	155	183	182	90	168
183,2	92,3	120,1	355,5	71,9	22,3	31,1	22,5	19,1	70,7
47,2	24,4	31,6	86,7	21,8	6,9	5,0	2,8	3,6	7,3
23,0	25,4	20,9	24,0	21,9	21,7	20,4	27,8	32,2	42,9
15.10.78	8.10.78	21.3.82 <sup>5)</sup>	11.5.80	18.3.79	27.4.80	29.4.79	10.5.81	7.10.79	4.6.78
59,1	46,0	50,7	43,2	50,1	44,0	48,3	48,0	31,9	37,6
31,4	44,3	36,5	48,4	42,3	45,4	41,7	38,3	49,4	51,5
6,2	6,6	5,9	4,9	6,4	6,9	5,7	5,6	10,8	4,8
1,8	2,0	6,5	3,0	—	2,9	2,4	0,3	6,5	4,5
57,6	40,6	39,8	40,6	45,6	42,3	38,9	.	28,8	31,2
32,7	46,4	46,9	46,8	42,8	48,3	46,7	.	52,5	51,7
7,8	10,6	11,3	10,9	9,8	7,8	12,7	.	15,1	14,1
1,3	1,8	1,6	1,2	1,4	1,1	1,4	.	2,7	2,3

in vollbeschäftigte Lehrer umgerechnet.— 3) Der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 22 Jahre.— 4) Der Bevölkerung im Alter von 18 bis unter 25  
tischer Gruppierungen.

### 30 Modellrechnungen zur zukünftigen Bevölkerungsentwicklung

Grundtendenzen der künftigen Entwicklung können sichtbar gemacht werden durch Modellrechnungen, die beispielsweise die künftige Entwicklung von Zahl und Struktur der Bevölkerung, der Erwerbspersonen und Haushalte aufzeigen. Diese Modellrechnungen bedürfen indes steter Überprüfung, denn bei aller Beständigkeit in demographischen Prozessen führen doch Veränderungen insbesondere in Fruchtbarkeit und Wanderungen zu Abweichungen.

Das Statistische Landesamt hat zuletzt 1981 eine Modellrechnung zur Entwicklung der Bevölkerung erstellt. Für die besonders schwer zu prognostizierende Wanderung wurden drei Modelle (Wanderungsgewinn Null, jährlicher Wanderungsgewinn 15 000 und jährlicher Wanderungsverlust 15 000 Personen) durchgerechnet, Fruchtbarkeit und Sterblich-

keit wurden nach dem Stand von 1980 berücksichtigt. Unter der Annahme, daß kein Wanderungsverlust auftritt, dürfte die Gesamtbevölkerung noch bis etwa 1995 leicht ansteigen. Dieser Anstieg geht indes nur auf die Zahl der Ausländer zurück; die Zahl der Deutschen ist auch bereits zwischen 1980 und 1995 rückläufig. Ab 1995 wird der inzwischen eingetretene Geburtenrückgang wegen der dann auch rückläufigen Jahrgänge der Müttergeneration voll wirksam werden und dazu führen, daß die Gesamtbevölkerungszahl abnimmt. Je nach Wanderungsannahme dürfte im Jahr 2015 die Gesamtbevölkerungszahl um 2 bis 13% unter der heutigen liegen. Allerdings wird dann jeder sechste Einwohner Baden-Württembergs — unter Fortrechnung der jetzigen Staatsangehörigkeiten — ein Ausländer sein.

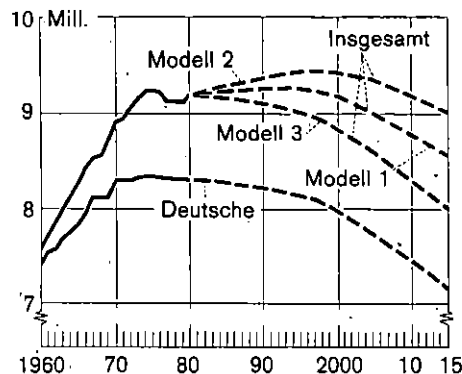
#### Wohnbevölkerung, Erwerbspersonen

Jahr	Jährlicher Wanderungssaldo				
	Modell 1: $\pm$ 0 Personen			Modell 2: + 15 000 Personen	Modell 3: - 15 000 Personen
	Deutsche	Ausländer	zusammen		
	1000 Personen				

Wohnbevölkerung					
1980	8 317	873	9 190	9 190	9 190
1985	8 271	952	9 223	9 280	9 147
1990	8 219	1 032	9 251	9 367	9 094
1995	8 137	1 112	9 249	9 427	9 008
2000	7 974	1 194	9 168	9 412	8 841
2005	7 729	1 274	9 003	9 317	8 589
2010	7 441	1 349	8 790	9 177	8 289
2015	7 141	1 418	8 559	9 020	7 973

Erwerbspersonen					
1980	3 821	524	4 345	4 345	4 345
1985	3 979	565	4 544	4 589	4 498
1990	3 962	614	4 576	4 669	4 483
1995	3 818	658	4 476	4 617	4 333
2000	3 655	690	4 345	4 521	4 153
2005	3 528	717	4 245	4 454	4 004
2010	3 439	755	4 194	4 430	3 905
2015	3 283	799	4 082	4 341	3 751

## Bevölkerungsentwicklung



In der Altersgliederung der Gesamtbevölkerung sind einschneidende Veränderungen zu erwarten. Nach Modell 1 wird die Zahl der älteren Menschen (65 Jahre und älter) bis 2015 um ein Fünftel zunehmen, während die Zahl der unter 15jährigen bis dahin um nahezu ein Drittel geringer als heute sein wird. Der Anteil der älteren Menschen wird dann von heute 14% auf 19% steigen, während der Anteil der unter 15jährigen von rund 18% auf knapp 14% zurückgehen wird.

Es ist bemerkenswert, daß die Zahl der Haushalte wesentlich stärker ansteigt – bis zum Jahr 2000 um 12% – und dann schwächer zurückgeht als die Bevölkerungszahl. Dies hängt damit zusammen, daß die Haushalte immer kleiner werden. Aus dieser Entwicklung der Zahl

der Haushalte ist unter anderem zu erwarten, daß die Nachfrage nach Wohnungen in den nächsten Jahren noch weiter zunehmen dürfte.

Aus voraussichtlicher Altersstruktur und den jetzt sichtbaren Tendenzen der Erwerbsbeteiligung läßt sich errechnen, daß die Zahl der Erwerbspersonen bis Ende der 80er Jahre zunimmt, 1990 könnte – je nach Wanderungsannahme – ihre Zahl um 3 bis 8% über dem jetzigen Stand liegen. Erst nach 1990 wird mit dem allmählichen Aufücken der schwächer besetzten Jahrgänge auch die Erwerbspersonenzahl zurückgehen. Soweit dürften sich die heutigen Arbeitsmarktprobleme in den nächsten Jahren noch fortsetzen, wenn nicht gar verstärken, später jedoch eher wieder umkehren. Wichtigste Komponente für die Entwicklung der Zahl der angebotenen Arbeitsplätze ist das Wirtschaftswachstum, das durch eine Vielzahl von Rahmenbedingungen mitbestimmt wird; so ist außer in der Ausbreitung neuer Technologien vor allem auch in den Beziehungen zu anderen Volkswirtschaften ein wesentlicher Einflußfaktor zu sehen. Hierzu gehört der Wandel in der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung und die auch in Zukunft nicht auszuschließende Verteuerung und Verknappung von Energien und Rohstoffen.

## Private Haushalte

Jahr	Gesamtbevölkerung (Modell 1)			Deutsche Bevölkerung
	Haushalte insgesamt	Haushaltsvorstände		Haushalte insgesamt
		Männlich	Weiblich	
	1000			
1980	3 643	2 686	957	3 309
1985	3 810	2 815	995	3 455
1990	3 978	2 955	1 024	3 590
1995	4 073	3 053	1 020	3 665
2000	4 091	3 080	1 011	3 628
2005	4 082	3 061	1 021	3 582
2010	4 059	3 029	1 030	3 526
2015	4 006	2 990	1 016	3 447

